



Erinnern!

Aufgabe, Chance, Herausforderung.

2 | 2020



STIFTUNG GEDENKSTÄTTEN SACHSEN-ANHALT

1933

1945

1989

**Rede des Bundespräsidenten anlässlich der Eröffnung des Dokumentations-
zentrums der Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen am
15. September 2020**

Frank-Walter Steinmeier

1

**Grußwort des Ministerpräsidenten anlässlich der Gedenkstunde für
die Opfer des DDR-Grenzregimes am 26. Mai 2020 in Hötenleben**

Reiner Haseloff

7

**„Es ist nicht ausreichend, sich auf die Stasi zu konzentrieren ...“
Interview des Stiftungsdirektors Kai Langer mit dem Bundesbeauftragten
Roland Jahn zur Bilanz der Arbeit seiner Behörde und zur Zukunft des
Stasi-Unterlagen-Archivs**

Kai Langer

11

**In der NS-Diktatur verfolgte Abgeordnete aus dem heutigen Sachsen-Anhalt –
Dokumentation VER/FOLGT und Projekt GE/DENKEN im Landtag**

Torsten Gruß

17

**Geschichtsprojekt der Landeszentrale für politische Bildung: „Ermutigung –
Lebenswelt, Repression und Widerstand in der DDR und Osteuropa nach 1945“**

Martin Hanusch

26

**Die Landesbeauftragte: Namenswechsel mit Aufgabenerweiterung – 1992 bis
2016 Landesbeauftragte für Stasi-Unterlagen, seit 2017 Landesbeauftragte
zur Aufarbeitung der SED-Diktatur**

Birgit Neumann-Becker

34

**„Für viele Deutsche sind jüdische Leute auf dem Friedhof besser als lebende
Leute“ – Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Sachsen-Anhalt –
eine Befragung des Bundesverbandes der Recherche- und Informationsstellen
Antisemitismus (RIAS) e.V.**

Raphael Hoffmann

45

Das Massaker von Drackenstedt	
Philipp Schinschke	51
Die erste „Letzte Adresse“ in Sachsen-Anhalt	
Nikolai Ivanov/Anke Giesen	58
„Letzte Adresse“. In Naumburg erinnert eine Tafel an den 1951 in Moskau erschossenen Dr. Helmut Sonnenschein	
Jan Erik Püschel	65
Horst Hennigs Schicksal zwischen Widerstand und willkürlicher Repression	
Sarah Tober	70
Bespitzelung, Inhaftierung, Zersetzung: Interview mit dem Zeitzeugen Helmut Schmidt 70 Jahre nach dem Verbot der Zeugen Jehovas in der DDR	
André Gursky	85
Die Treuhand: Idee – Praxis – Erfahrung.	
Sven Sachenbacher im Gespräch mit dem Historiker Dr. Marcus Böick	
Sven Sachenbacher	100
Aus der Arbeit der Stiftung	
#Gardelegen45: Digitales Gedenken und Erinnern an den 75. Jahrestag des Massakers in der Isenschnibber Feldscheune	
Andreas Froese	110
„Die DDR-Grenzübergangsstelle Marienborn. Schauplatz des Ost-West-Konflikts im geteilten Deutschland“.	
Neue Dauerausstellung in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn	
Matthias Ohms / Sven Sachenbacher	128
3. Oktober 2020 – Veranstaltungen zum 30. Jahrestag der deutschen Einheit in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn	
Sven Sachenbacher	138

Rede des Bundespräsidenten anlässlich der Eröffnung des Dokumentationszentrums der Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen am 15. September 2020

Frank-Walter Steinmeier

„Überall ringsum war Feuer. Menschen weinten, schrien, wimmerten, riefen um Hilfe [...].“¹ Was Romuald Bąk schildert, ist ein Inferno. Ein Inferno, von Menschen gemacht, in der einstigen Feldscheune dort drüben, in der Nacht vom 13. auf den 14. April 1945.

Romuald Bąk, ein jüdischer KZ-Häftling aus Polen, hat es wie durch ein Wunder überlebt. Und das, obwohl die Flammen in der Scheune „12 Fuß hoch“ loderten, obwohl von allen Seiten geschossen wurde, Stunden um Stunden, so berichtete es der Häftling Edward Antoniak. Auch er kam aus Polen, auch er gehörte zu den wenigen, die sich retten konnten. Edward Antoniak war 18 Jahre jung, er kannte die Schrecken des Krieges von Beginn an. Er stammte aus Wieluń – sein Schicksal hat mich ganz besonders berührt.

Vor einem Jahr nämlich stand ich als deutscher Bundespräsident dort, auf dem Marktplatz von Wieluń, um gemeinsam mit dem polnischen Präsidenten und trauernden Einwohnern des Beginns des Zweiten Weltkriegs zu gedenken. Auf die polnische Stadt fielen in den frühen Morgenstunden des 1. September 1939 die Bomben der Wehrmacht. Es war das erste schwere Verbrechen der Deutschen in diesem Krieg. Das Massaker hier in Gardelegen war eines der letzten.

Ursprünglich wollten wir der Opfer im April gedenken, doch Gedenk- und Eröffnungsfeier konnten wegen der Corona-Pandemie nicht stattfinden. Deshalb freue ich mich umso mehr, dass wir die Eröffnung dieses wunderbar lichten, modernen Dokumentationszentrums heute nachholen können. Es ist mir persönlich ein besonderes Anliegen, heute hier zu sein, und ich danke Ihnen, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Schumacher, sehr geehrter Herr Stiftungsdirektor Dr. Langer, sehr geehrter Herr Gedenkstättenleiter Froese, ganz herzlich für die Einladung!

Auch heute gelten meine Gedanken den Opfern und Hinterbliebenen. Zwei von ihnen sind heute hier, und dafür bin ich zutiefst dankbar.

Romuald Bąk und Edward Antoniak, Guy Chamaillard, Georges Crétin, Geza Bondi – nur wenige Überlebende konnten davon Zeugnis ablegen, wie SS- und Wehrmachts-



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier bei seiner Rede am 15. September 2020 in der Gedenkstätte Gardelegen. Zur Eröffnung des neuen Dokumentationszentrums mit der Dauerausstellung „Gardelegen 1945. Das Massaker und seine Nachwirkungen“ besuchte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zusammen mit Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff am 15. September 2020 die Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen. Nach einem gemeinsamen Rundgang durch das Außengelände u.a. mit Landrat Michael Ziche und Gardelegens Bürgermeisterin Mandy Schumacher hielt der Bundespräsident am Ehrenfriedhof für die Ermordeten des Isenschnibbe-Massakers eine Rede. Anschließend besichtigte er die neue Ausstellung und traf sich mit Familienghörigen der beim Massaker Ermordeten und Vertretern der lokalen Zivilgesellschaft zum persönlichen Gespräch.

angehörige und Zivilisten an jenem Abend des 13. April 1945 – die US-Truppen standen nur noch wenige Kilometer entfernt – mehr als tausend wehrlose, von Zwangsarbeit, Hunger, Kälte gezeichnete KZ-Häftlinge in die Feldscheune von Gut Isenschnibbe trieben und diese in Brand steckten.

Diese Menschen gehörten zu den Hunderttausenden von Gequälten, die glaubten, der Hölle in den Lagern entronnen zu sein. Viele kamen in eine neue Hölle. Die Hölle der Todesmärsche.

Die Täter müssen gehört haben, wie die Verzweifelten in der Scheune um Hilfe riefen, auf Russisch, Polnisch, Französisch, Holländisch, Ungarisch, Italienisch. Sie müssen gehört haben, wie sie schrien. Sie müssen gehört haben, wie sie beteten.

Die Mörder kannten kein Erbarmen. Erst in den frühen Morgenstunden senkte sich Stille über die Scheune. Die Stille des Todes.

Grauen, Entsetzen und Wut empfanden die amerikanischen Soldaten, als sie die Toten in den noch rauchenden Trümmern fanden, als sie entdeckten, dass die Täter ihre Tat offenbar vertuschen wollten. Der 102. US-Infanteriedivision unter General Keating verdanken wir, dass die Opfer beigesetzt wurden und dass die Welt erfuhr vom „Holocaust of Gardelegen“ – so nannte die amerikanische Illustrierte Life dieses Massaker, über das sie schon am 7. Mai 1945 mit erschütternden Fotos berichtete.²

Ihnen verdanken wir es, dass die Welt erfuhr, was hier in Gardelegen vor 75 Jahren geschehen ist. Ihnen, den Befreiern der US-Armee und ihren Nachfahren, möchte ich heute danken.

Und wir erinnern uns: Es waren Deutsche, die hier mehr als eintausend Menschen umgebracht haben. Als Bundespräsident verneige ich mich in tiefer Trauer und Demut vor den Opfern. Die meisten von ihnen sind bis heute namenlos. Sie kamen aus ganz Europa. Der Schmerz lebt in vielen Ländern, er lebt in den Familien der Opfer bis heute fort. Und das ist nur zu verständlich. Liebe Agnieszka Śliwińska, liebe Swenja Granzow-Rauwald, Ihnen und allen Angehörigen der Opfer möchte ich versichern: Wir Deutsche sind zutiefst dankbar für die Hand der Versöhnung, die uns gereicht wurde – von unseren Nachbarn, aber auch von den Nachfahren der Opfer. Wir sind uns unserer Verantwortung bewusst, und wir wollen ihr gerecht werden!

Es ist wichtig, dass wir uns erinnern. Dass wir die Erinnerung wachhalten an Verbrechen, von denen – bis heute – viele, zu viele Deutsche nichts wissen. Gardelegen steht für viele kleine Orte in Deutschland. Es steht für die Verbrechen, die Deutsche in den letzten Wochen und Tagen des Krieges, der längst verloren war, begangen haben. Sie mordeten bis zur letzten Minute. Mitten in Deutschland. Überall in Deutschland.

Ja, es waren Deutsche, auch hier in Gardelegen. Und die Täter waren nicht nur Angehörige der SS und der Wehrmacht, auch die örtliche Polizei und der sogenannte Volkssturm beteiligten sich, alte Männer und halbe Kinder.

Oberst Lynch, der Stabschef der 102. US-Infanteriedivision, formulierte das damals, im April 1945, unmissverständlich: „Einige werden sagen, die Nazis seien für dieses Verbrechen verantwortlich. Andere werden auf die Gestapo verweisen. Aber [...] es ist die Verantwortung des gesamten deutschen Volkes.“³

Gewalt und Zerstörung, millionenfacher Mord in den Konzentrationslagern und auf den Todesmärschen: All diese Verbrechen hatten Deutsche zu verantworten.

Wenn wir über die Verbrechen dieser letzten Tage und Wochen im Krieg sprechen, stellt sich die Frage nach der Verantwortung noch einmal mit aller Schärfe. Sie wurde lange, zu lange verdrängt. Die Verantwortung von Bürgermeistern und Dorfvorstehern, von Polizisten und Feuerwehrleuten, von Pfarrern und Ärzten, von Männern und Frauen. Von Menschen, die gesehen hatten, in welchem Zustand die Häftlinge waren, die durch ihre Dörfer und Kleinstädte getrieben wurden, die weder helfen mochten noch dem Morden Einhalt geboten – oder die sich sogar selbst daran beteiligten. Ja, es gab auch die anderen, die Mutigen, die Anständigen, die Häftlinge versteckten, ihnen zur Flucht verhelfen. Es waren nur wenige. Zu wenige.

Nur wenige waren es auch, die sich für Verbrechen in dieser letzten Phase des Krieges vor Gericht verantworten mussten. Ja, es ist beschämend, dass einer der Hauptverantwortlichen für das Massaker von Gardelegen bis zu seinem Tod 1994 in Düsseldorf lebte, ohne dass er für seine Tat zur Verantwortung gezogen wurde. Es wurde geschwiegen über die Gräueltaten. Es wurde geschwiegen über die Opfer und die Täter. Oder wenn nicht geschwiegen wurde, dann wurde das Gedenken oft politisch instrumentalisiert, und zwar ohne die Bereitschaft zur Selbstkritik und den Willen zu Gerechtigkeit.

Eine offene Auseinandersetzung über die Verbrechen in den letzten Kriegstagen begann erst Jahrzehnte später, und sie ist noch nicht zu Ende. Der israelische Historiker Daniel Blatman, dem wir eine der profunden neueren Untersuchungen über diese Zeit verdanken, hat es einmal so formuliert: „Wer es ehrlich meint, der muss sich mit der Beteiligung der zivilen Gesellschaft auseinandersetzen – mit denen, die damals an diesen Orten lebten.“⁴

Das geschieht inzwischen. Überall in Deutschland haben sich auch engagierte Gruppen und Initiativen gebildet, gefragt und geforscht. Und sie haben den Opfern der Todesmärsche Denkmäler gesetzt. Auch hier in Gardelegen und seinen Ortsteilen. Ich denke an den Förderverein dieser Gedenkstätte, an die Schülerinnen und Schüler der AG Stolpersteine des Geschwister-Scholl-Gymnasiums und viele engagierte Bürgerinnen und Bürger. Ihnen allen möchte ich danken, dass wir heute mehr wissen.

„Wenn es schon unmöglich ist zu verstehen, so ist doch das Wissen notwendig“⁵ – diesen Satz von Primo Levi habe ich im August vor einem Jahr bewusst an meine Landsleute in Deutschland gerichtet. Ich war damals in Fivizzano, einem Bergdorf in der Toskana,

einer jener vielen Orte in Europa, in denen die SS entsetzliche Verbrechen verübt hat. Es war der Beginn einer Reihe von Gedenkveranstaltungen zum Zweiten Weltkrieg. Dass ich als deutscher Bundespräsident zu dem Gedenken in Fivizzano, in Wieluń, in Warschau, in Bastogne und vor allem in Yad Vashem geladen wurde, erfüllt mich mit tiefer Demut und Dankbarkeit. Mit der heutigen Veranstaltung hier in Gardelegen schließt sich für mich ein Kreis.

Ich möchte den Satz von Primo Levi deshalb heute noch einmal wiederholen: Wir müssen wissen, was geschehen ist. Wir müssen wissen und das Wissen weitergeben an die kommenden Generationen.

Heute ist der Internationale Tag der Demokratie. Er erinnert uns daran, dass Demokratie nicht selbstverständlich und erst recht nicht auf ewig garantiert ist. Er erinnert uns daran, dass uns unsere Vergangenheit Lehren aufgibt für die Gegenwart und die Zukunft.

Wir leben in einer Zeit, in der unsere Demokratie, in der unser Rechtsstaat nicht unangefochten ist; in der autoritäres, sogar völkisches Denken neue Verführungskraft entfaltet; in der neue Verschwörungsmymen gedeihen; in der die Taten von Hanau und Halle, in der die NSU-Morde und andere rechtsterroristische Anschläge möglich waren. Unsere Verantwortung ist es, jede Form von Antisemitismus und Rassenhass zu bekämpfen, einzutreten für die Demokratie und die Würde jedes Einzelnen. Diese Prüfung müssen wir heute bestehen vor den nachfolgenden Generationen, und wir müssen sie für sie bestehen. Für sie, die Jungen, die wissen sollen, welches Grauen, welches Leid einst Diktatur, Rassenhass und Nationalismus über Deutschland und Europa gebracht haben.

Deshalb ist es wichtig, dass wir keinen Schlussstrich ziehen und nicht zurückfallen in das alte Verdrängen. Nicht die Erinnerung an die Vergangenheit ist eine Last. Zur Last wird sie, wenn wir sie leugnen.

Deshalb ist es so wichtig, dass wir Orte wie diesen haben, Orte des Erinnerns. Deshalb ist es wichtig, dass wir Wissen kreativ vermitteln, dass wir neue, historisch fundierte und emotional berührende Formen der Vermittlung finden. Neue Technologien eröffnen uns da auch neue Wege – Sie hier in der Gedenkstätte Gardelegen machen vor, wie das gehen kann. Sie sind neue Wege gegangen, und ich bin sicher, dass Sie eine wichtige Rolle spielen werden, wenn es um die Beschäftigung mit dem letzten dunklen Kapitel der NS-Zeit geht.

Ich wünsche Ihnen viel Erfolg und vor allem viele Besucher!

Und wenn ich mir als Bundespräsident heute noch etwas wünschen darf, dann das: dass möglichst viele Schülerinnen und Schüler mindestens einmal in ihrer Schulzeit eine Gedenkstätte wie die Ihre besuchen. Damit sie – im Sinn von Primo Levi – wissen; wissen, was geschehen ist.

Anmerkungen

- 1 Bericht von Romuald Bąk über das Massaker in der Isenschnibber Feldscheune von Gardelegen, zitiert nach Blatman, Daniel: Die Todesmärsche 1944/45. Das letzte Kapitel des nationalsozialistischen Massenmords, Reinbek bei Hamburg 2011, S. 556.
- 2 Life Magazine, 07.05.1945.
- 3 Ansprache von Oberst Gerorge P. Lynch bei der offiziellen Einweihung des militärischen Ehrenfriedhofs für die Ermordeten des Massakers von Gardelegen am 25. April 1945, zit. nach Blatman, Todesmärsche (wie Anm. 1), S. 577.
- 4 Daniel Blatmann im Deutschlandradio-Gespräch mit Jochen Stöckmann: Geschichte der Todesmärsche. Hitlerjungen, Volkssturm und Beamte halfen der SS, online unter https://www.deutschlandfunkkultur.de/geschichte-der-todesmaersche-hitlerjungen-volkssturm-und.1013.de.html?dram:article_id=317082 (Stand vom 12.10.2020).
- 5 Levi, Primo: I sommersi e i salvati, 1986, dt. Die Untergegangenen und die Geretteten, übers. v. Moshe Kahn, 3. Ausgabe, München 2015.

Grußwort des Ministerpräsidenten anlässlich der Gedenkstunde für die Opfer des DDR-Grenzregimes am 26. Mai 2020 in Hötensleben

Reiner Haseloff

Sehr geehrter Herr Dr. Langer,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Kraul,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Janze,
sehr geehrte Damen und Herren.

Der 13. August 1961 hat sich tief in das kollektive Gedächtnis nicht nur der Deutschen eingeprägt. Fast dreißig Jahre war die Berliner Mauer das unmenschliche Symbol für die deutsche Teilung, für die Zerrissenheit des europäischen Kontinents und den Kalten Krieg. Der 26. Mai 1952 hat hingegen keinen festen Platz in unserer Erinnerungskultur – gleichwohl markierte dieses Datum eine tiefgehende Zäsur für viele Menschen. Es ist ein dunkles und leider bis heute weitgehend unbekanntes Kapitel deutsch-deutscher Geschichte. An diesem Tag begann die DDR-Staatsführung mit der völligen Abriegelung der innerdeutschen Grenze und der Zwangsumsiedlung von mehreren tausend Menschen.

Seit Jahren gedenken wir zu diesem Jahrestag der Opfer des Grenzregimes der DDR: der Menschen, die beim Versuch, die Grenze zu überwinden, getötet wurden sowie derer, die ihre Heimat verloren und Leid und Unrecht erfuhren. Tausende Menschen, denen die Flucht nicht gelang, waren in den Gefängnissen von Volkspolizei und Staatssicherheit interniert. Auch an sie denken wir heute. Bei den Betroffenen haben diese Erfahrungen tiefe Spuren hinterlassen. Viele sind nicht mehr am Leben. Andere leiden zum Teil bis heute unter den physischen und psychischen Folgen.

Die Gedenkstunde der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt/Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn zu diesem Jahrestag ist bundesweit die einzige ihrer Art und deshalb von besonderer Bedeutung. Hötensleben ist ein passender Ort dafür, denn das hiesige Grenzdenkmal ist der größte erhaltene Teil der Grenzbefestigung der DDR.

Die Corona-Krise beeinflusst auch diese Veranstaltung. Doch allen Beteiligten ist es trotzdem gelungen, einen würdigen Rahmen zu gewährleisten. Herzlichen Dank dafür.



Aufgrund der Corona-Pandemie konnte die Gedenkveranstaltung in diesem Jahr nur in Form einer stillen Kranzniederlegung in kleinstem Kreis stattfinden. Die Ansprache von Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff wurde durch Dr. Kai Langer (Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt) gelesen. Von links nach rechts: Dr. Kai Langer, René Müller (Grenzdenkmalverein Hötensleben e.V.), Birgit Neumann-Becker (Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur) sowie Henning-Konrad Otto und Anja Kremling-Schulz (beide Grenzenlos – Wege zum Nachbarn e.V.).

Was den Flüchtigen, Zwangsausgesiedelten und Häftlingen wiederfuhr, steht für die Menschenverachtung des DDR-Regimes. Wenn wir heute teilweise noch darüber diskutieren, ob die DDR ein Unrechtsstaat gewesen ist, sollte uns die Erinnerung an die an der Grenze erlittenen Schicksale Lehre genug sein. Durch den erst im April 1989 aufgehobenen Schießbefehl nahm die SED-Diktatur den Tod von Menschen billigend in Kauf. Hunderte DDR-Bürger wurden beim Versuch, die Grenze zu überwinden, getötet, mindestens 68 von Ihnen auf dem Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalt. Großes Leid bedeuteten all diese Schicksale nicht nur für die unmittelbar Betroffenen, sondern auch für deren Familien und Angehörige. Die traumatischen Erfahrungen und die daraus resultierenden seelischen Probleme konnten zu DDR-Zeiten nicht offen angesprochen werden. Auf Befehl Stalins wurde die Demarkationslinie zu den westlichen Besatzungszonen ab dem 26. Mai 1952 abgeriegelt. Begründet wurde dies als Reaktion auf den „Deutsch-

landvertrag“ zwischen den Westmächten und der Bundesrepublik, mit dem der Besatzungsstatus aufgehoben wurde. Doch bereits Wochen zuvor war die Aktion einschließlich der Zwangsumsiedlungen bis ins Einzelne geplant.

Allein im Zeitraum bis Mitte Juni 1952 wurden über 8.200 Menschen aus dem neu errichteten Sperrgebiet an der innerdeutschen Grenze gegen ihren Willen in das Landesinnere transportiert. Sie verloren Heimat und Existenz. Viele wurden enteignet, insbesondere Landwirte verloren ihre Höfe. Über 1.000 der Zwangsausgesiedelten gingen nach Westdeutschland, was über Berlin damals noch möglich war. Welches Maß an Menschenverachtung die Verantwortlichen antrieb, zeigt die Bezeichnung „Aktion Ungeziefer“. Die Zwangsumsiedlungen beruhten auf keinen gesetzlichen Grundlagen. Der Beschluss wurde den Betroffenen lediglich kurz verkündet und dann rücksichtslos umgesetzt. Es handelte sich um reine Willkürmaßnahmen eines Unrechtsstaates.

Die Aktion schüchterte auch die verbliebenen Bewohner des Sperrgebietes ein. Angst und Verunsicherung machten sich breit. Denunziantentum wurde geschürt. Auch darauf ist es zurückzuführen, dass es am 17. Juni 1953 in diesen Gebieten ruhig blieb.

Am 3. Oktober 1961 folgte eine zweite Welle der Zwangsausiedlungen, bei der erneut mehr als 3.100 Menschen aus den Grenzgebieten ins Landesinnere deportiert wurden. Nach dem Bau der Mauer sollte damit die „Staatsgrenze West“ gesichert werden. Die Betroffenen wurden enteignet, ebenso die 1952 Ausgesiedelten, bei denen dies noch nicht geschehen war.

Vor 18 Jahren, anlässlich des 50. Jahrestages der beginnenden Errichtung des rücksichtslosen DDR-Grenzregimes, wurde in der Gedenkstätte Marienborn die Sonderausstellung „Zwangsausiedlung aus den Grenzgebiet der DDR an der innerdeutschen Grenze 1952–1989“ eröffnet. Sie war wichtig, um die Erinnerung an das düstere Kapitel der Zwangsausiedlungen wachzuhalten und jüngeren Generationen einen Zugang zu einem Thema zu geben. Das ist auch das Ziel der inzwischen jährlich abgehaltenen Gedenkstunde.

Menschen, die die Zeit der deutschen Teilung nicht oder nicht bewusst erlebt haben, fällt es oft schwer, dieses Kapitel unserer Geschichte nachzuvollziehen. Für sie ist eine unüberwindliche Grenze mit Stacheldraht, Minen und Selbstschussanlagen, die sich durch Deutschland und Europa zog, nur noch schwer vorstellbar. Umso wichtiger sind auch Gedenkstätten wie in Marienborn oder dieses Grenzdenkmal in Hötenleben.

Dieser Ort war von der hermetischen Grenzschießung von 1952 in besonders schmerzhafter Weise betroffen, denn er lag innerhalb des 500 Meter breiten Schutzstreifens. Das Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zur Besatzungsmacht war zwar auch davor schon sehr angespannt, doch für eine so drastische Maßnahme gab es keinerlei Anzeichen. Allein aus Hötensleben wurden im Mai/Juni 1952 167 Menschen zwangsausgesiedelt.

Die Abriegelung der innerdeutschen Grenze und die Zwangsausiedlungen machten Lebensentwürfe zunichte, sie stellten gewachsene Identitäten infrage und zerstörten Beziehungen. Das gilt natürlich auch für den Mauerbau.

Die Geschichte der DDR und insbesondere die mit der Grenze in Verbindung stehenden Schicksale müssen Teil unseres kollektiven Gedächtnisses sein und bleiben. Die Erinnerung daran lässt uns unsere heutige Demokratie noch mehr schätzen. Denn wir wissen, dass sie keine Selbstverständlichkeit ist. Wenn wir in diesem Jahr das 30. Jubiläum der Wiedervereinigung feiern, dann sollten wir auch daran denken. Die Deutsche Einheit haben wir der Friedlichen Revolution von 1989 zu verdanken, dem Mut der DDR-Bürger, der Diktatur die Stirn zu bieten und sie damit zu Fall zu bringen. Die Absicherung der Diktatur war die fast unüberwindbare Grenze. Ohne diese fiel das Regime in sich zusammen.

Wir stehen in Deutschland nicht allein mit unseren Erfahrungen mit einer derartigen Grenze. Auch die Demarkationslinie zwischen Nord- und Südkorea ist hermetisch abgeriegelt und das bis heute. Ich habe von der Absicht gehört, eine Partnerschaft zwischen Hötensleben und einem südkoreanischen Grenzort (Tong-il) aufzubauen. Um sich hierüber auszutauschen, war im März der Besuch einer Delegation aus Südkorea in Hötensleben geplant, der wegen der Corona-Krise nicht zustande kam. Ich kann Sie nur ermutigen, dieses hoffnungsvolle Projekt weiter zu verfolgen und sich mit den Partnern zu treffen, wenn es wieder möglich ist. Denn das Vorhaben ist sehr zu begrüßen und lässt einen interessanten und fruchtbaren Austausch erwarten.

Der 26. Mai ist ein Tag der Besinnung und der Verpflichtung, unsere Zukunft im Geiste der Freiheit, der Toleranz und der Weltoffenheit zu gestalten. Im öffentlichen Bewusstsein sollte dieser Tag viel stärker präsent sein: Denn mit ihm begann, was später die Berliner Mauer fortsetzte: die gewaltsame Zertrennung Deutschlands. Das sollte uns eine ständige Mahnung sein. Herzlichen Dank!

„Es ist nicht ausreichend, sich auf die Stasi zu konzentrieren ...“ Interview des Stiftungsdirektors Kai Langer mit dem Bundes- beauftragten Roland Jahn zur Bilanz der Arbeit seiner Behörde und zur Zukunft des Stasi-Unterlagen-Archivs

Am 2. Oktober 1990, dem letzten Tag des Bestehens der DDR, wählte die Volkskammer den damaligen Abgeordneten Joachim Gauck zum Sonderbeauftragten für die personenbezogenen Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes. Am darauffolgenden Tag wurde er als Sonderbeauftragter der Bundesregierung in dieser Funktion bestätigt.

Mit Inkrafttreten des Stasi-Unterlagengesetzes am 29. Dezember 1991 änderte sich seine Amtsbezeichnung in „Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“. Aufgrund des sperrigen Titels wurde die Dienststelle in der Vergangenheit nach ihrem jeweiligen Leiter bzw. ihrer Leiterin Gauck- oder BIRTHLER-Behörde genannt, eine Bezeichnung, die dem aktuellen Amtsinhaber Roland Jahn nie gefallen hat. Die Etablierung einer „Jahn-Behörde“ wollte er jedenfalls vermeiden.

Nach der gesetzlich möglichen einmaligen Wiederwahl im Juni 2016 endet die zweite Amtszeit des ehemaligen DDR-Bürgerrechtlers im kommenden Jahr. Nach dem Willen des Deutschen Bundestages wird das Amt des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen weiterentwickelt zu einem Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur. Um den Bestand der Stasi-Unterlagen dauerhaft zu sichern, hat das Parlament beschlossen, sie in das Bundesarchiv zu überführen.

Gegenüber „Erinnern!“ zieht Roland Jahn zum bisherigen Umgang mit den Stasi-Akten Bilanz und äußert sich über deren künftige Unterbringung.

Die Fragen stellte Kai Langer, Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt.

Kai Langer (K.L.): Herr Jahn, am 3. Oktober 2020 begehen wir den 30. Jahrestag der deutschen Einheit. Im Kontext dieses Datums steht auch die Erinnerung an die Entmachtung des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit (MfS).

Nachdem Sie 1983 einen oppositionellen Friedenskreis in Jena mitgegründet hatten, waren Sie noch im selben Jahr ausgebürgert worden. Wie haben Sie – zunächst vom



Roland Jahn, Aufnahme 2017

Westen aus – den Zusammenbruch der SED-Diktatur und ihres Sicherheitsapparates erlebt?

Roland Jahn (R.J.): Ich habe zu dieser Zeit als Journalist in West-Berlin für die ARD gearbeitet. Insofern war ich an dem Thema sehr nah dran. Bis zum Mauerfall haben wir mit unserer Berichterstattung die Entwicklung vom Westen aus begleitet – mit Hilfe von Videoaufnahmen, die Oppositionelle in der DDR gemacht haben und die dann zu uns geschmuggelt wurden. Und ab dem 9. November 1989 war unser Team dann auch direkt in der DDR unterwegs und bei den wichtigsten Ereignissen dabei: Am Runden Tisch, bei den Besetzungen der Stasi-Dienststellen in den Bezirken, bei der Erstürmung der Zentrale in Berlin und beim ersten Gang des Bürger-Komitees in das zentrale Archiv der Stasi.

K.L.: Was ging Ihnen durch den Kopf, als Sie erstmals die geheimen Aufzeichnungen der Staatssicherheit über sich lasen? Wie sind Sie in der Folgezeit jenen Menschen begegnet, die konspirativ Informationen über Sie gesammelt und an das MfS weitergeleitet haben?

R.J.: Bei diesem ersten Gang haben wir beschlossen, dass wir meine Akte ziehen, um das System zu verstehen. Ich war als Journalist dabei und habe mein Einverständnis gegeben. Bei diesem ersten Blick in meine Stasi-Akten war ich schon erschrocken, weil das, was man ahnte, stand dann schwarz auf weiß auf dem Papier. Sogar mein Leben in West-Berlin hatten sie unter Beobachtung genommen, inklusive einer Skizze meiner Kreuzberger Wohnung. Es ist so ein merkwürdiges Gefühl aus Irrsinn und Schaudern. Wir hofften ja, dass wir im Westen frei sind, unbeobachtet zu reden und zu handeln.

K.L.: Ende kommenden Jahres jährt sich ein weiteres historisches Datum zum 30. Mal: Am 29. Dezember 1991 trat das vom Bundestag verabschiedete Stasi-Unterlagen-Gesetz in Kraft.

Im Vorfeld hatte es nicht an Stimmen gemangelt, die vor einer Öffnung des MfS-Archivs warnten. Die von Manchen gefürchteten Racheakte an ehemaligen Zuträgern des Staatssicherheitsdienstes blieben aber glücklicherweise aus. Andere Kritiker monieren jedoch, die enge Fokussierung auf die Staatssicherheit hätte dazu geführt, das Agieren der Staatspartei aus dem Blick zu verlieren. Wie stehen Sie zu diesem Vorwurf?

R.J.: Die Stasi war „Schild und Schwert der Partei“, der SED. Die hat dann, umbenannt in PDS, viel dafür getan, allein der Stasi die Schuld für das begangene Unrecht zu geben. Die Öffnung der Akten hat dann natürlich auch weiter in der öffentlichen Diskussion dazu beigetragen, die Stasi zu einem überragenden Thema werden zu lassen. Aber man kann nach drei Jahrzehnten sagen: Es ist nicht ausreichend, sich auf die Stasi zu konzentrieren. Es gilt die Herrschaftsmechanismen der SED-Diktatur insgesamt zu betrachten. Auch dafür können die Akten der Stasi einen wesentlichen Beitrag leisten. Diese Öffnung des Archivs der Geheimpolizei in einer Diktatur war damals ein weltweit erstmaliger Akt. Wir verdanken sie den mutigen Bürgerinnen und Bürgern, die die Stasi-Dienststellen besetzt und die Akten gesichert haben. Das Stasi-Unterlagen-Archiv hat einen besonderen Charakter und einen hohen Symbolwert, den gilt es zu bewahren.

K.L.: Worin sehen Sie die Bedeutung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes im Hinblick auf die Aufarbeitung der SED-Diktatur?

R.J.: Das Stasi-Unterlagen-Gesetz ist die Grundlage, auf der die Gesellschaft diese Unterlagen nach rechtsstaatlichen Regeln nutzen kann. Damit ist es gelungen, Transparenz des staatlichen Handelns herzustellen, insbesondere jenes der Geheimpolizei, der Stasi, und gleichzeitig den Datenschutz, den Schutz der Persönlichkeitsrechte der Betroffenen, die durch die Stasi verfolgt worden sind, zu gewährleisten. Das Stasi-Unterlagen-Gesetz ist zum internationalen Vorbild geworden. In vielen Ländern der Welt hat man ähnliche Regelungen geschaffen und ist an einem Erfahrungsaustausch mit uns interessiert.

K.L.: Obwohl der deutsche Umgang mit den Akten des DDR-Geheimdienstes in vielen Ländern, die diktatorisch regiert wurden, als beispielhaft gilt, soll Ihre Behörde in naher Zukunft abgewickelt werden. Halten Sie das das wirklich für nötig und richtig?

RJ: Es ist nötig, die Errungenschaft der Nutzung der Stasi-Unterlagen für die Zukunft zu sichern. Zukünftige Generationen sollen sich ebenso ein Bild machen können von den Mechanismen einer Diktatur und auch den Opfern der Diktatur Respekt erweisen können. All das dient der Stärkung der Demokratie. Deshalb wird das Stasi-Unterlagen-Archiv Teil des Gedächtnisses der Nation. Damit werden die Stasi-Unterlagen per Gesetz zu „Archivgut des Bundes“, das heißt per Definition in ihrem Gesamtbestand zu Unterlagen von bleibendem Wert erklärt und somit dauerhaft gesichert. Zudem müssen wir uns auch den Herausforderungen der Digitalisierung stellen, und dafür wollen wir Kompetenz, Technik und Ressourcen bündeln. In der ehemaligen Stasi-Zentrale wird ein Archiv-Zentrum geschaffen, in dem die Stasi-Unterlagen und andere DDR-Unterlagen wie z.B. die Haftakten der Opfer, im Bundesarchiv an einem Ort zugänglich sein werden.

K.L.: Ihre Behörde versteht sich nicht zuletzt als eine Institution zur Erforschung und Aufarbeitung der Strukturen und des Wirkens des MfS. Mit diesem Profil war sie nicht zuletzt für die Bildungsarbeit in Gedenkstätten von großer Bedeutung. Wie soll die nun entstehende Lücke Ihrer Meinung nach gefüllt werden?

R.J.: Wir werden weiter, so wie bislang, ein wichtiger Dienstleister für Forschungs- und Bildungseinrichtungen und insbesondere für Gedenkstätten sein. Unsere eigenen

Bildungs- und Informationsangebote konzentrieren sich ja auf die Vermittlung des besonderen Charakters der Stasi-Unterlagen als Hinterlassenschaft einer Geheimpolizei. Diese Vermittlung geschieht insbesondere an den historischen Orten, in Medien und im Internet. Damit wollen wir die Gesellschaft anregen, diese Akten zu nutzen. Unsere Aufgabe ist es, sie also bestmöglich zur Verfügung zu stellen. Daran arbeiten wir, auch befördert durch die neuen Strukturen.

K.L.: Im Rahmen eines offiziellen Besuchstermins in Halle im Jahre 2017 haben Sie sich dafür ausgesprochen, die in unserem Bundesland überlieferten Stasi-Akten auf dem Gelände der heutigen Justizvollzugsanstalt Halle I unterzubringen. Zu diesem Vorschlag hat sich Ministerpräsident Rainer Haseloff auch zustimmend geäußert. Warum halten Sie den „Roten Ochsen“ für einen geeigneten Aktenstandort?

R.J.: Zum Zukunftskonzept gehört auch die Verankerung der regionalen Stasi-Unterlagen in den ostdeutschen Ländern. Dort sind sie von der Stasi angelegt und in der Friedlichen Revolution erobert worden, dort sollen sie auch weiter bleiben. Für diese dauerhafte Aufbewahrung in den Ländern ist es angebracht, die Stasi-Unterlagen in Zukunft an jeweils einem Landesstandort zu bündeln und so besser Investitionen in archivgerechte Lagerung zu ermöglichen. Weitere wichtige Kriterien dabei sind die Nutzung der historischen Orte und die Einbindung in die Gedenkstättenlandschaft. Dafür bietet sich in Sachsen-Anhalt das Gelände rund um die Gedenkstätte „Roter Ochse“ in Halle an. Die Akten und der Gefängnisort stehen in unmittelbarem Zusammenhang, so kann die Zusammenarbeit zwischen Gedenkstätte und Archiv ganz praktisch gestaltet werden. Wir können vor Ort ganz konkret aufzeigen, dass nicht nur Informationen gesammelt wurden, sondern dadurch auch Menschen im Gefängnis landeten.

K.L.: Richten wir den Blick in die nähere Zukunft: Was wird eigentlich aus dem Amt des Bundesbeauftragten nach Ihrem Ausscheiden im kommenden Jahr?

R.J.: Der Bundestag entwickelt das Amt des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen weiter zu einem Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur. Das heißt aus dem Beauftragten für die Akten wird der Beauftragte für die Menschen. Für mich

ist dabei wichtig, dass dieser Beauftragte nicht auf das Thema Stasi fixiert ist, sondern sich um alle Opfer der SED-Diktatur kümmert.

K.L.: Welche persönlichen Pläne haben Sie für die „Zeit danach“?

R.L.: Es ist an der Zeit, dass ein Generationswechsel erfolgt. Für mich ganz persönlich heißt das, mit 68 Jahren, die Lebenszeit zu nutzen, und beispielweise ohne vorgegebene Begrenzung auf Reisen zu gehen.

K.L.: Herr Jahn, vielen Dank für Ihre Antworten.



Landtagspräsidentin Gabriele Brakebusch während ihrer Ansprache zur Einweihung der Gedenktafeln am 27. Januar 2020

In der NS-Diktatur verfolgte Abgeordnete aus dem heutigen Sachsen-Anhalt – Dokumentation VER/FOLGT und Projekt GE/DENKEN im Landtag

Torsten Gruß¹

Am 27. Januar 2020 wurde im Rahmen einer Veranstaltung am Tag des Gedenkens für die Opfer des Nationalsozialismus an prominenter Stelle im Landtagsgebäude eine Gedenktafel für in der NS-Diktatur verfolgte Abgeordnete aus dem Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalt enthüllt. Mit ihr wird die Erinnerung an 87 ehemalige Abgeordnete wach gehalten sowie ihr Leben und Leiden gewürdigt. Dies geschehe in einer angemessenen wertigen, dabei nicht aufdringlichen Weise, wie Gabriele Brakebusch, Präsidentin des Landtages, bei der Enthüllung betonte, „um auf eindringliche, aber auch zurückhaltende Weise deutlich zu machen, worauf sich unser politisches Tun hier im Landtag von Sachsen-Anhalt auch gründet“².

Am Anfang guter Projekte stehen inspirierende Ideen. Als der Landtag plante, in der Gedenkveranstaltung am 27. Januar 2018 auch das Stolperstein-Projekt des Künstlers Gunter Demnig zu würdigen, kam die Idee auf, vor dem Hauptportal des Landtagsgebäudes am Magdeburger Domplatz gewissermaßen mit „parlamentarischen Stolpersteinen“ an in der NS-Diktatur verfolgte und getötete Abgeordnete aus dem heutigen Sachsen-Anhalt zu erinnern. Das Projekt erwies sich als kurzfristig nicht umsetzbar, blieb aber lebendig.

Zeitgeschichtlicher Rahmen

Die Reichsverfassung von 1919 gestaltete die Weimarer Republik als föderale parlamentarische Demokratie aus. Neben dem Reich kam auch den Ländern Staatsqualität zu. In ihnen agierten Landtage. Für das Projekt waren neben dem Reich der Freistaat Preußen, die diesem zugehörige Provinz Sachsen sowie der Freistaat Anhalt und deren jeweiligen Parlamente von Belang.

Das Scheitern der Weimarer Republik hat viele Ursachen. Zu nennen sind politische und soziale Umstände sowie Wirtschaftskrisen, die Massenarbeitslosigkeit und Massenarmut hervorbrachten, was die politische Radikalisierung der Bevölkerung beförderte. Hinzu trat, dass die junge parlamentarische Demokratie von rechts und links abgelehnt und bekämpft worden ist. Die liberale Verfassung von Weimar konnte so nicht wirklich nachhaltig mit Leben erfüllt und widerstandsfähig gemacht werden.

Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt. Formal entstand damit zunächst ein weiteres Präsidialkabinett, das mit auf Artikel 48 der Reichsverfassung gestützten Notverordnungen weiterregieren konnte. Materiell nahmen hier die Selbstaufgabe der parlamentarischen Demokratie und des Verfassungsstaates, die Liquidation des Rechtsstaates sowie die Etablierung eines totalitären Führerstaates und die Legalisierung des politischen Terrors ihren Anfang: „Die Entmachtung der politischen Klasse fand bei offenem Vorhang statt“³.

In der Nacht vom 27. zum 28. Februar 1933 brannte in Berlin der Reichstag und lieferte den Vorwand für die am 28. Februar 1933 erlassene „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“, mit der zahlreiche Grundrechte suspendiert worden sind – auch solche, deren Suspension in Artikel 48 Abs. 2 der Reichsverfassung nicht vorgesehen war und die deshalb als „diktaturfest“ galten. Zur „Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte“ (Präambel) erlassen, legalisierte die Notverordnung die politische Verfol-

gung der politischen Gegner des Regimes durch ihre Kriminalisierung und ermöglichte eine massive Ausweitung des politischen Terrors. Verfassungsmäßige Rechte – nicht zuletzt auch von Abgeordneten – worden aufgehoben. Auch das ehrwürdige Prinzip der Immunität von Mitgliedern der Parlamente bot keinen Schutz mehr: Ein „zur Sicherung seiner Person“ inhaftierter Abgeordneter musste befürchten, dass man die Aufrechterhaltung der Schutzhaft gar damit begründete, dass gegen ihn als Abgeordneter ein Strafverfahren nicht eingeleitet werden konnte.⁴

Nahezu alle Schranken des Rechtsstaats fielen mit dem Ziel der Ausschaltung jedweder Opposition. Die Verordnung begründete den permanenten Ausnahmezustand und blieb das eigentliche Grundgesetz des „Dritten Reiches“.⁵ Kommunisten vor allem, Sozialdemokraten, exponierte Angehörige des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei, der Deutschen Staatspartei und selbst der Deutschnationalen Volkspartei waren vom 30. Januar 1933 an persönlich gefährdet. Eine brutale Welle des Hasses entlud sich in Angriffen auch gegen gewählte Frauen und Männer, die andere Überzeugungen vertraten.⁶ Der „verängstigte Reichstag“⁷ beschloss am 23. März 1933 gegen die Stimmen der 94 anwesenden sozialdemokratischen Abgeordneten – die 81 Mandate der KPD waren annulliert worden – unter den Bedingungen der Verfolgung politischer Gegner und der Umringung des Sitzungsaals im Reichstag durch die SA⁸ mit dem „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ die Selbstentmachtung des Parlaments und die Auslieferung des Gesetzgebungsrechts – auch des verfassungsändernden – an die Exekutive. Otto Wels begründete in der letzten freien Rede im Reichstag mutig das Nein der Sozialdemokraten zum „Ermächtigungsgesetz“: „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht [...] Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft.“⁹

Die Dokumentation VER/FOLGT

Wissenschaftliche Publikationen, die sich der Aufarbeitung der Gräueltaten der nationalsozialistischen deutschen Diktatur widmen, füllen Bibliotheken. Auch zahlreiche Arbeiten zur Erforschung des Verfolgungsschicksals deutscher Parlamentarierinnen und Parlamentarier – darunter vor allem die verdienstvollen Arbeiten von Martin Schumacher zu den Mitgliedern des Reichstags¹⁰ sowie der Landtage und Bürger-schaften¹¹ – finden sich darunter. Hinsichtlich der aus der Region des heutigen Landes

Sachsen-Anhalt in der Weimarer Zeit in die Parlamente der unterschiedlichen staatlichen Ebenen gewählten Abgeordneten fehlt eine Gesamtschau und sind die wenigen Informationen in zahlreichen Quellen verstreut.

Interfraktionell durch den Ältestenrat des Landtages unterstützt, wurde mit dem renommierten Landeshistoriker Prof. Dr. Mathias Tullner ein Forschungsprojekt entwickelt, in dem Studierende¹² im Rahmen eines Seminars an der Fakultät für Humanwissenschaften der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg Quellen in Archiven und Bibliotheken auswerteten. Ergänzende Forschungen konnten nur in einzelnen Fällen Lücken schließen. Neben einer regelmäßigen Befassung des Ältestenrates unterstützte eine Projektgruppe der Landtagsverwaltung die Arbeiten. Gegenstand des Projekts sind der Reichstag, der Preußische Landtag, der Landtag des Freistaats Anhalt und der Provinziallandtag der Provinz Sachsen. Ebenfalls betrachtet werden die verfassungsgebende Deutsche Nationalversammlung und die Konstituierenden Landesversammlungen in Preußen und Anhalt. Kommunale Vertretungen bleiben unberücksichtigt.

Im Mittelpunkt der Dokumentation VER/FOLGT stehen Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die im Gebiet des modernen Sachsen-Anhalt in die Parlamente der Weimarer Republik gewählt und während der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland wegen ihrer Abgeordnetentätigkeit und den damit verbundenen politischen Aktivitäten, aber auch wegen ihrer Überzeugungen, ihrer Gesinnung, ihrer Herkunft, ihrer Zugehörigkeit zu einer Gruppe o. ä. verfolgt worden sind. Die aus politischen Gründen verfolgten Abgeordneten bildeten einen besonderen Kreis der Verfolgten der nationalsozialistischen Diktatur. Die Arten und Stufen der Verfolgung waren unterschiedlich und breit gefächert. Die Verfolgungen reichten von Hausdurchsuchungen, Meldepflichten bei Behörden, öffentliche Diffamierungen über Berufsverboten Enteignungen, Vertreibungen, Haft im Konzentrationslager, im Zuchthaus oder in Gefängnissen bis hin zu Folter und Mord.¹³ Bewusst ist dem Projekt ein weiter Verfolgungsbegriff zugrunde gelegt, um in Respekt vor den jeweils individuellen und daher kaum ins Verhältnis zueinander setzbaren Einzelschicksalen die ganze Bandbreite nationalsozialistischer Verfolgung gegen gewählte Parlamentarierinnen und Parlamentarier aufzuzeigen. Dabei stellen die in der Dokumentation VER/FOLGT dargestellten Biografien Annäherungen an Abgeordnete dar, auch weil bewusst auf eine detaillierte Darstellung und Bewertung ihres konkreten parlamentarischen oder sonstigen politischen Wirkens und der ihm zugrunde liegenden Überzeugungen verzichtet worden ist.

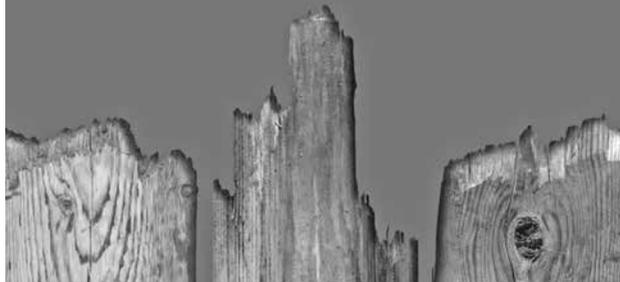


LANDTAG VON
SACHSEN-ANHALT

VER|FOLGT

Abgeordnete aus der Region des heutigen Sachsen-Anhalt, die Opfer der nationalsozialistischen Diktatur von 1933 bis 1945 in Deutschland wurden.

Eine Dokumentation im Rahmen des Projekts GE|DENKEN



Titel der Dokumentation VER/FOLGT

Aus den Grundprinzipien des Wahlrechts der Weimarer Republik folgt, dass im Projekt auch Schicksale von Abgeordneten dokumentiert worden sind, die nicht in der Region des heutigen Sachsen-Anhalt ansässig und politisch aktiv waren. Sie sind jedoch in Wahlkreisen gewählt worden, die im heutigen Sachsen-Anhalt liegen, und waren Repräsentanten dieser Wahlkreise.

Die durch den Landtag herausgegebene, im Landtag in gedruckter Ausgabe oder auf der Internetseite des Landtages als Download erhältliche Dokumentation VER/FOLGT enthält die Verfolgungsbiografien von 89 – darunter 11 Frauen – in der Region des



Die im Foyer des Landtags angebrachten Gedenktafeln

heutigen Sachsen-Anhalt gewählten Abgeordneten. Davon gehörten 40 dem Reichstag, 18 dem Preußischem Landtag, 10 dem Landtag des Freistaats Anhalt sowie 21 dem Provinziallandtag der Provinz Sachsen an. Die Biografien sind unterschiedlich detailliert, aber dennoch zweifelsohne geeignet, einen ersten Überblick über die Verfolgung von Abgeordneten aus der Region zu vermitteln. Ausnahmslos alle recherchierbaren Verfolgungsbiografien fanden Aufnahme.

Das Projekt GE|DENKEN

Auf der Grundlage der Dokumentation VER|FOLGT beschloss der Ältestenrat, an repräsentativer Stelle im Landtagsgebäude einen Ort des Gedenkens an die in der NS-

Diktatur verfolgten Abgeordneten zu errichten. Er entschied sich dafür, im zentralen Eingangsfoyer des Landtages eine dreigeteilte, an ein Triptychon erinnernde Gedenktafel anzubringen, die gestalterisch vor allem durch drei gebrochene Hölzer geprägt wird, die die durch Verfolgung, Demütigung und Tod gebrochenen Leben symbolisieren sollen. Durch die Verwendung der drei einheimischen Holzarten Buche, Eiche und Lärche soll an die Unterschiedlichkeit der Lebenswege und die individuellen Schicksale erinnert werden. An der Tafel ist ein QR-Code angebracht, über den vor Ort weiterführende Informationen abgerufen werden können.

Sind alle im Projekt ermittelten verfolgten Abgeordneten in die Dokumentation VER/FOLGT aufgenommen worden, um dem wissenschaftlichen Prinzip der Vollständigkeit Genüge zu tun, stand dies im Ältestenrat für das Projekt GE/DENKEN in Frage. Er ließ sich dabei von der Überzeugung leiten, dass Gedenken bedeute, an jemanden oder an etwas ehrend und anerkennend zu erinnern. Er war der Überzeugung, dass der Landtag das Recht und im Interesse der Wahrung seines und des Ansehens der anderen, derer er gedenken will, die Pflicht habe zu entscheiden, ob alle 89 Abgeordnete ein ehrendes Gedenken rechtfertigen. Er hat dies mehrheitlich verneint und davon abgesehen, Wolf-Heinrich Graf von Helldorff¹⁴ sowie Otto Walter¹⁵ auf der Tafel im Landtagsfoyer zu gedenken. Die Präsidentin des Landtages verwendete in ihrer Rede am 27. Januar 2020 in Bezug auf beide Abgeordnete das Bild von „gebrochenen Biografien“ von Abgeordneten, die zweifelsohne verfolgt worden, in ihrem Leben aber auch zu Tätern geworden seien.¹⁶

Ausblick

Der Ältestenrat hat zudem entschieden, die 16 Abgeordneten, die die Verfolgung mit ihrem Leben bezahlten, im öffentlichen Raum mit einem Gedenkort vor dem oder am Landtagsgebäude zu würdigen. Es ist geplant, dieses Projekt in der bevorstehenden 8. Wahlperiode des Landtages auf der Grundlage eines Wettbewerbs umzusetzen. So schließt sich der Kreis zur inspirierenden Idee, die am Anfang des Projekts stand. Anzuschließen wird – auch dies erklärte Absicht des Ältestenrates – ein Projekt sein, mit dem die wissenschaftliche Aufarbeitung der ersten beiden Landtage von Sachsen-Anhalt (1946–1952) und der Lebenswege seiner Mitglieder in Angriff genommen werden sollen.¹⁷

Anmerkungen

- 1 Der Verfasser ist Direktor beim Landtag von Sachsen-Anhalt. Dieser Beitrag gibt ausschließlich seine persönliche Meinung wieder.
- 2 Gabriele Brakebusch, Präsidentin des Landtages von Sachsen-Anhalt, am 27. Januar 2020 während der Veranstaltung im Foyer des Landtagsgebäudes. Siehe auch <https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/gedenktafel-fuer-opfer-von-ns-verfolgung/>. [Stand 01.09.2020]
- 3 Schumacher, Martin: M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Eine biografische Dokumentation, 3. Auflage Düsseldorf 1994, Seite 21.
- 4 Schumacher: M.d.R (wie Anm. 3), Seite 22. Auf diese Umkehr des Immunitätsschutzes eingehend, äußerte der anhaltische Sozialdemokrat und Mitglied des Reichstages Gerhart Seger in einem Brief vom 23. Mai 1933, er warte „sehnlichst auf den Tag, wo ich mein Mandat niederlegen kann.“ Zitiert nach Schumacher: M.d.R (wie Anm. 3), Seite 22.
- 5 Vgl. Morsey, Rudolf: Das „Ermächtigungsgesetz“ vom 24. März 1933. Quellen zur Geschichte und Interpretation des „Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich“, Düsseldorf 1992, Seite 7. Die Weimarer Reichsverfassung ist durch die Nationalsozialisten nie förmlich außer Kraft gesetzt worden. Das Reichstagshandbuch der 8. Wahlperiode (Wahl am 5. März 1933) verdeutlichte aber, dass sie die Reichsverfassung für abgelöst oder nicht mehr für beachtenswert hielten: War die Reichsverfassung in den Reichstagsbüchern bis 1933 jeweils an erster Stelle abgedruckt worden, fehlte sie nun; an erster Stelle wurde dagegen das „Ermächtigungsgesetz“ abgedruckt. Vgl. Austermann, Philipp: Der Weimarer Reichstag, Köln 2020, Seite 261f.
- 6 Nach Schumacher: M.d.R (wie Anm. 3), Seite 21 hatte Hermann Göring noch am 30. Januar 1933 – so in seiner Zeugenaussage im Reichstagsbrandprozess vor dem Reichsgericht – zwei höhere Beamte mit der Feststellung der Adressen von Regimegegnern befasst. Bereits unter Carl Severing und Franz von Papen soll es Proskriptionslisten gegeben haben, die nun in ihrer Zielrichtung zu ändern und zu ergänzen gewesen seien. Unmittelbar nach der Reichstagswahl am 5. März 1933 habe das preußische Innenministerium die nachgeordneten Behörden dazu aufgefordert, sämtliche neugewählten kommunistischen Abgeordneten zu verhaften. Vgl. Schumacher: M.d.R (wie Anm. 3), Seite 21.
- 7 Mitteis, Heinrich / Lieberich, Heinz: Deutsche Rechtsgeschichte, 19. Auflage, München 1992, Seite 477.
- 8 Vgl. Kroeschell, Karl: Rechtsgeschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, Göttingen 1992, Seite 71.
- 9 Rudolf Morsey, „Ermächtigungsgesetz“ (wie Anm. 5), Seite 65f. Fritz Baade – sozialdemokratischer Abgeordneter des Wahlkreises Magdeburg im Reichstag – nahm als Bevollmächtigter Schleswig-Holsteins am Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee (10.–23. August 1948) teil und schilderte dort: „Wenn man aus

der betreffenden Sitzung nicht gewaltsam eine Anzahl von Abgeordneten ausgeschlossen und das ganze Zentrum nicht durch physische Bedrohung gezwungen hätte, für dieses Ermächtigungsgesetz zu stimmen, wäre auch in diesem Reichstag keine Mehrheit dafür zustande gekommen. Ich entsinne mich, dass nahe Freunde aus dem Kreis der Zentrumsfraktion [...] nach der Abstimmung weinend zu mir kamen und sagten, sie seien überzeugt gewesen, dass sie ermordet worden wären, wenn sie nicht für das Ermächtigungsgesetz gestimmt hätten.“ Zitiert nach Morse: „Ermächtigungsgesetz“ (wie Anm. 5), Seite 164.

- 10 Vgl. Schumacher: M.d.R. (wie Anm. 3).
- 11 Vgl. Schumacher, Martin: M.d.L. Das Ende der Parlamente 1933 und die Abgeordneten der Landtage und Bürgerschaften der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933 – 1945. Ein biografischer Index, Düsseldorf 1995.
- 12 Am Projekt waren Studierende von Studiengängen der Politikwissenschaft, der Geschichte, der Soziologie sowie der European Studies beteiligt.
- 13 Landtag von Sachsen-Anhalt (Hrsg.): VER/FOLGT. Abgeordnete aus der Region des heutigen Sachsen-Anhalt, die Opfer der nationalsozialistischen Diktatur von 1933 bis 1945 in Deutschland wurden. Eine Dokumentation im Rahmen des Projekts GE/DENKEN, Magdeburg 2020, Seite 9.
- 14 Wolf-Heinrich Graf von Helldorff (NSDAP) gehörte dem Reichstag sowie dem Preußischen Landtag an. Zur zeitgeschichtlichen Forschung zu von Helldorff: Zimmer, Detlef: Lebensläufe und individuelle politische Biografien. Das Beispiel der Familie von Helldorff, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 40. Jahrgang (1992), Seite 834ff.; Harrison, Ted: Der „Alte Kämpfer“ Graf von Helldorff im Widerstand, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 40. Jahrgang (1997), Seite 385ff.
- 15 Otto Walter (KPD) gehörte dem Reichstag an. Zu Walter hatte das Projekt herausgearbeitet, dass er am Aufbau der „Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft“ – der Vorgängerinstitution des MfS – beteiligt gewesen ist, von 1951 bis 1953 Generalinspekteur des MfS, später Staatssekretär und auch Parteisekretär im MfS und von 1955 bis 1964 stellvertretender Minister für Staatssicherheit gewesen ist. Der Entscheidung des Ältestenrates lag zudem eine ergänzende, wissenschaftliche Sekundärquellen auswertende Ausarbeitung des Verfassers zugrunde.
- 16 So auch in Landtag von Sachsen-Anhalt (Hrsg.), VER/FOLGT (wie Anm.13), Seite 4.
- 17 Erste wissenschaftliche, durch Everhard Holtmann (Halle) betreute Arbeiten zu diesem Gegenstand sind durch Christina Trittel vorgelegt worden. Siehe auch Holtmann, Everhard: Der Pfad der verfallenden Demokratie. Der 1946 gewählte sachsen-anhaltische Landtag als Beispiel für defekten Parlamentarismus im östlichen Nachkriegsdeutschland, Vortrag im Rahmen einer Gedenkveranstaltung des Landtages von Sachsen-Anhalt am 16. November 2006 (Manuskript).

Geschichtsprojekt der Landeszentrale für politische Bildung: „Ermutigung – Lebenswelt, Repression und Widerstand in der DDR und Osteuropa nach 1945“

Martin Hanusch

Ein Lehrstück für die Demokratie: Mit ihrem mehrjährigen Geschichtsprojekt hat die Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt mehr als vier Jahrzehnte Zeitgeschichte von ganz unterschiedlichen Seiten beleuchtet und dabei auch Randthemen in den Blick genommen.

Wem gehört die friedliche Revolution? Pünktlich zum 30-jährigen Jubiläum der deutschen Wiedervereinigung und gut drei Jahrzehnte nach dem historischen Geschehen vom Herbst 1989 ist ein Streit entbrannt, wem das Verdienst des Umbruchs zukommt. Angestoßen hat die Debatte zuletzt u.a. die Autorin und Journalistin Jana Hensel. „Warum kann sich die ostdeutsche Öffentlichkeit nicht darauf einigen, dass die friedliche Revolution von beiden gemacht wurde: einerseits von mutig voranschreitenden Oppositionellen – und andererseits von lange nur beistehenden, aber schließlich aktiv werdenden Teilen der DDR-Gesellschaft?“, fragt sie in einem Beitrag, der in der Wochenzeitung „Die Zeit“ (Nr. 29/2020) erschienen ist. Im Kern gehe es jedoch um mehr, fügt sie hinzu: „Es geht um die Frage, wie viel Deutungsmacht einer kleinen Gruppe ehemaliger Bürgerrechtler, die seit Jahrzehnten in den Medien als Deuter der Ostdeutschen auftreten, zugestanden wird.“ In eine ähnliche Kerbe schlägt auch der einstige DDR-Oppositionelle Klaus Wolfram, der die Bürgerrechtler gar als „Moralisten, Karrieristen und Opportunisten“ bezeichnet (Interview in „Die Zeit“ 19/2020). Gegen solche Abwertung hat sich nun wiederum der Bürgerrechtler Werner Schulz in einem Offenen Brief unter der Überschrift „Wem gehört die Revolution von 1989?“ an Jana Hensel gewandt. „Es war keine breite Mehrheit, welche die Friedliche Revolution bewirkt hat, sondern eine oppositionelle Minderheit, die gut vernetzt und lange in verschiedenen Vorlaufaktionen auf einen demokratischen Aufbruch hingearbeitet hat und im entscheidenden Moment durch den Zustrom tausender Ausreiseantragsteller Unterstützung erhielt. Sie waren die Schwungmasse und die evangelische Kirche das Basislager der Friedlichen Revolution.“

Diese Diskussion zeigt einmal mehr, dass dieses Kapitel der jüngsten deutschen Geschichte und die Beschäftigung mit der zweiten deutschen Diktatur im 20. Jahrhundert noch längst nicht abgeschlossen ist. Inzwischen scheint der untergegangene Staat im Rückblick sogar deutlich positiver gesehen zu werden als nach dem Zusammenbruch. In seinem jüngsten Buch „Kampf der Systeme“ zeichnet der Politologe Klaus Schröder diesen Prozess der „Wiederauferstehung“ der DDR nach, wie er die heutige Verklärung nennt.

Aber auch sonst scheiden sich die Geister, wenn es um den untergegangenen Arbeiter- und Bauern-Staat geht. Eine neutrale Sicht auf die DDR, die gerade einmal 40 Jahre lang existiert hat, scheint kaum möglich. Während die einen das Land als Unrechtsstaat geißeln, verteidigen es andere vehement, weil das Zusammenleben vermeintlich sozialer, das Arbeitsleben abgesichert und das zentrale Bildungssystem für manchen als das Bessere erscheint. Diese unterschiedlichen Sichtweisen sorgen immer wieder für Kontroversen. So tobt seit Jahren ein Kampf um die Erinnerung und um die Frage, wer die Deutungshoheit über 40 Jahre DDR hat. Das betrifft sowohl diejenigen, die sich ihr Leben in der DDR nicht im Nachhinein entwerten lassen wollen, aber auch diejenigen, die Opfer des Systems waren.

Für die Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt ist das allemal Grund genug gewesen, in einem auf zwei Jahre angelegten Geschichtsprojekt verschiedenen Aspekten der DDR-Geschichte nachzugehen. „Uns ist es dabei vor allem darum gegangen, die unterschiedlichen Facetten der DDR-Geschichte aufzuzeigen und ganz verschiedene Punkte zu beleuchten“, sagt der Direktor der Landeszentrale für politische Bildung, Maik Reichel, rückblickend. So sollte die Aufarbeitung von Repression und Widerstand ebenso eine Rolle spielen wie die Auseinandersetzung mit dem Alltag und der Lebenswelt in der DDR. „Auf diese Weise kann ein solches Geschichtsprojekt auch zu einem Lehrstück für die Demokratie werden“, ist der Direktor der Landeszentrale überzeugt. Dazu hat es seit April 2018 knapp 50 Einzelveranstaltungen mit etwa 2.800 Besucherinnen und Besuchern gegeben.

Und der Bedarf zum Austausch über die sehr verschiedenen Themen ist tatsächlich nach wie vor groß. Als die Landeszentrale ins Industrie- und Filmmuseum nach Bitterfeld-Wolfen einlädt, um über das Thema „Umweltbewegung in der DDR“ zu diskutieren, platzt der Saal aus allen Nähten und die Veranstaltung muss sogar noch einmal wie-

derholt werden. Im Saal herrscht absolute Stille, als der historische Film „Bitteres aus Bitterfeld“ über die Leinwand flimmert, der das ganze Ausmaß der Umweltverschmutzung in der Region zeigt. Man sieht das Wasser der Mulde, das sich gelb-braun färbt, die toten Bäume rund um den verdreckten „Silbersee“ und giftige Müllhalden. Carlo Jordan, einer der Mitbegründer der Umweltbibliothek, erzählt, wie er und die anderen Umweltaktivisten mehrere Wochen in der Region um Bitterfeld und Wolfen unterwegs waren. Dabei begegneten sie dem Bitterfelder Hans Zimmermann, dem eigentlichen Protagonisten des damaligen Geschehens. Zimmermann hatte über einen längeren Zeitraum die Umweltverschmutzung in Bitterfeld dokumentiert und konnte die Umweltgruppen entsprechend informieren. Dabei wäre ihm die Stasi beinahe auf die Schliche gekommen, erinnert sich Margit Miosga, die als Westberliner Journalistin mit dafür gesorgt hat, dass die dramatischen Bilder aufgenommen und später auch im Politikmagazin „Kontraste“ ausgestrahlt werden konnten.

Doch die Runde bleibt nicht in der Vergangenheit stecken. „Nach der Wende mussten wir erst einmal die Daten und Fakten zusammentragen, um zu wissen, wo die Probleme genau liegen“, erklärt Umweltstaatssekretär Klaus Rehda. Denn gefährlich sei nicht nur das, was man sehen und riechen kann, sondern vielfach das, was im Boden stecke. Dazu verweist er auf die schwierige Situation mit dem belasteten Grundwasser und den Umgang mit den ehemaligen Deponien. Die Besucherinnen und Besucher wollen dann auch vor allem wissen, was momentan passiert, ob es jemals wieder Trinkwasser aus der Region geben würde und wie das belastete Material entsorgt werden könne.

Groß erscheint das Interesse aber auch schon bei der Auftaktveranstaltung der Geschichtsreihe – hier wohl vor allem einem prominenten Namen geschuldet. Beim Auftritt des Liedermachers und Schriftstellers Wolf Biermann in Halle ist die Marktkirche fast bis auf den letzten Platz gefüllt. An die Saalestadt erinnere er sich immer wieder gern, erzählt Wolf Biermann launig. Hier hat er 1965 vor seinem Auftrittsverbot erstmals seine spätere Frau Eva-Maria Hagen im Steintor-Varieté singen gehört. Zudem habe er von seiner Oma Meume, die in Halle aufgewachsen ist, den Dialekt mitbekommen. An diesem Abend stellt der Dichter und wohl berühmteste Liedermacher der DDR seine Autobiographie „Warte nicht auf bessere Zeiten“ vor und spricht sehr persönlich über sein Leben und die Auseinandersetzung mit der DDR.

Aber es sind beileibe nicht nur solche Großveranstaltungen, die Wirkung zeigen. Gerade bei den kleineren Lesungen und Gesprächen – etwa mit dem Historiker und Au-



Wolf Biermann während der Auftaktveranstaltung am 23. April 2018 in der Marktkirche in Halle (Saale)

tor Karsten Krampitz in Zeit zum Schicksalsjahr 1976 und der Selbstverbrennung von Pfarrer Oskar Brüsewitz oder den Buchlesungen mit dem Autor Christoph Dieckmann in Aschersleben und Wernigerode – gibt es einen umso intensiveren Austausch. Darüber hinaus stehen auch Themen im Fokus, die sonst nicht so stark im öffentlichen Bewusstsein verankert sind. Unter dem Titel „Einfach weggesprengt“ wird in Magdeburg die gezielte Beseitigung von im Krieg beschädigten Kirchengebäuden in der DDR thematisiert. Bei einer weiteren Architekturveranstaltung in Dessau-Roßlau geht es wiederum um die „DDR-Architektur zwischen Planwirtschaft und Baukultur“. Der Einsatz von „Bausoldaten“, die in der DDR den Dienst mit der Waffe verweigert hatten, im Chemiedreieck ist dann Thema in Merseburg, und bei einer Lesung in Magdeburg stellt der Spiegel-Journalist und Autor Peter Wensierski sein jüngstes Buch „Fenster zur Freiheit“ über die Radix-Blätter vor, eine Untergrundzeitschrift in der DDR.

Um ein möglich breites Publikum anzusprechen, hat die Landeszentrale zudem ganz verschiedene Formate im Angebot. So gibt es nicht nur die klassischen Lesungen, Zeitezeugengespräche und Podiumsgespräche, zusätzlich sorgen Konzerte und Filmvorführungen für Abwechslung. Der Liedermacher und einstige DDR-Dissident



Der Liedermacher und frühere DDR-Opportuniste Stephan Krawczyk in der Jacobi-Kirche in Sangerhausen während der Veranstaltung am 28. September 2018

Stephan Krawczyk etwa singt und spricht in Salzwedel, Sangerhausen und Lutherstadt Wittenberg unter dem Motto „Mit allem Freimut ungehindert“ über seine Geschichte und die Erfahrungen mit der DDR. In Halle und Magdeburg wird zudem der Film „Ballon“ von Michael „Bully“ Herbig über eine spektakuläre Flucht gezeigt. Im Anschluss gibt Günter Wetzel, einer der Beteiligten, sehr persönlich Auskunft über seine Beweggründe und das dramatische Geschehen damals. Bei den Zuhörerinnen und Zuhörern kommt das gut an.

Der Blick der Geschichtsreihe richtet sich aber ebenso auf das innere Machtgefüge der Diktatur des Proletariats. In einer Podiumsdiskussion über „Das Gegenteil von Gewaltenteilung – Machtfaktor SED“ sitzen der ehemalige Oberbürgermeister von Dresden, Wolfgang Berghofer, der sich früh kritisch mit der eigenen Vergangenheit als SED-Funktionär auseinandergesetzt hat, und der Zeithistoriker Dr. Andreas Malycha auf einem Podium. In der Endphase der DDR sei der innere Zerfall dann auch für die einfachen Parteimitglieder spürbar gewesen, blickt Berghofer zurück. Zu dieser Zeit hätten immer mehr Leute erkannt, dass die sozialistische Planwirtschaft versagt habe. Zudem sei in den unteren Parteiebenen die Frustration gewachsen, dass die Führungsriege die

Probleme totgeschwiegen habe, erklärt der Zeitgeschichtler Andreas Malycha. Am Ende habe auch die Parteiführung nicht verhindern können, dass die DDR wie ein Kartenhaus zusammenfiel und die Mitglieder der SED in Scharen den Rücken kehrten. An den Spekulationen, wer nun verantwortlich dafür war, dass während der Demonstrationen im Herbst 1989 nicht geschossen wurde und weshalb die Mauer fiel, will sich Berghofer hingegen nicht beteiligen. Für ihn sei es immer noch „fast ein Wunder, dass das alles so friedlich verlaufen ist“.

Weit weniger friedlich ist es dagegen in Ungarn beim Aufstand 1956 oder bei der Niederschlagung des Prager Frühling 1968 zugegangen. Ganz bewusst will das Konzept des Zeitgeschichtsprojektes auch die Situation bei den osteuropäischen Nachbarn in den Blick nehmen. Genau 50 Jahre nach den historischen Ereignissen in der Tschechoslowakei sind drei Zeitzeugen und Experten auf Einladung der Landeszentrale nach Sachsen-Anhalt gekommen und erinnern sich unter dem Motto „Das andere '68“ an den politischen Frühling in Prag und die Folgen. Sie diskutieren über den damaligen Ruf nach mehr Freiheit und die kritische Auseinandersetzung mit staatlicher Willkür und Unrechtsverhältnissen am Ende der 1960er Jahre in der ČSSR, Polen und der DDR.

Einig sind sich die Gesprächsteilnehmer in ihrer Einschätzung, dass das Jahr 1968 heute vielfach als Chiffre benutzt werde. Die junge Generation, die den Krieg nicht mehr kannte, habe damals alles anders machen wollen, ist der aus Halle stammende Historiker Stefan Wolle überzeugt. Heute spiele der Prager Frühling jedoch keine große Rolle mehr, „er ist ein rein historisches Thema geworden“. Die acht Monate der Freiheit seien etwas Einmaliges gewesen, findet der tschechisch-deutsche Autor Jan Faktor und fragt sich, ob es angesichts dieser Tatsache überhaupt noch einen Sinn hat, darüber zu diskutieren. Widerspruch kommt hier vom einstigen Bürgerrechtler Wolfgang Templin. Die alten Fragen würden sich zwar verändern, aber sie kehrten zurück, meint er. Für den Historiker Stefan Wolle bleibt zudem eine ganze andere Lehre aus dem Prager Frühling: „Es ist nie sinnlos, sich für Freiheit und Demokratie einzusetzen.“

Ein weiteres Augenmerk wird auf die Situation von Frauen in der DDR gelegt. Hier gibt die Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Dr. Anna Kaminsky, einen Überblick und beschränkt sich keineswegs auf die Situation in der DDR, sondern stellt einen Vergleich an anhand von Frauenzeitschriften in Ost und West zwischen 1945 bis 1989. Dabei zeichnet sie ein vielschichtiges Bild. Neben den Fak-



Buchlesung von Susanne Schädlich mit Schülerinnen und Schülern der IGS Regine Hildebrandt in Magdeburg, 26. Juni 2018

ten – so waren im Wendejahr 92,4 Prozent der Frauen in der DDR berufstätig gegenüber 51 Prozent in der Bundesrepublik – räumt sie mit manchen Mythen auf, z.B. dass nur im Westen die Frauen aufräumen mussten. Auch im Osten habe es für die Frauen einen stetigen Konflikt gegeben, „alles unter einen Hut zu bekommen“. So zeichnet sie auf unterhaltsame Weise ein Bild, nach dem im geteilten Deutschland keineswegs die unterdrückte westdeutsche (Haus-)Frau der emanzipierten Ostfrau gegenübersteht und die Vollbeschäftigung der Frauen in der DDR nicht zwangsläufig die volle Befreiung der Frau bedeutet.

Einen besonderen Stellenwert nehmen bei dem Geschichtsprojekt jedoch die Veranstaltungen und Zeitzeugengespräche in den Schulen ein. „Wir wollten gerade auch die junge Generation mit dem nicht ganz einfachen, aber spannenden Thema erreichen“, sagt Cornelia Habisch, die als Geschäftsführerin des Netzwerkes für Demokratie und Toleranz das Geschichtsprojekt federführend begleitet hat. Heute sei diese Geschichte für viele Jugendliche ebenso fern wie der Dreißigjährige Krieg oder die Französische Revolution. „Damit können wir uns nicht zufriedengeben, denn die Beschäftigung mit der DDR-Vergangenheit ist keineswegs erledigt, sondern wirkt bis heute nach.“

Exemplarisch steht dafür die Lesung und das Zeitzeugengespräch mit Susanne Schädlich und Dr. Karl-Heinz Borchardt. Die Autorin ist durch die Recherche ihrer Familiengeschichte – ein Onkel hat die Familie nach der erzwungenen Ausreise in den Westen für die Stasi bespitzelt – auf eine ganz besondere Story gestoßen. In der IGS Regine Hildebrandt in Magdeburg erzählt die Schriftstellerin den Jugendlichen etwas über die BBC-Sendung mit dem programmatischen Titel „Briefe ohne Unterschrift“, in der von 1949 bis 1974 anonyme Zuschriften aus der DDR im Radio vorgelesen wurden. Daraus hat Susanne Schädlich ein Buch gemacht, in dem die Geschichte dieser besonderen Sendung aufgegriffen und nachgezeichnet wird.

Einer der heimlichen Briefeschreiber ist Karl-Heinz Borchardt, dem die Stasi auf die Schliche kommt und der 1970 als 18-jähriger Schüler verhaftet und später wegen „staatsfeindlicher Hetze“ zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt wird. Ob er es bereut habe, die Briefe geschrieben zu haben, will eine Schülerin in dem Gespräch wissen. Darauf antwortet der inzwischen 65-Jährige mit einem „klaren Jein“. Natürlich sei er nach so einer Geschichte klüger gewesen als vorher. Auch sein Lebensweg hätte ganz sicher eine andere Wendung genommen. Seinen ersten „richtigen“ Arbeitsvertrag habe er erst im April 1990 nach der friedlichen Revolution und dem Mauerfall unterschrieben. Zuvor musste er sich mit verschiedenen Jobs durchschlagen, obwohl er nach der Haft eine Ausbildung als Facharbeiter gemacht, das Abitur an einer Abendschule nachgeholt und doch noch an der Universität Greifswald Deutsch und Geschichte studiert hat.

Trotz der persönlichen Betroffenheit ist das Gespräch für ihn nicht nur eine Reise in die Vergangenheit eines untergegangenen Staates. Als die BBC ihn später interviewt und das Gespräch ausstrahlt, habe er daraufhin einen Brief aus dem Iran bekommen, wo heute ähnliche Einschränkungen der persönlichen Freiheiten bestehen. „Es ist eben nicht nur ein Blick zurück, sondern auch ein Blick in die Gegenwart“, sagt Karl-Heinz Borchardt nachdrücklich. Das weiß auch die Autorin und erklärt den Schülern zum Abschluss des Gespräches die Wirkungsweise von Diktaturen. „Wenn ihr daraus lernt“, sagt Susanne Schädlich, „dann war das heute mehr als nur eine Geschichtsstunde.“

Die Landesbeauftragte: Namenswechsel mit Aufgabenerweiterung – 1992 bis 2016 Landesbeauftragte für Stasi-Unterlagen, seit 2017 Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Birgit Neumann-Becker

Die Tätigkeit der Landesbeauftragten und die Arbeit der Gedenkstättenstiftung in Sachsen-Anhalt verbindet der Auftrag zu Aufarbeitung, Forschung, Information der Öffentlichkeit und politischer Bildung hinsichtlich der SED-Diktatur. Bei all diesen Fragen gibt es eine kontinuierliche vertrauensvolle Zusammenarbeit. Diese bezieht sich selbstverständlich auch auf den Umgang und die Bewertung der Stasi-Unterlagen als Quellen für die Aufarbeitung. Der Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, Dr. Kai Langer, ist als Mitglied im Beirat des BStU hier vom Landtag gewählt worden und berät in der Überführung der Stasi-Akten in das Bundesarchiv.

Im Zentrum dieses Beitrages über die Veränderungen in den Schwerpunkten der Tätigkeit der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur stehen dabei die Verschiebungen der Beratungsthemen für Verfolgte der SED-Diktatur. Auch die Gespräche mit Betroffenen bilden ja eine Berührungsebene mit der Tätigkeit der Gedenkstätten: Gespräche mit Zeitzeugen und Beratung für Betroffene von politischer Repression.

Obwohl die Behörde über 22 Jahre die Amtsbezeichnung ‚Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR‘ trug, lagen bei der Landesbeauftragten die Akten der Staatssicherheit nie und sie hatte auch keine konkrete Zuständigkeit für die Aufbewahrung der Stasiunterlagen. Die Landesbeauftragten waren auch schon immer durch ihre jeweiligen Länderparlamente gewählt und nicht dem Bundesbeauftragten nachgeordnet. Somit waren die Landesbeauftragten keine „kleinen“ Bundesbeauftragten, sondern eigenständige Behörden mit Aufträgen in ihren Ländern; verbunden mit dem Auftrag, mit dem Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen zusammenzuarbeiten. Daraus leitet sich auch die Möglichkeit zur direkten Stellungnahme zu Vorhaben ab, die die Zukunft des Bundesbeauftragten und seiner Behörde betreffen.

Die Landesbeauftragten – mit Ausnahme Brandenburgs, hier wurde die Behörde erst im Jahr 2009 errichtet – haben mittlerweile lange Behördengeschichten. Am 1. Januar 1995 nahm die damalige Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen in Sachsen-Anhalt, Edda Ahrberg, mit ihrem Stellvertreter Christoph Koch in Magdeburg ihre Arbeit auf, nachdem sie 1994 vom Landtag gewählt worden war. Ihr folgte von 2005 bis 2010 der vormalige CDU-Landtagsabgeordnete Gerhard Ruden. Seit 2013 wird dieses Amt von der Autorin dieses Beitrags bekleidet.

Die Landesbeauftragte war von Anfang an in ihrem Amt unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Das Quorum für die Wahl der Landesbeauftragten durch den Landtag ist bis zu einer Gesetzesänderung vom Jahr 2020 auf zwei Drittel der Anwesenden, mindestens jedoch die Mehrheit der Mitglieder festgelegt gewesen. Damit sollte eine hohe Akzeptanz bei den Abgeordneten des Landtages sichergestellt werden. In der 2019 veränderten Fassung wird die Landesbeauftragte mit der Mehrheit der Mitglieder des Landtages gewählt. Dies ist nötig, weil die Landesbeauftragte auch Politik, Ministerien, Behörden, Verbände u.a. hinsichtlich der Verwendung und der Einschätzung von Stasi-Unterlagen berät. Seit 1995 berichtet sie jährlich dem Landtag über ihre Arbeit. Alle Berichte liegen in schriftlicher Form und als Landtagsdrucksache u.a. auf der Homepage der Landesbeauftragten vor. Dass die Landesbeauftragte in ihrer Amtsführung auch unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen ist, entspricht der besonderen Position, wie sie auch Richter, Mitglieder des Landesrechnungshofs und der Datenschutzbeauftragte innehaben.

Auch die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Sachsen und Thüringen haben jeweils eine Behörde zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB; LAMV; LASD; ThLA) bzw. zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAKD; in Brandenburg) eingerichtet und damit ihren Willen zur Aufarbeitung dieses speziellen Bereiches dokumentiert. Bei den Behörden der Landesbeauftragten Brandenburgs und Mecklenburg-Vorpommerns sind zusätzlich die Anlauf- und Beratungsstellen des Heimkinderfonds (vom 1. Juli 2012 bis Ende 2018) angesiedelt gewesen und aktuell (seit 1. Januar 2017) der Stiftung Anerkennung und Hilfe, die die Aufarbeitung von Leid und Unrecht in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe oder der Psychiatrie in der DDR zum Gegenstand hat.

Die Behörden arbeiten eng zusammen und unterstützen sich gegenseitig bei ihrer Arbeit. Die Zusammenarbeit mit den anderen Landesbeauftragten ist in § 5 Absatz 2 Nr. 5

AufarbBG LSA (zuvor galt § 6 Abs. 4 AG StUG LSA) festgelegt. Die Landesbeauftragten haben sich in der „Konferenz der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Folgen der kommunistischen Diktatur“ zusammengeschlossen. Bundesweit sind sie zu Anlaufstellen für alle Probleme im Zusammenhang mit der Verwendung von Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes, mit der Rehabilitierung von SED-Unrecht Betroffener, für ehemalige Heimkinder, für die Bewertung von IM-Tätigkeit und die Information der Öffentlichkeit geworden. Sie sind mit ihrer Beratungs-, Bildungs-, und Öffentlichkeitsarbeit ein wichtiger Faktor für die Aufarbeitung der SED-Diktatur und deren Auswirkungen auf die Bevölkerung der jeweiligen Länder. Sie sind darüber hinaus Ansprechpartner und Förderer von Vereinen und Institutionen, die sich mit der Bewältigung der zweiten deutschen Diktatur – aber auch auf dem Hintergrund des Nationalsozialismus – befassen. Mit den Wahlen des Landesbeauftragten in Sachsen (LASD; März 2016), der Aufarbeitungsbeauftragten in Brandenburg (LAKD; Juni 2017), des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten (BAB; November 2017), der Aufarbeitungsbeauftragten in Sachsen-Anhalt (LZA LSA, 8. März 2018), der Landesbeauftragten in Mecklenburg-Vorpommern (LAMV; Juni 2018) wie auch des Thüringer Beauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur (ThLA; September 2018) bekräftigten die Parlamente dieser Länder die Notwendigkeit der Weiterexistenz dieser Behörden.

Die Konferenz der Landesbeauftragten trifft sich monatlich überwiegend in den Räumen des Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB). Regelmäßig eingeladen ist dazu der stellvertretende Geschäftsführer der Bundesstiftung Aufarbeitung (BStA). Damit ist auch eine regelmäßige Abstimmung mit der Bundesstiftung Aufarbeitung gewährleistet. Die Konferenzen dienen dem fortlaufenden Erfahrungsaustausch, der Planung gemeinsamer Projekte und Veranstaltungen (jährlicher Bundeskongress, zentrale Veranstaltung zum Tag der deutschen Einheit) und der Diskussion spezieller Probleme in der Zusammenarbeit.

Die Landesbeauftragten haben mit dem jährlich stattfindenden Bundeskongress, der gemeinsam mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ausgerichtet wird, ein einzigartiges Forum für die Vernetzung und das Treffen vom Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen geschaffen. Der 21. Bundeskongress fand im Jahr 2017 in der Landeshauptstadt Magdeburg unter dem Thema „Erinnern und Zeichen setzen! Zeugnisse politischer Verfolgung und ihre Botschaft“ statt. Der letzte – 23. Bundeskongress – trat in Berlin Dahlem unter dem Thema „30 Jahre nach der Friedlichen

Revolution: SED-Unrechtsbereinigungsgesetze entfristen und substantiell verbessern – Perspektiven der Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen diskutieren“ zusammen. Im Jahr 2020 konnte Corona-Pandemie-bedingt der Bundeskongress in Sachsen leider nicht stattfinden. Er sollte sich in Plauen mit dem Themenschwerpunkt „30 Jahre Deutsche Einheit“ befassen.

Auf Landesebene lädt in Sachsen-Anhalt die Landesbeauftragte die Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen regelmäßig zum Verbändetreffen ein. Einmal im Jahr wird dieses Treffen zu einer gemeinsamen Beratung mit dem SED-Opfernetzwerk Niedersachsen erweitert.

Wie hat sich die Arbeit der Landesbeauftragten und ihre Behörden in den vergangenen Jahren verändert?

In den vergangenen 30 Jahren ist zur Entstehung und zur Machtausübung der SED-Diktatur, zum Einfluss der Staatssicherheit auf politische Maßnahmen, zur politischen Strafjustiz, zum Grenzregime und seinen Opfern sowie zu vielfältigen historischen Fragen intensiv geforscht worden. Deshalb können heute – anders als vor einigen Jahren – einige Fragestellungen klarer beantwortet werden. Das Bundesministerium für Forschung und Wissenschaft hat 2019 ein Projekt für Forschungsverbände aufgelegt, mit dem systematisch an DDR-Themen wie „Landschaften der Verfolgung“ geforscht werden kann. Damit soll auch erreicht werden, dass diese Fragestellungen in die wissenschaftliche Qualifizierung und Ausbildung eingebunden werden.

Stand am Anfang der Arbeit der Behörde die Wirkungsweise und der Einfluss des Ministeriums für Staatssicherheit im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, sind nach den vielfältigen Überprüfungen nun vielmehr die Betroffenen von politischer Verfolgung in den Fokus gerückt. Außerdem ist zunehmend klar geworden, dass das Ministerium für Staatssicherheit ein Instrument in der Herrschaftsausübung der SED war. Deshalb wurde die Perspektive der Aufarbeitung zunehmend in diese umfassendere Betrachtung überführt.

Der 2015 beschlossenen Gesetzesänderung in Sachsen-Anhalt zur Aufgabenerweiterung der Landesbeauftragten ging im Jahr 2014 eine umfassende Anhörung durch den zuständigen Rechtsausschuss des Landtages voraus. Die Gesetzesänderung selbst trat am 1. Januar 2017 in Kraft. Das Gesetz über die Landesbeauftragte für Stasi-Unterlagen wurde in das Aufarbeitungsbeauftragtengesetz überführt. Die Landesbeauftragte

führt seit dem 1. Januar 2017 die Amtsbezeichnung Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Von Anfang an ist die Beratung von SED-Verfolgten nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen ein wesentlicher Arbeitsschwerpunkt der Landesbeauftragten. Die Rehabilitierungsgesetze wurden 1992 durch den Deutschen Bundestag beschlossen und mehrfach novelliert; bis hin zur letzten Gesetzesänderung, die im November 2019 wirksam wurde.

In den vergangenen Jahren war die Befristung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze und der Überprüfungsmöglichkeiten für Mandatsträger und im öffentlichen Dienst Beschäftigte ein wichtiges Thema, weil zu befürchten stand, dass diese mit Frist 31. Dezember 2019 nicht mehr gegeben sein würden. Beide Gesetze sind im vergangenen Jahr novelliert und angepasst worden. Die besondere monatliche Zuwendung, genannt „Opferpension“, für Personen, die strafrechtlich rehabilitiert worden sind, ist von 300 € auf 330 € pro Monat erhöht worden, wobei die Anspruchsberechtigung von 180 auf 90 Tage Haft bzw. Freiheitsentzug heruntergesetzt wurde.

Seit 2014 ist bei der Landesbeauftragten in Kooperation mit der Universitätsklinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie Magdeburg – hier mit Klinikdirektor Prof. Dr. Jörg Frommer – eine Projektstelle für psychosoziale Beratung eingerichtet. Deren Zuständigkeit umfasst die Beratung von Einzelpersonen, das Angebot von Gesprächsgruppen (bisher für ehemalige Heimkinder, Dopingopfer und Betroffene der kontaminierten Anti-D Prophylaxe von 1978/79) und die Vernetzung mit Psychotherapeuten, Psychiatern, psychosozialen Diensten und Sozialberatungsstellen, um Betroffene möglichst kurzfristig und konkret weitervermitteln zu können. Zusätzlich ist seit 2018 – nach einem ersten Versuch mit dem sozialen Dienst der Justiz in den 1990er Jahren – in der Behörde die Stelle eines Psychologen etabliert.

In den vergangenen Jahren sind neben den ehemaligen Häftlingen, Insassen der sowjetischen Speziallager, Opfern der Zwangsaussiedlungen aus dem innerdeutschen Grenzgebiet sowie Menschen, die unter direkter politischer Repression zu leiden hatten, auch andere Opfergruppen in den Mittelpunkt der Aufarbeitung gerückt. Dazu seien aus der Arbeit der Behörde in Sachsen-Anhalt folgende Fallkonstellationen etwas genauer beschrieben, denen die Betroffenen in der DDR ausgesetzt waren und deren Folgen sich



Abbildung aus einer früheren Arrestzelle im ehemaligen Jugendwerkhof Burg

bis heute schwerwiegend auswirken. Auch hier gibt es enge Verbindungen zur Arbeit in den Gedenkstätten in Magdeburg und Halle als ehemalige Orte der Stasi-U-Haft.

Beratung für ehemalige Heimkinder

Insgesamt waren in der DDR in Spezialheimen der DDR-Jugendfürsorge ca. 135.000 Kinder und Jugendliche Willkür und Unrecht ausgesetzt. Allein 48 dieser Spezialheime befanden sich auf dem Gebiet des späteren Landes Sachsen-Anhalt. Bis 2014 konnten ehemalige Insassen dieser Heime Anträge nach dem Heimkinderfonds Ost stellen. Die Antragsberechtigten erhielten eine finanzielle Anerkennungsleistung. Im Zuge der Aufarbeitung der DDR-Heimerziehung und der vertieften Erkenntnis der menschenrechtswidrigen Praxis von Freiheitsberaubung, Verwehrung von Bildungschancen und Kollektiverziehung ist hier zunehmend die Erkenntnis gereift, dass ein Teil der Betroffenen auch strafrechtlich zu rehabilitieren ist. Dieses Anliegen wurde von den Landesbeauftragten den letzten Jahren intensiv unterstützt. Und 2019 ist es in der Novellierung der strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetze auch berücksichtigt worden. In Sachsen-Anhalt berät die Landesbeauftragte ehemalige Heimkinder seit der Einführung des

mittlerweile geschlossenen Heimkinderfonds hinsichtlich der psychischen, gesundheitlichen und sozialen Folgen.

Beratung für Frauen, die in der DDR in geschlossene venerologische Stationen zwangseingewiesen worden waren

Die Landesbeauftragte hatte dieses Thema, das von Betroffenen (erstmal Ende der 1990er Jahre) an den Verein Zeitgeschichte(n) e.V. in Halle und an die Behörde selbst herangetragen worden war, aufgenommen und dazu ein Forschungsprojekt angeregt. Die Forschungsergebnisse von Prof. Florian Steger von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zur Einweisungspraxis und den praktizierten Zwangsbehandlungen wurden mittels einer wissenschaftlichen Publikation aufgearbeitet und 2014 publiziert¹. Der Rechtsausschuss des Landtages hat sich mehrfach mit dem Gegenstand befasst. Die historische Aufarbeitung und die öffentliche Anerkennung auch durch einen Gedenkstein im September 2015, den der damalige Landtagsabgeordnete Ralf Wunschinski (CDU) angeregt und dem der Stadtrat von Halle einstimmig zugestimmt hatte, führte für die betroffenen Frauen noch nicht zu einem mildernden Abschluss, sofern das nach den geschilderten Erfahrungen überhaupt möglich ist, sondern zunächst in eine Gerechtigkeitslücke.

Die betroffenen Frauen hatten Anträge nach dem Opferentschädigungsgesetz (OEG) gestellt, die allesamt mit dem Verweis abgelehnt wurden, dass die allerdings dem „Schutzbereich des OEG unterliegenden ... Behandlungen keine dauerhaft verbliebenen Gesundheitsstörungen... verursacht haben“ und somit die heutigen gesundheitlichen Schäden nicht kausal darauf zurückzuführen sind. Es wurde zwar festgestellt, dass den Frauen Unrecht widerfahren war, dies aber konnte bis dahin jedoch nicht rehabilitiert und nicht entschädigt werden. Mit der Publikation der Forschungsergebnisse von Florian Steger hat sich diese Situation seit 2016 zumindest teilweise verbessert. Sowohl in Sachsen-Anhalt wie auch in anderen Bundesländern konnte den Frauen nun geraten werden, Anträge auf strafrechtliche Rehabilitierung zu stellen. Eine Reihe von Fällen wurde seither von den zuständigen Gerichten positiv entschieden und die betroffenen Frauen rehabilitiert. Dies ist ein wichtiger Schritt, weil zuvor alle Bemühungen um eine Anerkennung nach dem Opferentschädigungsgesetz und damit die juristische und moralische Anerkennung des Leides ins Leere gelaufen waren.



Gedenkstein in der Kleinen Klausstraße in Halle (Saale) gegenüber der ehemaligen Poliklinik Mitte

Beratung für Doping-Opfer

Der Deutsche Bundestag hat aus humanitären und sozialen Gründen ein Zweites Dopingopfer-Hilfegesetz beschlossen. Die Antragsfrist war – auch nach Intervention der Konferenz der Landesbeauftragten – bis Ende 2019 verlängert worden. Die Landesbeauftragte unterstützt Betroffene durch die psychosoziale Beratung in der Behörde und die Kooperation mit der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg. Gemeinsam mit der Klinik für psychosomatische Medizin in der Universitätsklinik Magdeburg wurde ein Weg zur Begutachtung und Unterstützung der Betroffenen in Sachsen-Anhalt eröffnet. Dies ist insofern wichtig, als dass die medizinische Forschung im Blick auf Langzeitfolgen von Doping im Kindes- und Jugendalter erst mit diesen Begutachtungen zu beginnen scheint.

Beratung für Opfer der kontaminierten Anti-D-Prophylaxe

In den Jahren 1978/79 wurden mehrere tausend Frauen Opfer einer Hepatitis-C-Virus-verseuchten Anti-D-Prophylaxe für Rhesusfaktor-negative Mütter mit Rhesusfaktor-positiven erstgeborenen Kindern. Die verseuchten Impfstoffchargen wurden trotz

Kenntnis der an der Impfstoffherstellung beteiligten Ärzte und Behörden verabreicht. Der Impfstoff wurde in einem Institut in Halle (Saale) hergestellt. Der Leiter der Einrichtung wurde in einem geheimen Strafprozess verurteilt. Bis heute leiden viele der Betroffenen unter den körperlichen und psychischen Folgen ihrer iatrogen verursachten Hepatitis-Erkrankung und kämpfen um die gesellschaftliche Anerkennung der Langzeitfolgen. Die Landesbeauftragte hat ein Forschungsprojekt zur Aufarbeitung der Vorgänge unterstützt und das Ergebnis publiziert.²

Erst in jüngster Zeit erfahren die Betroffenen sachgerechte Anerkennung, die über die Konstatierung eines „Impfschadens“ hinausgehend den „man made“-Trauma-Charakter der Folgen anerkennt – einschließlich des nachfolgenden Vertrauensverlusts in ärztliches und staatliches Handeln.

Seit 2017 wird durch die Projektstelle für psychosoziale Beratung eine angeleitete Gruppe mit der Möglichkeit zum persönlichen Austausch und Psychoedukation angeboten und realisiert. Zusätzlich werden für alle Betroffenen auch Einzelberatungen angeboten. Diese Angebote werden sehr gut angenommen.

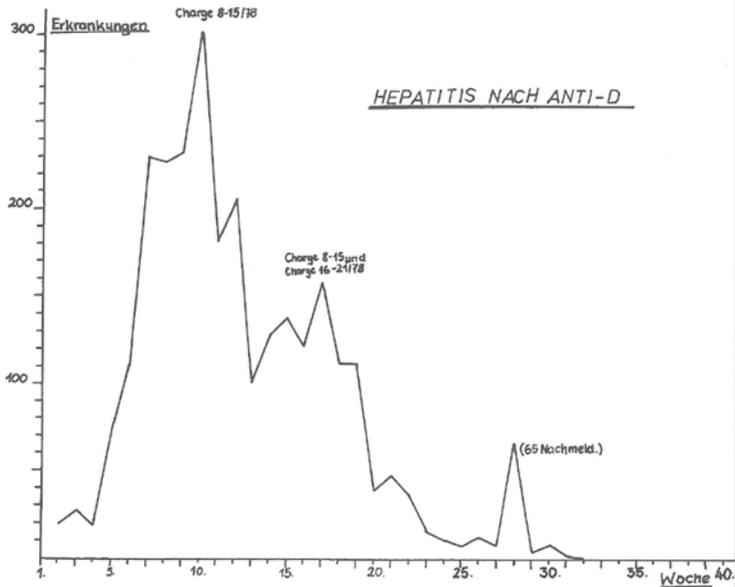
Beratung für Frauen und Familien, die den Tod ihres früh verstorbenen Kindes anzweifeln

Diese Familien werden seit vielen Jahren bei der Klärung ihrer Fragen durch die Landesbeauftragte umfassend unterstützt. Hierbei ist es wichtig, auf entsprechende Aktenbestände der Archive zurückgreifen zu können. Insgesamt wurden aus der Behörde heraus ca. 80 Frauen bei der Aufarbeitung dieses schweren Verlustes unterstützt. In jedem Fall wurde bei der Beratung ergebnisoffen mit den Dokumenten und Informationen umgegangen und diese gemeinsam mit Spezialisten (Pathologen, Ärzten, Ämtern, Bestattern, Friedhofsverwaltungen) die Dokumente ausgewertet und gedeutet. In den meisten Fällen konnten die betroffenen Frauen nachvollziehen, dass ihr Kind verstorben war und begannen nun, Abschied zu nehmen. Die Landesbeauftragte hatte dazu im vorvergangenen Jahr ein Forschungsvorhaben unterstützt, zu dem sich zusätzlich neu 134 Frauen mit der Landesbeauftragten in Verbindung gesetzt haben, die dann zunächst von Prof. Steger zum Interview eingeladen wurden. Das Ergebnis seiner Forschung ist in einem Sonderband der Studienreihe der Landesbeauftragten erschienen und wurde am 6. März 2020 in einer Pressekonferenz vorgestellt.³

Florian Steger, Carolin Wiethoff, Maximilian Schochow

Vertuschter Skandal

Die kontaminierte Anti-D-Prophylaxe in der DDR
1978/1979 und ihre Folgen



Studienreihe der
Landesbeauftragten

mitteldeutscher verlag

Titel der von der LZA herausgegebenen Studie zur kontaminierte Anti-D-Prophylaxe

Mit der Vorstellung dieser Opfergruppen soll die dynamische Veränderung der Aufgaben der Landesbeauftragten dargestellt werden. Die Vorgänge und Hintergründe lagen nicht immer auf der Hand, sondern bedurften in fast jedem Fall einer besonderen Aufarbeitung und Forschung. Es wird deutlich, dass die SED-Diktatur auf unterschiedliche Weise in das Leben von Menschen eingegriffen hat, um politische Zielstellungen zu verfolgen. Die Erziehung zu sozialistischen Menschen, die Vorstellung vom Aufbau des Sozialismus konnte keine Schwäche und kein Hinterfragen ertragen. Für das sozialistische Menschenbild waren das reibungslose Funktionieren im Arbeitsprozess, die Vergesellschaftung des Eigentums und die richtige politische Grundeinstellung fundamental. Abweichungen konnten schlecht toleriert werden und aus dem teleologischen Weltbild her konnten dafür keine Antworten gefunden werden. So blieb dieser Staatsapparat bei seinem repressiven Umgang mit Menschen, die nicht der gewünschten Norm entsprachen.

Für die persönliche Aufarbeitung der Betroffenen ist es deshalb wichtig, dass sie in ihrer Antragstellung von Gerichten und Behörden Verständnis erfahren, sie in ihrem Schicksal gesehen werden und dass Rechtsstaatlichkeit erlebt werden kann. Die Landesbeauftragte mit ihrer Behörde befindet sich in der besonderen Situation, Betroffene darin zu beraten, ihre Rechte gegenüber dem Land wahrzunehmen. Diese Aufgabe ist noch längst nicht abgeschlossen und eine Bewährungsprobe für unsere gelebte Demokratie.

Die Landesbeauftragte und die Gedenkstätten nehmen damit auf unterschiedliche Weise ihren Auftrag zu Aufarbeitung, Erinnerung und Respekt gegenüber den Menschen wahr, die unter politisch motivierter Repression gelitten haben, und als einen Auftrag zu Information und Bildung in die Gegenwart hinein.

Anmerkungen

- 1 Steger, Florian / Schochow, Maximilian: Disziplinierung durch Medizin. Die geschlossene Venerologische Station in der Poliklinik Mitte in Halle (Saale) 1961–1982, Halle 2014.
- 2 Steger, Florian / Wiethoff, Carolin / Schochow, Maximilian: Vertuschter Skandal. Die kontaminierte Anti-D-Phylaxe in der DDR 1978/1979 und ihre Folgen, Halle 2017.
- 3 Steger, Florian / Schochow, Maximilian: Wo ist mein Kind? Familien auf der Suche nach der Wahrheit. Ein Beitrag zur Aufarbeitung, Halle 2020.

„Für viele Deutsche sind jüdische Leute auf dem Friedhof besser als lebende Leute“

Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Sachsen-Anhalt – eine Befragung des Bundesverbandes der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) e.V.

Raphael Hoffmann

Der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) e.V. hat im April 2020 die „Problembeschreibung Antisemitismus in Sachsen-Anhalt“¹ veröffentlicht. Die Befragung der jüdischen Community im Bundesland Sachsen-Anhalt bildet die Grundlage der „Problembeschreibung Antisemitismus Sachsen-Anhalt“, wobei sie durch eine Analyse zivilgesellschaftlicher Daten und der Statistik für politisch motivierte Kriminalität (PMK) der Polizei des Bundeslandes ergänzt wird. Der Fokus der Befragung liegt darauf, wie Antisemitismus in Sachsen-Anhalt erlebt und erfahren wird; welche Strategien es individuell und institutionell im Umgang mit Antisemitismus gibt. Darüber hinaus wird gefragt, wie das Verhältnis zu Stadtgesellschaft, Zivilgesellschaft und Polizei wahrgenommen wird.

In 14 Interviews wurden Vertreterinnen und Vertreter von jüdischen Gemeinden und Institutionen sowie 2 Repräsentantinnen und Repräsentanten von staatlich geförderten Gedenkstätten befragt. Diese Interviews wurden wenige Monate vor dem rechtsextremen Terroranschlag an Jom Kippur, dem 9. Oktober 2019, geführt. Den Schwerpunkt für die vorliegende „Problembeschreibung Antisemitismus Sachsen-Anhalt“ bildet mit der Auswertung der Interviews die Perspektive der Betroffenen. Diese Auswertung wird durch eine schriftliche Nachbefragung der veränderten Situation ergänzt. Zu unterstreichen ist somit, dass die im Folgenden skizzierten Beschreibungen aus der jüdischen Community die Eskalation des rechtsextremen Terrors noch nicht im Bewusstsein hatten.

Alle Interviews wurden leitfadengestützt und in Anlehnung an narrative Interviewtechniken geführt.² Damit sollen weniger Argumentationen als Erzählungen stimuliert werden. Die befragten Personen werden so nicht nur als Expertinnen und Experten angesprochen – als Funktionärinnen und Funktionäre haben sie vordergründig einen

professionellen Zugang zum Untersuchungsgegenstand. Zugleich werden sie auch als potentiell Betroffene befragt, die in der Regel auch einen persönlichen und lebensgeschichtlichen Zugang zum Themenfeld Antisemitismus haben.

Jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt wird von den Befragten aus unterschiedlichen Regionen sehr unterschiedlich wahrgenommen. Regionale Unterschiede werden mal mehr und mal weniger deutlich benannt. Die Einrichtungen und Gemeinden sind nach den Schilderungen der Befragten unterschiedlich mit Stadt- und Zivilgesellschaft verbunden und vernetzt. Insbesondere zwischen Städten und dem ländlichen Raum wird eine Diskrepanz in Bezug auf Kontakte zu politischen Repräsentantinnen und Repräsentanten und der erfahrenen Aufmerksamkeit durch diese beschrieben. Hingegen hebt die Mehrheit der Befragten klar die Einbindung jüdischer Gemeinden und Institutionen in die lokale Bildungsarbeit hervor, die von Projekten mit Schulklassen über Angebote für Interessierte am Judentum bis hin zu Veranstaltungen mit Anwärterinnen und Anwärtern der Polizei reiche.

Bei der Wahrnehmung und der Erfahrung mit Antisemitismus schildern alle befragten Personen Vorfälle oder weisen auf direkte persönliche Erlebnisse und Konfrontationen hin. Alle Jüdinnen und Juden berichten von einem Alltag, der in vielschichtiger Weise von Antisemitismus geprägt ist. Diese Prägung wird von den Befragten ganz unterschiedlich beschrieben, nicht selten als subtil und unterschwellig. Die Konfrontation mit Antisemitismus beschreiben die Interviewten immer auf einer regionalen und zugleich auf einer überregionalen Ebene. Regional wird die direkte alltägliche Umgebung wahrgenommen, aber auch überregional werden Vorfälle medial vermittelt wahrgenommen. Besonders drastisch ist die Konfrontation, wenn es um Verweise auf den Nationalsozialismus und um Morddrohungen geht. Neben Formen des Post-Shoa-Antisemitismus³ wird insbesondere israelbezogener Antisemitismus als häufige Ausdrucksform betont. Antisemitinnen und Antisemiten, so wird aus den Interviews deutlich, kommen aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Milieus. Demnach unterscheiden sich auch die Erscheinungsformen und Vorfallsarten in Sachsen-Anhalt. Die Befragten sprechen von Drohbriefen, die sich direkt auf den Nationalsozialismus beziehen, von der ausführlichen und umständlichen bildungssprachlichen Leugnung der Shoa, von Schändungen von Gedenkortern, die unbekannte Täterinnen oder Täter verübten, das wiederholte Ausrufen von „Allahu akba“, womit eine Gedenkveranstaltung gestört wurde, von

Wutausbrüchen und Beleidigungen im Arbeitskontext, wenn sich die eine oder andere befragte Person selbstbewusst als jüdisch kenntlich zeigte, von spitzen und doch unverhohlenen Bemerkungen, dass Jüdinnen und Juden kein Geld bräuchten, da sie es sowieso hätten, von Beleidigungen und Sachbeschädigungen, welche die Betroffenen oder jüdische Einrichtungen mit der Politik des Staates Israel in Verbindung bringen. Diese Aufzählung ließe sich anhand der Interviews noch erheblich fortsetzen.

Nicht nur die Existenz der verschiedenen staatlich geförderten Gedenkstätten, Einrichtungen und Mahnmale verweist direkt auf den Einschnitt, den jüdisches Leben in Europa und auch in Sachsen-Anhalt mit der Shoa erfuhr. Auch die Tatsache, dass ein Gros der Jüdinnen und Juden in der Bundesrepublik persönlich einen Migrationshintergrund haben, weist direkt in die deutsche Geschichte und auf die Verbrechen hin. Jüdisches Leben als solches hatte sich in der Öffentlichkeit in Sachsen-Anhalt erst neu zu konstituieren, was besonders nach dem Ende der Blockkonfrontation zum Ende des 20. Jahrhunderts erfolgte. Dass staatliche Unterstützung heute nicht mehr nur den vielzählig verwaisten jüdischen Friedhöfen zuteil werden müsste, sondern dass lebende Jüdinnen und Juden gerade hinsichtlich des Schutzes vor Antisemitinnen und Antisemiten Unterstützung bedürfen, betont eine Befragte/ein Befragter: „Für viele Deutsche sind jüdische Leute auf dem Friedhof besser als lebende Leute“. Diese zugespitzte Aussage erwächst aus der Wahrnehmung des staatlich verankerten Gedenkens an ausgelöschtes jüdisches Leben und an die Shoa bei gleichzeitig unzureichender Erfüllung von Sicherheitsbedürfnissen von Jüdinnen und Juden in der Gegenwart.

Keine befragte Person geht von einem Ende antisemitischer Bedrohung aus. In allen jüdischen Gemeinden werden die Sorgen und Ängste, die von den Mitgliedern über die Entwicklung des Antisemitismus geäußert werden, ernst genommen. Dabei ist das Thema Sicherheit in allen Gesprächen präsent, häufig verbunden mit Fragen der Finanzierung. Aus Sicht der Befragten basieren Forderungen nach einer solchen Finanzierung auf der Einsicht, dass Antisemitismus ein gesellschaftliches Problem ist und es folgerichtig Aufgabe der Gesellschaft sein sollte, die betroffenen Menschen zu schützen, vor allem durch den Schutz jüdischer Einrichtungen.

Die Befragten sprechen außer über erforderliche Sicherheits- und Schutzmaßnahmen auch über den Kontakt zur Polizei und deren Einschätzung. Von einigen Befragten wird

deutlich die Notwendigkeit konkreter Schulungen der Einsatzkräfte sowie der Justiz gefordert. Wahrgenommene Missstände oder Fehler bei polizeilichen Ermittlungen, die mitunter die körperliche Unversehrtheit der Anzeigenstellenden gefährdeten, hatten unmittelbar und nachhaltig Auswirkung auf die Anzeigebereitschaft der Befragten und Mitglieder ihrer Einrichtung. In keinem der Gespräche wird Wissen um ein Gerichtsverfahren oder ein Urteil kommuniziert. Ein besonders deutliches Beispiel problematischen Agierens der Polizei schildert eine befragte Person aus einer Mittelstadt: Diese war eines Nachts gegen zwei Uhr von der Polizei geweckt worden. Polizistinnen bzw. Polizisten berichteten, in der Gemeinde sei eingebrochen worden und fragten, ob die Person einen Schlüssel besitze. Weil dies der Fall war, fuhr die befragte Person mit den Einsatzkräften zum Tatort. Die Polizei führte einen Spürhund mit. Vor Ort war die befragte Person nach dem Öffnen der Tür gebeten worden das Gebäude zu betreten. Daraufhin entgegnete sie, dass sie nach dem Hund gehen wolle. Der koste über 10.000 Euro, bekam sie zur Antwort. „Und was kostet mein Leben“, fragte die interviewte Person und betrat von der Antwort betroffen dennoch das Gebäude. Alles ging gut, aber die Erinnerung des Gesprächs und des Verhaltens seien bleibend. Die Verursacherinnen bzw. Verursacher der vorgefundenen Verwüstungen wurden nie ermittelt.

In einigen Interviews geben die Befragten an, dass jüdische Einrichtungen besonders im Zusammenhang mit Antisemitismus angesprochen würden – andere Aspekte des Gemeindelebens erführen in der Mehrheitsgesellschaft hingegen kein Interesse. Auf diese Weise würden sie direkt und vordergründig mit Antisemitismus selbst in Verbindung gebracht werden. Diese Reduzierung auf den Status von Betroffenen halten Befragte für unangemessen und verletzend.

Zugleich sind sich alle interviewten Personen darüber im Klaren, dass die Auswirkungen von Antisemitismus auf die Lebensrealität einzelner Menschen gravierend sind. In diesem Sinne verweisen viele der Interviewten auch auf die Verantwortung der Politik, Antisemitismus nicht nur zu verurteilen, sondern auch die Anschlussfähigkeit antisemitischer Positionen an das eigene Agieren – wie etwa bei der Bewertung der israelischen Politik – zu vermeiden.

Den eigenen Umgang mit Antisemitismus schildern die Befragten unterschiedlich. Einige geben eine Gewöhnung an antisemitische Vorkommnisse an, was zu einer Art Resignation führe. Zudem gebe es keine konkreten Handlungsoptionen gegen die

Erscheinungsformen des Antisemitismus, was den Befragten nach bei vielen Jüdinnen und Juden in Sachsen-Anhalt dazu führe, ihn vor sich selbst zu verharmlosen und ihn zu verdrängen. Das Vermeiden von Sichtbarkeit oder die Verlagerung des Jüdischen ins Private sind keine selten benannten Strategien. In unterschiedlichem Ausmaß wird von den Befragten die eigene Ohnmacht hinsichtlich der Allgegenwart von latentem Antisemitismus beschrieben, was jedoch nicht unbedingt zu Mutlosigkeit führe.

Neben den Vertreterinnen und Vertretern staatlich geförderter Gedenkstätten, die einen Bildungsauftrag verfolgen, setzen auch andere Befragte auf Offenheit und Vermittlung. Dabei erwähnen sie etwa ihre interreligiöse Dialogbereitschaft und beschreiben ihre Bemühungen, anderen Einblicke in jüdisches Leben zu geben – beispielsweise mit Veranstaltungen in den Gemeinden. Fortbildungen der Polizei über Antisemitismus begrüßt und fordert etwa ein Drittel der Befragten, ebenso sprechen sich Befragte dafür aus, Politikerinnen und Politiker stärker auf das Problem Antisemitismus hinzuweisen. Lehrkräfte und Bildungseinrichtungen zu sensibilisieren, halten sowohl die Repräsentantinnen und Repräsentanten der staatlich geförderten Gedenkstätten als auch nahezu alle anderen befragten Personen für zentral.

Die eingangs erwähnte zeitliche Einordnung sei nochmals aufgegriffen: Alle Gespräche fanden im Sommer vor dem rechtsextremen Terroranschlag an Jom Kippur 2019 in Halle statt. Dabei zeigen die in den Interviews geschilderten Wahrnehmungen und Erfahrungen mit Antisemitismus aus Sicht der Betroffenen, wie wichtig diese Perspektive als fundierte Grundlage für eine gesellschaftlich notwendige Auseinandersetzung mit Antisemitismus ist. Die Möglichkeit von extremen Gewalttaten wird in mehreren Interviews explizit beschrieben, wie auch in folgender Passage: „Also ich bin selber pessimistisch, aber nicht wegen der verschiedenen einzelnen Fälle, sondern wegen der allgemeinen Situation, der Gesellschaft insgesamt und politisch gesehen. Und die jüdische Gemeinschaft wird, wenn was passiert, möglicherweise nicht als erstes, aber eines der ersten Opfer sein. Also das war immer in der Geschichte so und das wird auch so sein. Aber ich kann nicht sagen, dass es in Sachsen-Anhalt, hier oder in Halle schlimmer steht, als sagen wir in Bayern oder in Sachsen oder weiß ich nicht, in Brandenburg.“ Eine andere Person äußert: „Ich weiß, dass bei uns überall diese Kameras stehen. Und man kann eigentlich nicht so einfach reinkommen. Und es gibt Gründe dafür, warum das so ist

und da hat man in der ganzen Welt schon Erfahrungen gemacht – es gibt immer wieder verrückte Menschen, die einfach so reinkommen und jüdische Menschen erschießen oder so etwas.“

Beide Aussagen enthalten die Gewissheit, Antisemitinnen und Antisemiten nicht nur ernst nehmen, sondern die in der antisemitischen Weltsicht enthaltene Mordabsicht als reale Bedrohung und Möglichkeit auch in Sachsen-Anhalt sehen zu müssen – eine Einschätzung, die der rechtsextreme Terroranschlag an Jom Kippur 2019 in Halle auf erschreckende Weise bestätigte.

Nach dem Anschlag bekunden die Befragten im Rahmen der schriftlichen Befragung eine verbesserte Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden. An die Notwendigkeit einer besseren Zusammenarbeit appelliert eine befragte Person in einem Interview bereits im Sommer vor dem Anschlag: „Behörden müssen mehr an lebende Juden denken!“

Anmerkungen

- 1 Bundesverband RIAS: Problembeschreibung Antisemitismus Sachsen-Anhalt, online unter https://report-antisemitism.de/documents/2020-04-28_rias-bund_Problembeschreibung-Antisemitismus-in-Sachsen-Anhalt.pdf [Stand vom 30.07.2020].
- 2 Vgl. Rosenthal, Gabriele / Loch, Ulrike: Das Narrative Interview, in: Schaeffer, Doris / Müller-Mundt, Gabriele (Hrsg.): Qualitative Gesundheits- und Pflegeforschung, Bern 2002, S. 221–232.
- 3 Angelehnt an den von Schwarz-Friesel und Reinharz vorgeschlagenen Begriff des Nachkriegsantisemitismus verwendet RIAS den Begriff des Post-Shoa-Antisemitismus für antisemitische Ausdrucksformen, die sich verherrlichend, leugnend, relativierend, im Sinne einer „Schlussstrich“-Mentalität oder der Figur der „Täter-Opfer-Umkehr“ auf die Shoa beziehen. Vgl.: Schwarz-Friesel, Monika / Reinharz, Jehuda: Die Sprache der Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert, Berlin / Boston 2013, S. 95f.

Das Massaker von Drackenstedt

Philipp Schinschke

Die sogenannten Todesmärsche, d. h. die mit hohen Opferzahlen verbundenen Evakuierungen der Häftlinge aus geräumten Konzentrationslagern durch die SS vor dem Heranrücken alliierter Truppenverbände, gehören zu den letzten von den Nationalsozialisten begangenen Mordaktionen. Im kollektiven Gedächtnis sind in diesem Zusammenhang vor allem die großen Katastrophen wie die Versenkung der Cap Arcona, aber auch das Massaker in der Isenschnibber Feldscheune bei Gardelegen geblieben. Doch führten die Todesmärsche zu unzähligen Grausamkeiten während der letzten Kriegswochen, über die zum Teil nur wenig bekannt ist. Eine davon ist das Massaker von Drackenstedt, bei dem über 50 Häftlinge aus Außenlagern des Konzentrationslagers Mittelbau-Dora ermordet wurden.

Im Folgenden soll zunächst die Vorgeschichte des Konzentrationslagers in Erinnerung gerufen und der Verlauf des Todesmarsches, der durch Drackenstedt führte, nachgezeichnet werden. Anschließend wird das Massaker von Drackenstedt beschrieben.

Das KZ Mittelbau-Dora und seine Außenlager

Die SS hatte das Lager Dora erst im Spätsommer 1943 eingerichtet. Bekannt wurde es vor allem durch die Produktion von so genannten Vergeltungswaffen, der Flügelbomben und Raketen V1 und V2, die von Häftlingen in unterirdischen Anlagen montiert wurden. Im Oktober 1944 zum selbstständigen Konzentrationslager Mittelbau erhoben, bestand der Komplex im Frühjahr 1945 aus einem dichten Netz von rund vierzig Einzellagern, das sich über den gesamten Harz erstreckte.¹

Ab Mitte 1944 erfuhr das Netz der Außenlager von Mittelbau-Dora eine erhebliche Erweiterung. Innerhalb weniger Monate wurde eine Reihe kleinerer neuer Lager eingerichtet. Das Lager Rottleberode A5 wurde am 13. März 1944 in Betrieb genommen. Anfang des Jahres 1945 lag die Zahl der Häftlinge bei etwa 1.100. Die Häftlinge in Rottleberode stammten aus der Sowjetunion, Polen, der Tschechoslowakei, Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Luxemburg und zu einem geringen Teil auch aus Deutschland.²

Im November 1944 übernahm SS-Hauptscharführer Erhard Brauny den Befehl über das Lager. Braunys Stellvertreter war SS-Unterscharführer Hermann Lamp.³ Im August 1944 wurde in etwa vier bis fünf Kilometer Entfernung von Rottleberode ein Unterkommando des Lagers eingerichtet, das die Bezeichnung Stempeda B4 erhielt. Die Häftlinge dieses Kommandos wurden beim Ausschachten eines Stollens eingesetzt, der in unmittelbarer Nähe zu einem Flusslauf angelegt werden sollte.⁴

Eine große Veränderung im Charakter des Kommandos in Stempeda vollzog sich Ende Januar 1945. Am 17. Januar 1945 wurden aus den Munitionsfabriken in Częstochowa (Tschenstochau) jüdische Zwangsarbeiter evakuiert und nach Buchenwald deportiert und kaum zwei Wochen später 1.000 von ihnen nach Mittelbau-Dora verschickt. Von dort erfolgte am 29. Januar 1945 die Verlegung von rund 500 Häftlingen aus Dora nach Rottleberode, unter ihnen 445 jener Juden, die kurz zuvor aus Buchenwald eingetroffen waren.⁵

Anfang Februar befanden sich etwa 525 Häftlinge im Lager Stempeda im Einsatz, 450 von ihnen galten als Juden. Die übrigen waren hauptsächlich Polen, Franzosen und Sowjetbürger, jene Gruppierungen, die sowohl unter den Häftlingen von Rottleberode als auch im Gesamtverbund von Mittelbau-Dora zahlenmäßig am stärksten vertreten waren. Stempeda jedoch war das einzige Kommando im gesamten Netzwerk der Lager von Mittelbau-Dora, in dem jüdische Häftlinge die zahlenmäßig größte Gruppierung stellten.⁶

Die „Evakuierung“ der KZ-Außenlager im April 1945

Als sich Anfang April 1945 amerikanische Truppen von Westen dem Harz näherten, ließ die SS die meisten Lager des KZ Mittelbau-Dora räumen. Am 3. April 1945 wurde die Arbeit in den Produktionsstätten und Stollen eingestellt und alle Häftlinge zurück ins Lager gebracht. Die „Evakuierung“ des Hauptlagers Dora begann bereits am selben Abend. Am Morgen des 4. April 1945 bekam der Lagerführer des Außenlagers Rottleberode, SS-Hauptscharführer Erhard Brauny, den Befehl von seinem Kommandanten, sofort alle Arbeiten einzustellen und sich mit dem gesamten Lager bis zum 5. April 1945 am Bahnhof Niedersachsenwerfen einzufinden.⁷

Die Häftlinge der Lager Rottleberode und Stempeda – zusammen etwa 1.500 Mann – wurden in zwei Gruppen aufgeteilt: Eine von rund 400 Mann, die der Lagerführer selbst befehligte, und eine von rund 1.100 Mann, über die der Lagerführer von Stempeda,

SS-Unterscharführer Lamp, das Kommando übernahm. Beide Kolonnen machten sich noch am Abend des 4. April auf den Weg. Als Ziel der Evakuierung war ursprünglich das Lager Neuengamme bei Hamburg vorgesehen.⁸

Zwischen Stempeda und Buchholz geriet während der Nacht der zweite, größere Transport unter dem Kommando von Lamp in einen Bombenangriff, wodurch es zu Toten und Verletzten unter den Häftlingen kam. Da die Straße durch die Angriffe und den anhaltenden Regen für die zum Treck gehörenden Lastkraftwagen unpassierbar geworden war, befahl Lamp, das Gepäck auf von Häftlingen gezogene Karren und Ackerwagen zu verteilen und umzukehren. Wieder in Rottleberode angelangt, erhielt Lamp den Befehl, sich nach Norden durch den Harz in Richtung Neuengamme durchzuschlagen.⁹ Am Morgen des 5. April ging der Marsch weiter in Richtung Stolberg. Der Treck führte weiter über Friedrichsbrunn und Bad Suderode, Breitenstein und schließlich Güntersberge, wo die Nacht verbracht wurde. Es fällt auf, dass der Transport in den folgenden Tagen nur langsam voran kam. Dies lag vor allem am schlechten Gesundheitszustand der Häftlinge: „abgearbeitete“ Häftlinge aus Rottleberode und zahlreiche jüdische Häftlinge aus einem Ende Januar 1945 in Dora eingetroffenen großen Transport aus Auschwitz befanden sich in einer sehr schlechten Verfassung. Das erklärt auch die trotz der geringen Marschleistung recht hohe Todesrate, wie nach Kriegsende entlang der Strecke gefundene Häftlingsleichen bewiesen.¹⁰

Das Massaker von Drackenstedt

Nach Drackenstedt, 20 Kilometer westlich von Magdeburg, kamen die verbliebenen Häftlinge am 9. April 1945 aus Richtung Dreileben. Sie zogen vier- und zweirädrige Karrenwagen, die mit dem Gepäck der Begleitmannschaft und mit kranken Häftlingen beladen waren. Einige der hungernden Häftlinge suchten in Drackenstedt nach Essbarem „in der Gosse“.¹¹ Nach einer kurzen Auseinandersetzung der SS-Wachmannschaft mit dem Bürgermeister von Drackenstedt nahm die Wachmannschaft eigenständig die Feldscheune des Bauern Scherping am Ortsrand in Beschlag.¹² Die nicht mehr existente Scheune befand sich in der heutigen Straße „Hinter den Gärten“.

In der Nacht flohen von dort einige Häftlinge. Andere versuchten, sich in dem meterhohen Stroh, welches in der Scheune gelagert wurde, zu verstecken. So fiel am Morgen des 10. April 1945 beim Apell auf, dass ca. 150 Häftlinge fehlten.¹³ Transportführer Lamp hatte es jedoch eilig: Er befahl den Abmarsch ohne die Fehlenden und übertrug

dem Anführer einer zufällig ebenfalls im Dorf eingetroffenen Einheit des Reichsarbeitsdienstes (RAD), Oberfeldmeister Dilcher, die Aufgabe, die Häftlinge aus dem Stroh zu holen und zu erschießen, um mit den restlichen Häftlingen schnell weiterziehen zu können.¹⁴ Die RAD-Einheit bestand zum Teil aus zwangsrekrutierten Jugendlichen aus dem Elsaß.¹⁵ Einer von ihnen war der damals 16-jährige Jean Uhl, der später Pfarrer wurde und nach der deutschen Wiedervereinigung mehrfach nach Drackenstein kam, um an die Ereignisse vom April 1945 zu erinnern,¹⁶ bevor er 1995 in seinem Pfarrhaus im elsässischen Kingersheim wegen seines klaren Bekenntnisses gegen jede Form faschistischen Handelns durch einen französischen Neonazi ermordet wurde.

Mit der Begründung, dass das Erschießen von Häftlingen keine Aufgabe für den RAD wäre und erst recht nicht für die überwiegend junge Mannschaft unter seinem Befehl, verweigerte Oberfeldmeister Dilcher die Ausführung des Auftrags.¹⁷ Um eine weitere Auseinandersetzung mit SS-Unterscharführer Lamp zu vermeiden, erklärte sich der Stellvertreter Dilchers, RAD-Oberfeldmeister Wagner, bereit, aus der RAD-Einheit Freiwillige zu rekrutieren.¹⁸ Etwa 10-15 RAD-Männer folgten ihm zur Scheune. Dort wurden sie mit Heugabeln, Spaten, Rechen usw. „bewaffnet“ und ihnen befohlen, das in der Scheune liegende Stroh zu durchwühlen.¹⁹ Einigen soll es gelungen sein, von ihnen entdeckte Häftlinge wieder mit Stroh zuzudecken und so zu verschonen. Die jedoch entdeckten Häftlinge wurden aus der Scheune getrieben, wo sie von Wagner und anderen RAD-Männern erschossen oder erschlagen wurden.²⁰ Insgesamt wurden so 58 Menschen grausam ermordet. Der Landwirt Scherping verweigerte das Verscharren der Leichen auf seinem Acker und verlangte die Beerdigung auf dem Friedhof. Daraufhin wurden die Toten mit Zustimmung des Bürgermeisters in Drackenstein in einem Massengrab beigesetzt.²¹

Es gibt gesicherte Informationen, dass drei Häftlinge das Massaker von Drackenstein überlebt haben, wobei Name und Herkunft von zwei Überlebenden nicht überliefert sind.²² Bei dem dritten Überlebenden handelte es sich um den polnischen Juden Jozef Russak, der nach Kriegsende in die USA auswanderte.²³

Die RAD-Männer, die in Drackenstein das Massaker an den Häftlingen verübt hatten, folgten dem Treck noch eine Weile und erschossen alle Häftlinge, die am Wegrand vor Erschöpfung liegen geblieben waren. Sie forderten sogar wiederholt die Wachposten dazu auf „ihnen die Häftlinge zu überlassen“²⁴, sie würden dann, wie es in ihrer Sprache

hieß, „kurzen Prozeß damit machen“. Nun zur Bewachung des Häftlingstransports eingeteilte Wehrmachtsoldaten stimmten dem aber nicht zu.

Der Todesmarsch nach den Ereignissen von Drackenstein

In Bülstringen, ca. 10 Kilometer nordwestlich von Haldensleben, bekam SS-Unterscharführer Lamp den Befehl, als neues Ziel Oranienburg und somit das KZ Sachsenhausen anzusteuern, da der rasche Vorstoß der Amerikaner den Weg nach Norden, nach Neuengamme und auch zum Ausweichziel Bergen-Belsen, abgeschnitten hatte. Es blieb somit nur noch eine Fortsetzung des Evakuierungsmarsches in Richtung Osten möglich. Am 14. April erreichte der Transport Genthin, wo die Häftlinge – von den anfänglich 1.100 waren noch 784 Mann verblieben – auf Güterwagons mit dem Ziel Oranienburg verladen wurden.²⁵

Am Bestimmungsort angelangt, wurden die aus Rottleberode gekommenen SS-Leute und Häftlinge dem Außenlager des KZ Sachsenhausen bei den Heinkel-Werken in Oranienburg überstellt. Wenige Tage später begannen die Vorbereitungen zur Evakuierung auch dieses Lagers. Die Marschfähigen unter den ehemaligen Rottleberöder Häftlingen mussten die dann folgenden Todesmärsche der Häftlinge des KZ Sachsenhausen mitmachen. Die Kranken ließ die SS im Lager zurück.²⁶

Insgesamt wurden von den 40.000 Häftlingen, die sich Anfang April in den zum KZ Mittelbau gehörenden Lagern befanden, etwa 36.500 „evakuiert“.²⁷ Wie viele von ihnen diese Todesmärsche nicht überlebt haben, lässt sich nicht genau beziffern. Schätzungen gehen von bis zu 8.000 Todesopfern aus.²⁸

Zu einer Ahndung der im April 1945 in Drackenstein begangenen Verbrechen an den KZ-Häftlingen kam es nicht. Zwar eröffnete im Jahre 1999 die Staatsanwaltschaft Magdeburg ein Verfahren gegen die ehemaligen RAD-Angehörigen „Gerhard W., H., Richard D. sowie Hermann Lamp w[egen] Mordes an 58 KZ-Häftlingen in Drackenstein“²⁹. Das Verfahren wurde jedoch eingestellt, ohne dass es zu einer Verurteilung kam.

Das Gedenken an die Toten des Massakers

Auf dem Friedhof in Drackenstein, auf dem Massengrab, ließ die noch junge DDR ein „Ehrenmal für 58 Antifaschisten“³⁰ errichten.³¹ Der Landesverband Sachsen-Anhalt im Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. hat im Jahr 2020, zum 75. Jahrestag

des Massakers, eine Gedenktafel auf dem Friedhof in unmittelbarer Nähe des Massengrabs und des Denkmals angebracht. Sie wird von nun an Besucher über das Massaker von Drackenstein informieren und dazu beitragen, dass dieses Verbrechen nicht in Vergessenheit gerät.

Anmerkungen

- 1 Vgl. O.V.: Sommer 1944: Die Herausbildung des KZ-Komplexes Mittelbau-Dora, online unter <https://www.buchenwald.de/344/> [Stand vom 08.09.2020].
- 2 Vgl. Blatman, Daniel: Die Todesmärsche 1944/45. Das letzte Kapitel des nationalsozialistischen Massensmords, Reinbek bei Hamburg 2011, S. 458f.
- 3 Vgl. ebenda, S. 460.
- 4 Vgl. ebenda, S. 464.
- 5 Vgl. ebenda.
- 6 Vgl. ebenda.
- 7 Vgl. Neander, Joachim: Das Konzentrationslager „Mittelbau“ in der Endphase der nationalsozialistischen Diktatur. Zur Geschichte des letzten im „Dritten Reich“ gegründeten selbstständigen Konzentrationslagers unter besonderer Berücksichtigung seiner Auflösungsphase, Clausthal-Zellerfeld, 1997, S. 403; vgl. Blatman: Die Todesmärsche (wie Anm. 1), S. 481f.
- 8 Vgl. Neander: „Mittelbau“ (wie Anm. 7), S. 404.
- 9 Vgl. ebenda, S. 409.
- 10 Vgl. ebenda, S. 410.
- 11 Hofmann, Karl-Heinz: Allgemeines und Besonderes aus Drackenstein, Manuskript einer Ortschronik, o.D., S. 77, in: Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt, Abt. 5, Tbg.-Nr. 2624/98.
- 12 Vgl. Winter, Martin Clemens: Gewalt und Erinnerung im ländlichen Raum. Die deutsche Bevölkerung und die Todesmärsche, Berlin 2018, S. 41.
- 13 Vgl. Uhl, Jean: La Mémoire de Dora-Mittelbau no. 26, se trimestre 1997, S. 3.
- 14 Vgl. ebenda.
- 15 Vgl. Nationale Gendarmerie, Bereich Recherchen Straßburg, Protokoll Nr. 1804/2000 – BT, Polizeiliche Voruntersuchung, Protokoll der Zeugenvernehmung, Dokument 02, Blatt 1/2, Erklärung von Marcel Geistel, 28.11.2000; ebenda, Protokoll Nr. 1804/2000 – BT, Polizeiliche Voruntersuchung, Protokoll der Zeugenvernehmung, Dokument 07, Blatt 1/2, Erklärung von Alphonse Beck, 30.11.2000.
- 16 Vgl. Schoof, Ronny: Drackenstein gedenkt einer Gräueltat, online unter <http://www.gemeinde-eilsleben.de/news/1/279307/nachrichten/drackenstein-gedenkt-einer-gr%C3%A4ueltat.html> [Stand vom 08.09.2020].

- 17 Vgl. Nationale Gendarmerie. Bereich Recherchen Straßburg, Protokoll Nr. 1804/2000 – BT, Polizeiliche Voruntersuchung, Protokoll der Zeugenvernehmung, Dokument 07, Blatt 1/2, Erklärung von Alphonse Beck, 30.11.2000; ebenda, Dokument 02, Blatt 1/2, Erklärung von Marcel Geistel, 28.11.2000.
- 18 Vgl. Uhl: La Mémoire (wie Anm. 13), S. 3.
- 19 Vgl. ebenda.
- 20 Vgl. ebenda.
- 21 Vgl. Hoffmann: Allgemeines und Besonderes (wie Anm. 11), S. 77.
- 22 Vgl. Bundesarchiv, B 162/15511, Vernehmung von Josef Czylok, Bezirkskommission zur Untersuchung von NS-Verbrechen in Wroclaw, 20.08.1969, Bl. 449.
- 23 Jozef Russak hat 1998 in einem über achtstündigen Interview seine Geschichte dem Visual History Archive (VHA) am USC anvertraut, online unter <https://vha.usc.edu.vd5a2vc72cd1.proxy.fid-lizenzen.de/viewingPage?testimonyID=41584&returnIndex=0> [Stand vom 08.09.2020].
- 24 Hier und im Folgenden: Mirbach, Willy: „Damit du es später deinem Sohn einmal erzählen kannst ...“. Der autobiographische Bericht eines Luftwaffensoldaten aus dem KZ Mittelbau (August 1944 – Juli 1945), Geldern 1997, S. 164.
- 25 Vgl. Neander: „Mittelbau“ (wie Anm. 7), S. 413.
- 26 Vgl. ebenda, S. 414.
- 27 Vgl. Wagner, Jens-Christian: Produktion des Todes. Das KZ-Mittelbau-Dora, Göttingen 2015, S. 261.
- 28 Vgl. O.V.: Räumung, online unter <https://www.buchenwald.de/575/> [Stand 08.09.2020].
- 29 Wagner, Produktion des Todes (wie Anm. 27), S. 636.
- 30 Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Magdeburg, M 1 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Magdeburg, Nr. 3941, Bl. 157.
- 31 Wann genau das Denkmal errichtet wurde, konnte in den Akten des Landesarchivs nicht ermittelt werden. Der erste Nachweis über die Existenz des Denkmals findet sich in dem Dokument aus Anmerkung 30.

Die erste „Letzte Adresse“ in Sachsen-Anhalt

Nikolai Ivanov, Anke Giesen

Das Projekt „Die Letzte Adresse“ wurde 2013 von dem Moskauer Journalisten Sergej Parchomenko auf Grundlage eines Mottos ins Leben gerufen, das er von den Akteuren der „Stolperstein“-Bewegung übernahm: „ein Name, ein Leben, ein Zeichen“. Das Ziel der „Letzten Adresse“ besteht jedoch nicht darin, die Erinnerung an Menschen wach zu halten, die dem Nationalsozialismus zum Opfer fielen, sondern den sowjetischen Sicherheitsdiensten im Zeitraum von 1918 bis 1990. Durch eine Tafel der „Letzten Adresse“ wird auf die letzte Lebensphase von Menschen aufmerksam gemacht, die als Verfolgte des Sowjetregimes in Folge erdachter Anklagen verhaftet wurden und zu Tode kamen: also auf jene, die bei der Erpressung von falschen Geständnissen durch Folter starben, auf jene, die zum Tode verurteilt und erschossen wurden und auf jene, die in die Lagerhaft oder Verbannung geschickt wurden und dort oder auf dem Transport dahin ums Leben kam. Dass die Person auf Grundlage fiktiver Verbrechen verurteilt wurde, ums Leben kam und später rehabilitiert wurde, steht dabei im Mittelpunkt. Im Rahmen des Projekts wird nicht der Lebensweg der unterdrückten Person moralisch bewertet,¹ sondern lediglich der letzte Ort angezeigt, an dem die Person wohnte, bevor sie verhaftet wurde.

Im Unterschied zu den „Stolpersteinen“, die mit einem Text, der in einen auf dem Boden vor Wohnhäusern eingelassenen Stein eingraviert ist, an die Opfer erinnern, wird an der „Letzten Adresse“ eine 11 mal 19 Zentimeter große Tafel an die Hauswand angebracht. Neben Vornamen, Familiennamen, Geburtsdatum, Datum der Verhaftung und Sterbedatum kann man dort den Beruf und das Datum der Rehabilitation der Person, die durch die Verfolgung sowjetischer Behörden zu Tode kam, erfahren. An der Stelle, an der ein Foto sein könnte, ist aus der Tafel ein Quadrat in der Größe eines Passbildes ausgeschnitten, das auf die Leerstelle, die durch den Tod der Person entstand, verweisen soll.

Um dem Projekt einen institutionellen Rahmen zu bieten, wurde in Moskau die Stiftung „Letzte Adresse“ gegründet, die aus Spendengeldern finanziert wird.² Zurzeit sind

Akteure des Projekts, das sich inzwischen zu einer internationalen Bewegung ausgeweitet hat, bereits in sechs Ländern aktiv: in Russland, der Ukraine, Georgien, Tschechien, Moldau und Deutschland. Zwei Tafeln, die in Paris an Entführungsoffer des NKWD erinnern sollen, sind in Vorbereitung. Etwas mehr als 1.100 Tafeln³ wurden inzwischen in dem geographischen Raum von Thüringen bis Wladiwostok⁴ angebracht.

Für die Anbringung einer Tafel für eine bestimmte Person muss bei dem jeweils zuständigen nationalen Zweig des Projekts ein Antrag zur Herstellung einer Tafel gestellt werden. Dies kann jeder tun, der Antragsteller muss dabei nicht unbedingt ein Verwandter des Verfolgten, ein Bewohner des Hauses oder ein Bürger des Landes sein, in dem die Tafel angebracht werden soll. Informationen über die Verstorbenen finden sich in Familien- und Staatsarchiven, teilweise in Gedenkstätten mit Listen der Verfolgten oder auch in Totenbüchern, wie etwa in Deutschland: so stellt eine wichtige Informationsquelle des deutschen Projektzweigs das Buch „Erschossen in Moskau ...“⁵ dar, das 2005 erstmals erschien, und in dem fast tausend Namen und biographische Informationen von Opfern der sowjetischen Geheimdienste, die von 1945 bis 1953 in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) und in der frühen DDR Verhaftungen vornahmen, aufgeführt sind. Im Rahmen der Bearbeitung des Antrags werden alle wichtigen Daten, die Schreibweise eines Namens, der Beruf, die Rehabilitation und natürlich die Adresse des Hauses der betreffenden Person anhand von Archivadokumenten überprüft. Ein wichtiger Schritt in diesem Prozess, der sich über Jahre hinziehen kann, ist die Vereinbarung über die Anbringung der Tafel am Haus. Je nach der jeweiligen staatlichen Gesetzgebung ist die Zustimmung der Hausbewohner, des Gebäudeeigentümers oder in Einzelfällen auch des Denkmalschutzamtes erforderlich.

In Deutschland gibt es eine etablierte Erinnerungskultur in Bezug auf die Opfer des Nationalsozialismus. Seit der Wiedervereinigung engagieren sich zivilgesellschaftliche und staatliche Akteure auch intensiv für die Bewahrung der Erinnerung an die Opfer der Stasi. Für die Opfer der sowjetischen Besatzungsmacht existieren bisher jedoch nur wenige Erinnerungsmarken. Dies ist zum einen eine Folge der Propaganda und Tabuisierung in der DDR: Die Betroffenen wurden als „Nazis“ oder „Volksfeinde“ diffamiert, ihre Angehörigen stigmatisiert. Entsprechend machten die Familien, in denen ein Mitglied nach Vorladung durch die Besatzungsbehörden verschwunden war, diesen Umstand

nicht öffentlich zum Thema. In Westdeutschland hingegen war die Sowjetmacht fern und viele konnten sich das Ausmaß von deren Willkürherrschaft nicht wirklich vorstellen. Entsprechend war in beiden Teilen Deutschlands wenig bekannt, dass es so viele Verfolgte gegeben hatte und dass sie in Lagern, bei Verhören oder bei Überstellungen zu Tode gekommen waren, und dass ihre Anklagen auf fiktiven Anschuldigungen beruhten. Zudem konnte das wahre Ausmaß der sowjetischen Repressionsmaschinerie erst nach Zusammenbruch der Sowjetunion in den 1990er Jahren umfassend untersucht werden.

Die in der SBZ und frühen DDR verhafteten Personen wurden nach sowjetischem Recht in vielen Fällen auf Grundlage des Artikels 58 des Strafgesetzbuches der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) – angeklagt und verurteilt. Entsprechend können die Opfer auch seit dem 18. Oktober 1991 nach dem „Gesetz der Russischen Föderation über die Rehabilitierung von Opfern politischer Verfolgung“ rehabilitiert werden, was eine wichtige Voraussetzung für die Herstellung einer Tafel der „Letzten Adresse“ ist.

Der deutsche Zweig des Projekts entstand im Jahre 2018 auf Initiative zweier in Berlin wohnhafter russischer Staatsbürger: Mario Bandi, einem Hörfunk-Journalisten, und Nikolai Ivanov, der mehrere Jahre als Kurator des St. Petersburger Zweigs der „Letzten Adresse“ tätig war. Beide wandten sich an MEMORIAL Deutschland, den deutschen Zweig der Internationalen Gesellschaft Memorial,⁶ mit dem Anliegen, den institutionellen Rahmen für die „Letzte Adresse“ in Deutschland zu bieten. Die erste in Deutschland angebrachte Tafel hängt seit August 2019 in Treffurt in Thüringen. Sie trägt den Namen des Installateurs Heinz Baumbach, dem vom sowjetischen Militärgesamtdienst die Mitgliedschaft in der angeblichen „Meuselwitzer Widerstandsgruppe“⁷ zugeschrieben wurde und der im Alter von 26 Jahren verurteilt, nach Moskau verbracht und dort erschossen wurde.⁸ Im Juli 2020 wurde die zweite Tafel in Naumburg in Sachsen-Anhalt angebracht. Sie befindet sich am Haus mit der Nummer 7 in der Köseener Straße. Auf ihr ist der Name des Mathematikers Dr. Helmut Sonnenschein zu lesen, der hier mit seiner Frau Hildegard und seinen Kindern bis zu seiner Verhaftung 1950 wohnte. Helmut Sonnenschein wurde 1906 in Leipzig geboren. Er studierte an der dortigen Universität Mathematik, Physik und Astronomie und trat im Rahmen einer Assisten-



Für Dr. Helmut Sonnenschein angebrachte Tafel an der Pforte zu seinem früheren Wohnhaus in Naumburg

tenstelle in die Universitätslaufbahn ein. Trotz seiner erfolgreich abgeschlossenen Doktorarbeit konnte er wegen seiner freundschaftlichen Beziehungen zu jüdischen Kollegen, die ins Ausland emigriert waren, diese jedoch nicht fortsetzen. 1936 fand Helmut Sonnenschein schließlich eine Stelle beim Heereswaffenamt, wo er sich mit mathematischen Problemen auf dem Gebiet der Ballistik befasste.⁹ 1937 trat er in die NSDAP ein.¹⁰ Nach drei Jahren als Major an der Front wurde er von 1942 bis 1943 erneut mit Entwicklungsarbeiten durch das Heereswaffenamt betraut. Ab 1944 leitete Helmut Sonnenschein eine technische Einheit für Ballistik in Peenemünde, was die Mitarbeit am V2-Projekt mit einschloss. Nach Kriegsende geriet er als hoch speziali-

sierter Experte zunächst in US-Kriegsgefangenschaft, trat aber nach seiner Entlassung 1947 eine Stelle in dem unter sowjetischer Leitung befindlichen wissenschaftlich-technischen Büro „Geräte“ in Berlin Karlshorst an. Nach dessen Auflösung fand er Arbeit als Mathematiker und Ingenieur im Konstruktionsbüro Leuna, wechselte aber 1948 zu AGFA in Wolfen.¹¹

Aus den der Familie ausgehändigten Dokumenten ist ersichtlich, dass der Haft- und Durchsuchungsbefehl Nr. 776 für Helmut Sonnenschein am 27. November 1950 durch den sowjetischen Geheimdienst MGB (Ministerium für Staatssicherheit der UdSSR) ausgestellt wurde. Sonnenschein wurde aber bereits am 16. November von Mitarbeitern des DDR-Staatssicherheitsdienstes während einer Vorladung beim Wohnungsamt verhaftet und anschließend an den MGB überstellt.¹² In den 200 Seiten der Sonnenschein-Akte finden sich Verhörprotokolle aus dem Berliner Gefängnis Hohenschönhausen, Befehle über weitere Durchsuchungen der Orte, an denen Sonnenschein gewohnt hatte, Bescheinigungen über die Herausgabe von Sonnenscheins persönlichen Gegenständen. Auch ein Protokoll der Gegenüberstellung Sonnenscheins mit seinem Übersetzer und Freund Maximilian Alexander von Hamm, der – selbst in sowjetische Haft geraten – Sonnenschein in einem Denunziationsbrief beschuldigt hatte, in Kontakt mit der „Bruderschaft“, einer Organisation ehemaliger Wehrmachtsoffiziere, zu stehen, liegt vor.

Am 26. April 1951 um 10.00 Uhr begann die geschlossene Sitzung des Militärtribunals im Fall Sonnenschein in der Militäreinheit 48240. Sonnenschein bekannte sich zwar als nicht schuldig, das Tribunal verurteilte ihn jedoch zum Tod durch Erschießen. Sonnenschein wurde auf Grund des berüchtigten Artikels 58 der „Spionage“ (Artikel 58-6), der „antisowjetischen Agitation und Propaganda“ (58-10-11) und des „Aufrufs zum bewaffneten Kampf gegen das bestehende System“ (58-2) beschuldigt. Sein Fall endet mit einer Urkunde über die Urteilsvollstreckung vom 4. Juli 1951 in Moskau, wohin er im Mai 1951 überführt worden war.

Als ihr Mann spurlos verschwand, war Hildegard Sonnenschein, die mit ihren Kindern in Naumburg geblieben war, im sechsten Monat schwanger. Der neugeborene Sohn wurde wie sein Vater Helmut genannt. Um ihre drei Kinder ernähren zu können, begann sie als Chemielehrerin zu arbeiten. Aus dem Familienarchiv geht hervor, dass Hildegard

Sonnenschein Dutzende von Anfragen an verschiedene Organisationen schrieb, um das Schicksal ihres verhafteten Mannes aufzuklären.

Bis 1994, nachdem bereits viele der Menschen, die von den sowjetischen Sicherheitsdiensten verfolgt worden waren, rehabilitiert worden waren, wurde die Familie Sonnenschein nicht über die Fiktivität der Anklage in Kenntnis gesetzt. Die sowjetischen Behörden bestanden weiterhin auf ihre Rechtmäßigkeit. So verlautbarte noch im April 1990 die Konsularabteilung der sowjetischen Botschaft in Berlin, dass Sonnenschein beschuldigt worden sei, „im Mai 1948 von Gartenfeld, dem Residenten des amerikanischen Geheimdienstes“, rekrutiert worden zu sein. Im Auftrag des Residenten habe Sonnenschein diesem angeblich Informationen über die wissenschaftliche Arbeit des technischen Büros des Ministeriums für Luftfahrtindustrie der UdSSR und den sowjetischen Artillerieübungsplatz gegeben. Außerdem habe er in Briefen seine Bekannten dazu aufgerufen, sich der Armee für den bewaffneten Kampf gegen die sowjetischen Besatzungstruppen anzuschließen. „Neben seinem persönlichen Geständnis ist Sonnenscheins Schuld durch Zeugenaussagen und anderes Fallmaterial bestätigt. So ist bei der Inspektion festgestellt worden, dass Sonnenschein rechtmäßig wegen Spionage verurteilt worden ist, es gibt keinen Grund für seine Rehabilitierung“ – so das Schreiben der Konsularabteilung.

Erst die Öffnung des Archivs und die erneute Überprüfung des Falles führten 1994 zur Rehabilitierung von Helmut Sonnenschein. Hildegard Sonnenschein starb fünf Jahre später.

Zwischen 1950 und 1953 wurden allein in Sachsen-Anhalt 140 Menschen von sowjetischen Militärtribunalen zum Tode verurteilt. Alle „Volksfeinde“, die 1951 in Moskau erschossen wurden, wurden in einem Massengrab auf dem dortigen Friedhof Donskoje beigesetzt. Helmut Sonnenschein wurde 44 Jahre alt.

Anmerkungen

- 1 D.h. im Rahmen des Projekts wird auch an Personen erinnert, die Straftaten begangen haben, wenn die Anklage, auf der ihre Verhaftung und Verurteilung beruht, entweder nicht in Zusammenhang mit diesen Straftaten steht oder die Strafe völlig unverhältnismäßig war, wie beispielsweise die langjährigen Lagerstrafen für die Entwendung von Nahrung aus dem Kolchos („Ährgesetz“). Was den deutschen Zweig der „Letzten Adresse“ betrifft, wurde jedoch die Entscheidung getroffen, dass an Menschen, die Verantwortung für die im Rahmen des Nationalsozialismus begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit tragen, nicht mit einer Tafel erinnert wird.
- 2 Vgl. auf der Website der Stiftung: <https://www.poslednyadres.ru/help-us/> [Stand vom 30.08.2020].
- 3 Vgl. auf der Website der Stiftung: <https://www.poslednyadres.ru/installed/> [Stand vom 30.08.2020].
- 4 Auf der Homepage der Stiftung findet sich eine Karte mit allen beantragten und angebrachten Zeichen: <https://www.poslednyadres.ru/> [Stand vom 30.08.2020].
- 5 Roginskij, Arsenij / Drauschke, Frank / Kaminsky, Anna (Hrsg.): Erschossen in Moskau ... Die deutschen Opfer des Stalinismus auf dem Moskauer Friedhof Donskoje 1950–1953, 4. Aufl. Berlin 2020.
- 6 MEMORIAL Deutschland e.V. ist der deutsche Zweig der „Internationalen historisch-aufklärerischen und wohltätigen Menschenrechtsgesellschaft „Memorial“ (russ. Международное историко-просветительское, правозащитное и благотворительное общество «Мемориал»), die sich die historische Aufarbeitung politischer Gewaltherrschaft, die Einhaltung der Menschenrechte und die sozialen Fürsorge für die Überlebenden der politischen Verfolgung durch das Sowjetregime zum Ziel gesetzt hat. Vgl. <https://www.memo.ru/en-us/memorial/mission-and-statute/> [Stand vom 30.08.2020].
- 7 Näheres über die sogenannte „Meuselwitzer Schüler-“ oder auch „Widerstandsgruppe“ in: Schultz, Maria: Helmut Paichert, in: Reich, Ines / Schultz, Maria (Hrsg.): Sprechende Wände. Häftlingsinschriften im Gefängnis Leistikowstraße Potsdam, Berlin 2015, S. 388–400, hier S. 390ff.
- 8 Näheres über Heinz Baumbach in: Roginsky / Drauschke / Kaminsky (Hrsg.): Erschossen in Moskau... (wie Anm. 5), S. 129.
- 9 Vgl. Blecher, Jens / Wiemers, Gerald: Von den Nazis angegriffen, von den Sowjets erschossen. Eine Erinnerung an Helmut Sonnenschein zu seinem 100. Geburtstag, in: Journal / Universität Leipzig, 4/2006, S. 35, online unter <https://ul.qucosa.de/api/qucosa%3A12065/attachment/ATT-0/> [Stand vom 30.08.2020].
- 10 Vgl. Roginsky / Drauschke / Kaminsky (Hrsg.): Erschossen in Moskau..., (wie Anm. 5), S. 414.
- 11 Vgl. Wiemers, Gerald / Blecher, Jens: Von den Nazis angegriffen, von den Sowjets ermordet. Erinnerung an Helmut Sonnenschein, in: Journal / Universität Leipzig 2/2001, S. 27, online unter <https://ul.qucosa.de/api/qucosa%3A12028/attachment/ATT-0/> [Stand vom 30.08.2020].
- 12 Vgl. Blecher / Wiemers: Von den Nazis angegriffen (wie Anm. 9), S. 34.



Birgit Neumann-Becker, Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Sachsen-Anhalt, während ihrer Ansprache im Rahmen der Veranstaltung am 17. Juli 2020 in Naumburg; im Hintergrund Mario Bandi von der Initiativgruppe „Die letzte Adresse“.

„Letzte Adresse“. In Naumburg erinnert eine Tafel an den 1951 in Moskau erschossenen Dr. Helmut Sonnenschein

Jan Erik Püschel

Auf Initiative von Memorial Deutschland und in Kooperation mit der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Sachsen-Anhalt wurde am 17. Juli 2020 in Naumburg eine Gedenktafel für den Mathematiker Dr. Helmut Sonnenschein (1906–1951) angebracht.

Dr. Helmut Sonnenschein war am 16. November 1950 in Naumburg durch den DDR-Staatssicherheitsdienst verhaftet, anschließend an den sowjetischen Geheimdienst übergeben und später nach Moskau verschleppt worden. Zuvor hatte ein sowjetisches Militärtribunal gegen ihn, unter fadenscheiniger Beweisführung und ohne fairen Gerichtsprozess, am 26. April 1951 ein Todesurteil verhängt. Nach Ablehnung des

Gnadengesuchs wurde Dr. Helmut Sonnenschein am 4. Juli 1951 in Moskau erschossen. Die Familie von Helmut Sonnenschein – seine Ehefrau, seine Tochter und seine beiden Söhne – erhielt erst im April 1990 offiziell Bescheid über sein Schicksal. Verhaftungen von deutschen Zivilisten durch sowjetische Sicherheitsapparate betrafen bereits vor Gründung der DDR im Oktober 1949 in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands weit mehr als 100.000 Männer und Frauen. Auch vor Jugendlichen machten die sowjetischen Geheimdienste nicht halt: so wurden diese, ebenso wie Erwachsene, unter dem Vorwurf von Untergrundtätigkeit oder antisowjetischer Betätigung verhaftet, gefoltert und von sowjetischen Militärtribunalen entweder zum Tode oder zu mindestens 15 Jahren Arbeitslager verurteilt. Die Überstellungen aus politischen Gründen durch DDR-Organen Verhafteter an den sowjetischen Geheimdienst setzten sich bis 1955 fort.

1950 wurden in den Waldheimer Prozessen nichtverurteilte frühere Insassen der sowjetischen Speziallager in Schnellverfahren – ohne ausreichende Beweissicherung und Verteidigung – zu langjährigen Haftstrafen oder zum Tode verurteilt.

In den frühen Jahren der DDR konnten sogenannte „Feinde des sozialistischen Aufbaus“, „Konterrevolutionäre“, „Feinde der Sowjetunion“ und „Kriegstreiber“ schon durch den kleinsten Verdacht, aufgrund erpresster Denunziationen oder durch pure Willkür inhaftiert werden.

Der Vorsitzende des Bürgerrechtsnetzwerkes „Memorial“ und Historiker Arsenij Roginskij schätzt die Zahl der Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft auf 7,1 Millionen Menschen. Die Initiative „Letzte Adresse“ ist ein Projekt dieses internationalen, in Moskau ansässigen –Netzwerkes Memorial, das an die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft von 1918 bis 1990 erinnern möchte. Hierbei werden, ähnlich wie in Deutschland bei den in Gehwegen eingelassenen Stolpersteinen, Metalltafeln an Eingängen von Häusern angebracht, in denen das jeweilige Opfer zuletzt gelebt hatte. Die Metalltafeln enthalten die Lebensdaten sowie das gegen die Betroffenen verhängte Urteil und das Datum der Urteilsvollstreckung. Im Fall von Dr. Helmut Sonnenschein lautet die Inschrift:

„HIER LEBTE DR. HELMUT SONNENSCHN, MATHEMATIKER, GEBOREN 1906,
VERHAFTET 16.11.1950, ZUM TODE VERURTEILT 26.04.1951, IN MOSKAU
RSCHOSSEN 04.07.1951, REHABILITIERT 1994.“



Zum Gedenken in Naumburg arrangierte Fotos: Auf dem linken Bild Dr. Helmut Sonnenschein mit seiner Frau Hildegard im kriegszerstörten Berlin; liegend vor den Fotos die später am Grundstückseingang angebrachte Gedenktafel.

Angebracht wurden bisher über 800 Tafeln in Russland, der Ukraine, Moldau, Tschechien und Georgien. In Russland wurden die Tafeln bereits in 48 Kommunen angebracht.

Bei der für Dr. Helmut Sonnenschein in Naumburg angebrachten Tafel handelt es sich um die Zweite in Deutschland und um die Erste in Sachsen-Anhalt. Die erste Tafel in Deutschland wurde 2019 im thüringischen Treffurt für Heinz Baumbach angebracht. Der Verein Zeitgeschichte(n) in Halle (Saale) bereitet weitere Erinnerungsorte an von SMT zum Tode verurteilte Menschen aus Sachsen-Anhalt vor.

Memorial versucht mit der Initiative „Letzte Adresse“ über die kommunistische Gewaltherrschaft der Sowjetunion aufzuklären, an ihre Opfer zu erinnern und zu verdeutlichen, welche Folgen der Verlust von Rechtsstaatlichkeit mit sich bringen kann. In Sachsen-Anhalt wurden zwischen 1950 und 1953 ca. 140 Menschen verhaftet, die durch sowjetische Militärtribunale verurteilt und in Moskau hingerichtet wurden. Die Landesbeauftragte unterstützt diese Erinnerungsarbeit aktiv, auch mit einer jährlichen Veranstaltung zum Europäischen Gedenktag für die Opfer aller totalitären und diktatorischen Regime am 23. August, dem Jahrestag des 1939 geschlossenen Hitler-Stalin-Paktes, der die



Dr. Helmut Sonnenschein's Söhne vor der Gedenktafel für ihren Vater (v.l.n.r.): Helmut und Henk Sonnenschein

Aufteilung Polens und eine engere Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion regelte.

Die Gedenktafel für Dr. Helmut Sonnenschein in Naumburg befindet sich am Eingang seines ehemaligen Wohnhauses in der Kösemer Straße 7, in dem heute sein Sohn lebt. Bei der Anbringung der Tafel am 17. Juli 2020 waren unter anderem der Kindheitsfreund der Söhne Helmut und Henk Sonnenschein, Ekke Maaß, der Bundesvorsitzende der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V., Dieter Dombrowski, und die Vorsitzende von Memorial Deutschland e.V., Dr. Anke Giesen, zugegen.

Die bewegende Rede Helmut Sonnenscheins kann unter folgendem Link nachgelesen werden: <http://www.workuta.de/aktuelles/index.html>. Informationen zur Initiative „Die letzte Adresse“ und „Memorial Deutschland e.V.“ stehen unter folgendem Link bereit: <https://www.memorial.de/>. „Memorial“ hat mittlerweile die Anbringung einer dritten Tafel in Deutschland vorbereitet. In Erinnerung an den im Jahre 1950 ebenfalls von einem SMT abgeurteilten Lehrer Ludwig Kracke aus Dahme/Mark erfolgte diese am 18. September 2020 an dessen letztem Wohnort in der dortigen Jüterboger Straße 16.

Horst Hennigs Schicksal zwischen Widerstand und willkürlicher Repression

Sarah Tober

1. Einleitung

„Persönlich leide ich noch nach 50 Jahren unter den Gewaltmaßnahmen, denen ich über einen Zeitraum von sechs Jahren ausgesetzt gewesen bin. [...] Dies geht soweit, dass sich selbst im [...] Niederschreiben dieser Zeilen die Frequenz meiner [...] Herzrhythmusstörung stark erhöht, ebenso wie mein Blutdruck.“¹

Derart äußerte sich Horst Hennig über die Folgen seines persönlichen Schicksals, das ihm durch die politische Verfolgung in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) auferlegt wurde. Er gehört zu den mehr als 1.600 Personen, die von einem Militärtribunal in der Haftanstalt „Roter Ochse“ in Halle (Saale) verurteilt wurden. Unter sowjetischer Verwaltung war die Haftanstalt zwischen Juli 1945 und Juni 1952 nicht primär ein Ort der Strafverbüßung. Sie fungierte vorwiegend als Untersuchungshaftanstalt für von sowjetischen Geheimdiensten, zumeist NKWD² und MGB³, Festgenommene, als Gerichtsort für sowjetische Militärtribunale (SMT) sowie als Durchgangsgefängnis für zur Internierung Bestimmte und Verurteilte vor der Verlegung in die sowjetischen Speziallager.⁴

Anhand des Falls von Horst Hennig, der im März 1950 in die Hände des MGB geriet, nach seiner Verurteilung in den Gulag deportiert und von dort erst im Dezember 1955 wieder nach Deutschland entlassen wurde, hatte die Autorin in einer Forschungsarbeit untersucht, welche Lücken sich durch seine Aussagen als Zeitzeuge im Vergleich zur Aktenrecherche schließen oder gar aufdecken lassen. Der konkrete Untersuchungsgegenstand bestand in der Gegenüberstellung der Darstellung politisch Verfolgter durch die sowjetische Besatzungsmacht mit der Darstellung derselben aus der Opferperspektive. Die Wahl der Opferperspektive fiel auf die Horst Hennigs, da über ihn und seine Verfolgungsgeschichte eine relativ dichte Quellenbasis vorliegt. Bei dem vorliegenden Beitrag handelt es sich um einen hierfür abgewandelten Ausschnitt aus der Forschungsarbeit.⁵ Anlässlich des Todes von



Dr. Horst Hennig (1926–2020), Aufnahme 2012

Dr. Horst Hennig am 21. Mai 2020 stellt dieser Aufsatz jedoch nun mehrheitlich seinen Lebensweg in den Vordergrund. Dabei rückt die ausführliche quellenkritische Analyse der Protokolle aus dem Fokus. Über das hier Ausgeführte hinaus beinhaltet die ursprüngliche Forschungsarbeit ein breites Spektrum an Rechtsgrundlagen, die Rolle von Zeitzeugen bei der Aufarbeitung und andere Häftlingsschicksale aus dem „Roten Ochsen“, darunter auch die Beschreibungen von Willi-Johannes Eckert, eines Kommilitonen Hennigs, der im gleichen Zusammenhang festgenommen und vom SMT abgeurteilt worden war. Die Analyse verläuft dort auch wesentlich detaillierter und anhand einer genauen Protokollinterpretation.

2. Der Weg zum Widerstand – Die Ausgangsbedingungen

So lange es in der SBZ noch relativ freie und faire Wahlen gab, waren an den Universitäten die Studentenräte das Forum zur Artikulation studentischer Interessen und Meinungen. Als diese Möglichkeiten ab 1948 durch administrative Maßnahmen der Besatzungsmacht und den zunehmenden Einfluss der SED an den Hochschulen immer mehr beschnitten wurden, sahen sich oppositionelle Studenten zu illegalen, konspirativen

Organisationsformen gezwungen.⁶ Daher gingen die SED und die sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) zunehmend mit repressiven Mitteln gegen den studentischen Widerstand vor.⁷

Wie stark war die Widerstandshaltung Horst Hennigs ausgebildet? – Horst Hennig, Jahrgang 1926, studierte von 1948-1950 in Halle Medizin. Er schilderte seine damalige Haltung wie folgt: Er habe kein „Russensbild“, keine Antipathie gegen Russen oder sowjetische Soldaten besessen. Da der Krieg aus war, habe es, so Hennig, dafür keinen Grund gegeben. Im Nachhinein bewertete er seine damalige Denkweise als typisches deutsches Rechtsbewusstsein und als blauäugig. Seine Bewertung stützte sich darauf, dass er zum damaligen Zeitpunkt angenommen hatte, dass nichts mehr passieren könne, wenn der Krieg aus sei. So nahm er auch an, dass ihm nichts geschehen könne, wenn er nichts getan habe.⁸ Horst Hennig sollte bald erkennen, dass sich sein Verständnis von „nichts tun“ keineswegs mit der Auffassung der sowjetischen Besatzungsmacht vergleichen ließ.

Hennig erklärte, dass er sich an politischen Querelen nicht beteiligt habe, er habe lediglich interessiert zugehört. Die Auseinandersetzungen um die Studentenratswahl 1950 waren unter anderem der Grund, der dann direkt zu einer Verhaftung führte.⁹ *„Das war dann Anfang 1950. Da wurden Listen ausgehangen, etwa so zwischen 17 und 18 Namen. Es hieß, dieser Studentenrat ist zu wählen, das ist die Liste, die gewählt werden kann.“*¹⁰ In den Äußerungen, die Horst Hennig und seine Kommilitonen tätigten, sah er selbst den wahrscheinlichsten Grund seiner Verhaftung. *„Wir sagten, das hat doch nichts mit Demokratie zu tun, wir wählen keine Listen, wir wählen Personen.“*¹¹ Sie fragten nach der demokratischen Selbstverwaltung der Studentenschaft.¹² *„Wir waren erstaunt darüber, daß man uns Leute vorsetzte, die wir noch gar nicht gewählt hatten, die aber zu wählen waren, die von irgendeiner anonymen Organisation von oben, die wir nicht kannten, vorgeschlagen worden sind. Das haben wir moniert, das war etwa im Januar, Februar. Im März darauf wurden wir verhaftet.“*¹³ *„Die Sowjets müssen das irgendwann erfahren haben, denn uns hat die Operativgruppe des KGB¹⁴ [damals noch MGB – d.V.] verhaftet.“*¹⁵

Die Gruppe hatte eine undichte Stelle: Ein neugeworbener Student bekam plötzlich Angst vor seiner Entscheidung und wollte wieder aussteigen. Währenddessen verriet dessen Vater die gesamte Gruppe. Daraufhin wurden acht Mitglieder der Gruppe – auch sein Sohn – nach und nach verhaftet.¹⁶



Im „Roten Ochsen“ durch den MGB angefertigtes Haftfoto von Horst Hennig, Aufnahme 1950

3. Verhaftung¹⁷ und erste Vernehmungen

Für den Ablauf einer Festnahme hatte das NKWD, aufgrund seiner Erfahrungen, Routine entwickelt. Festnahmen aus politischen Motiven erfolgten in der Regel ohne großes Aufsehen.¹⁸ Im Fall der halleischen Studenten wurden die Betroffenen von einem FDJ¹⁹-Funktionär aus dem Institut oder einer Versammlung gelockt.²⁰ Ähnlich unauffällig und geheim ging auch die Festnahme des Medizinstudenten Horst Hennig vonstatten. Hennig übernahm in der Chirurgie in der Universität Halle Nachtwachen, um sich etwas Geld dazu zu verdienen. In der Regel kam immer jemand zwischen 20 und 22 Uhr und teilte ihm mit, ob und wo er Nachtwache halten sollte. So schien es ihm zunächst auch nicht ungewöhnlich, als es am 10. März 1950 gegen 22 Uhr klingelte und ein Zivilist um Einlass bat. Als Hennig den Mann hereinbat, ließen dessen Verstärkung, zwei Russen mit Maschinenpistolen, und die Aufforderung zum Anziehen und Gehen nicht lange auf sich warten. Nach eigenen Angaben wurde er im Anschluss zur Operativgruppe des MGB am Steintor – in die Luisenstraße – gefahren.²¹ Weiterhin

beschreibt Horst Hennig, dass er unter der Anwendung von körperlicher Gewalt und ständigen Erpressungen fünf Tage lang von der Operativgruppe in Halle verhört und schließlich, nach der Einweisung in das Zuchthaus „Roter Ochse“, auf gleiche Weise weiter „bearbeitet“ worden sei.²²

Hennig fasste die Situation des Verhafteten wie folgt zusammen: In jedem Fall müsse der unter Waffengewalt Entführte von Anfang an um sein Leben fürchten. Er habe keinerlei Vorstellung oder gar Kenntnis über seine im staatlichen Auftrag erfolgte Verhaftung besessen; weder habe er die Personen gekannt, denen er jetzt ausgeliefert war, noch sei es ihm erlaubt gewesen, einen Rechtsbeistand zu konsultieren. Die Konstruktion der Beschuldigungen und die Auslegungen der Geheimdienstoffiziere über mögliche gesetzliche Zusammenhänge wären dem Häftling bis zur Anklageverlesung unklar geblieben.²³

Das in Horst Hennigs Fall erste überlieferte Verhörprotokoll²⁴ ist auf den 14. März 1950 datiert, obwohl Horst Hennig eindeutig beschreibt, am 10. März 1950 verhaftet und verhört worden zu sein. Neben den persönlichen Angaben über Horst Hennig, beginnt das Protokoll damit, festzuhalten, dass ein Dolmetscher anwesend war. Die Unterschrift des angeblich anwesenden Dolmetschers Šurygin findet sich insgesamt zweimal im Protokoll. Horst Hennig verneinte hingegen die Anwesenheit eines Dolmetschers. Demnach hätte der Dolmetscher mit seiner Unterschrift eine Falschaussage über seine Anwesenheit getätigt. Die Abwesenheit eines Dolmetschers wird sich auch in nachfolgenden Betrachtungen zeigen. Horst Hennig hob nur in der Gerichtsverhandlung die Anwesenheit eines Dolmetschers hervor.²⁵ Hennig musste dennoch mit seiner Unterschrift bestätigen, dass das Verhör richtig festgehalten und für ihn übersetzt wurde, obwohl die Protokolle handschriftlich auf Russisch verfasst waren, wodurch der Verhaftete den Inhalt nicht verstand.²⁶

In den Dokumenten zeigt sich die für das NKWD typische Dialogform. Das Protokoll beginnt damit, dass der Vernehmer Gusynin Horst Hennig beschuldigte, Teil einer illegalen Organisation zu sein. Dies habe Hennig, laut Protokoll, umgehend bestätigt und die Ziele der Organisation ganz von allein hinzugefügt: Die Ziele bestünden in der Verbreitung von antidemokratischen Flugblättern und anonymen Briefen, die gegen SED-Funktionäre und andere fortschrittliche Persönlichkeiten der Universität gerichtet gewesen wären. Den Versuch des Vernehmers, hierarchische Strukturen in der Gruppe

zu konstruieren, versuchte Horst Hennig abzuwehren, indem er die Existenz einer Spitze innerhalb der Gruppe verneinte. Die Gruppe sei durch alle Mitglieder im Einvernehmen organisiert worden. Die Mitglieder bestünden, neben Horst Hennig, aus Willi-Johannes Eckert, Karl-Heinz Schott, Dieter Flade, Werner Eggers, Helmut L. und Strogal. Danach habe Horst Hennig die Abläufe der „Zusammenrottungen“ geschildert und dabei die eingangs erwähnten Ziele wiederholt.²⁷ Im Anschluss habe Hennig zugegeben, dass er damit beauftragt gewesen sei, die Flugblätter in der Universität zu verteilen. Das Plakatieren sei ihm allerdings nicht gelungen. Sein Auftrag wäre danach an Schott und Eggers übergegangen. Hennig habe geglaubt, dass die Flugblätter durch diese beiden Mitglieder verteilt worden wären, da sie ihm davon berichtet hätten.²⁸ Außerdem sei das Herstellen einer Verbindung zum RIAS²⁹ erörtert worden. Diese Idee sei von Eckert und Schott vorgeschlagen worden. Ob diese Verbindung hergestellt werden konnte, entzöge sich dem Wissen Hennigs. Die letzte Frage des Vernehmers betraf den Auftraggeber der Organisation. Laut Protokoll habe Hennig daraufhin verneint, einen derartigen Auftrag erhalten zu haben.³⁰

Aufgrund der „Ergebnisse“ der ersten Vernehmung wurde am 15. März 1950 offiziell ein Ermittlungsverfahren gegen Horst Hennig eingeleitet.³¹ Am selben Tag wurde die Verhaftung – fünf Tage nach der tatsächlichen Festnahme – auch formell beschlossen.³² Es fällt auf, dass die Beschlüsse immer von mehreren sowjetischen Akteuren bestätigt wurden. In diesem formaljuristischen Vorgehen spiegeln sich die Strukturen der Sicherheitsapparate und der Militärjustiz in der SBZ/DDR und letztlich streng hierarchisch geregelte Verfahrensabläufe wider.³³ Die Gründe lagen wahrscheinlich in dem Bemühen, bei jedem weiteren Verfahrensschritt die Verantwortung breit zu streuen, um sich besser gegen mögliche Fehlvorwürfe zu wappnen. Ein ‚schlechtes Gewissen‘, so Klaus-Dieter Müller und Jörg Osterloh, könne kaum angenommen werden, weder wegen der Fälschung der Aussagen, noch wegen der brutalen Behandlung während der U-Haft. Die Historiker begründen ihre Annahme damit, dass niemand je erwarten konnte, dass solche Papiere jemals veröffentlicht werden könnten.³⁴ Allerdings scheint es überdenkenswert, ob nicht einige Vernehmer selbst dem Druck der sowjetischen Diktatur ausgesetzt und unterworfen gewesen sein könnten.

Gemäß ihres Auftrages, die Festgenommenen konkreter konterrevolutionärer Verbrechen zu überführen, verwendeten die Vernehmungsoffiziere meist Begriffe, die im entsprechenden Artikel 58 des Strafgesetzbuchs der Russischen Sozialistischen

Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) kodifizierte Straftatbestände wiedergaben. So häuften sich die Begriffe „illegale Organisation“, „Zusammenrottung“ und „antidemokratisch“.³⁵ Im ersten Verhör Horst Hennigs findet sich 14 mal der Begriff der „Zusammenrottung“. Die Begrifflichkeit „antidemokratisch“ wird viermal verwendet. „Die Organisation“ wird weitere siebenmal thematisiert. In dem Protokoll wird allerdings nicht ersichtlich, unter welchen Umständen Horst Hennig diese und sämtliche anderen Aussagen tätigte, wenn er sie überhaupt getätigt hatte. Er selbst behauptete, trotz der Repressionseinwirkungen, nichts gesagt zu haben, was zu einem Ergebnis geführt hätte. Durch die Wortwahl in den Verhörprotokollen wird der Tatbestand der Spionage, Artikel 58-6, scheinbar als gegeben angesehen, indem die Rede davon ist, dass Horst Hennig das Sammeln von Informationen über die Lage in der Sowjetzone zum Ziel hatte.³⁶ Verbrechen nach Artikel 58-10 – antisowjetische Propaganda oder Betätigung für den Sturz oder die Schwächung der Sowjetherrschaft – werden durch die „Feststellung“ als erwiesen angesehen, dass Horst Hennigs Handeln den Kampf gegen die sowjetische Besatzungsmacht in Deutschland und in der DDR zum Ziel gehabt hätte.³⁷ Organisatorische Tätigkeit, die im Artikel 58-11 beschrieben ist, wird durch die Wortwahl der „illegalen antisowjetischer Organisation“ suggeriert.³⁸ Interessant ist ebenso, dass sowohl in dem Beschluss über die Einleitung des Ermittlungsverfahrens, als auch im Beschluss über die Verhaftung, von der Feststellung dieser Tatbestände die Rede ist. Allein im Beschluss über die Vorsichtsmaßnahmen ist die Rede von einem Verdacht. Allein an dieser Stelle wird überhaupt, allerdings nur rein formal, die Möglichkeit der Unschuld eingeräumt. Am 16. März 1950 wurde der Haftbefehl gegen Horst Hennig ausgestellt und gleichzeitig die Einleitung einer Untersuchung angeordnet. Hennig war nach der Ergreifung dieser Maßnahmen – ungefähr eine Woche nach seiner Festnahme – am 17. März 1950 von der MGB-Operativgruppe in die Haftanstalt „Roter Ochse“ in Halle verlegt worden.³⁹

4. Die Untersuchungshaft im „Roten Ochsen“

Mit der Einlieferung in den „Roten Ochsen“ war Horst Hennig den Bedingungen der Untersuchungshaft – Nachtverhöre, körperliche Misshandlungen, Schlafentzug, schlechtes Essen⁴⁰ und Drohungen – ausgesetzt. Ziel des Verfahrens war es, von den Verhafteten Geständnisse zu erwirken. In den SMT-Unterlagen werden die Umstände der Untersuchungshaft mehr ver- als enthüllt.⁴¹ Die Protokolle sind nüchtern gehalten und

ohne Hinweise auf die Länge und die Umstände der Vernehmung; ganz im Gegensatz zu den Berichten Horst Hennigs und anderen ehemaligen Häftlingen.⁴²

Hennig beschrieb die Situation wie folgt: Die zumeist nachts Verhafteten seien auf eine eingespielte Gruppe von Vernehmern und Untersuchungsführern getroffen. Diese hätten sie mit brutalen Drohungen in 12–18stündigen aggressiven Verhören an den Rand des psychischen und körperlichen Leistungsvermögens getrieben.⁴³ Die Dunkel- und Nasszelle kombiniert mit massiven verbalen Drohungen und Beleidigungen hätten zur stetigen Einschränkung aller Selbstwertgefühle und der Persönlichkeit beigetragen. In dieser Lage unterschriebe das Opfer jedes Protokoll, das ihm der Vernehmer vorlegte.⁴⁴ Hennig schilderte die Verhörtaktiken als Mischung aus Drohungen, Erpressungen, Demütigungen und roher Gewalt.⁴⁵

An dieser Stelle erscheint es sinnvoll, nach den möglichen Motiven der sowjetischen Vernehmer zu fragen. Bereits erwähnt wurde die Annahme der Historiker Müller und Osterloh, in der sie den sowjetischen Untersuchungsführern jegliches schlechtes Gewissen absprechen. Dabei merken Müller und Osterloh an, dass man berücksichtigen müsse, dass die Vernehmer bestimmte Soll-Zahlen an Überführten vorzuweisen hatten.⁴⁶ So berichtete der russische Militärstaatsanwalt Wolin 1993 in einem Vortrag, dass der zentrale Apparat des NKWD, in Erfüllung des Willens der kommunistischen Partei, jeden Monat einen Plan zur Enthüllung einer bestimmten Anzahl von „Volksfeinden“ an die Gebietsverwaltung des NKWD schickte. Jeden Monat erstatteten die NKWD-Chefs Berichte an die Zentrale über die Erfüllung dieses Planes. Nach Informationen von offiziellen Vertretern der Russischen Föderation, so Horst Hennig, waren damals in maximal vier Wochen „die Opfer zu überführen, daß die Verbrechen der Papierform genügen“. Unter diesen Umständen scheint es zumindest denkbar, dass die sowjetischen Akteure ebenfalls unter dem Druck ihrer Vorgesetzten standen, den sie auf die Häftlinge, in einem nicht vertretbaren Maße, übertragen haben könnten. Hinzukommend mussten die sowjetischen Untersuchungsführer durch ihre Untersuchungen ihre eigene Bedeutung und Leistung nachweisen; nicht zuletzt traf immer noch zu, dass der Gulag⁴⁷ Arbeitskräfte benötigte.⁴⁸ Es soll insgesamt nicht ausgeschlossen werden, dass die Vernehmer Freude am Quälen der Häftlinge hatten, es besteht allerdings Grund zu der Annahme, dass es nicht ausschließlich so gewesen sein muss.

4.1. Die Verhöre bis zur ersten Gerichtsverhandlung

Im „Roten Ochsen“ lernte Horst Hennig einen völlig anderen Untersuchungsführer kennen, der sich nicht mehr so leicht abspeisen lassen wollte.⁴⁹ Immer wieder kam es zu denselben Fragen, die sich unter anderem auf die Führung und die Ziele der Gruppe bezogen. Im Protokoll vom 24. März 1950⁵⁰ bekräftigte Horst Hennig weiter, dass die Widerstandsgruppe keinen Anführer besaß. Er räumte allerdings ein, dass Schott, Eckert und er selbst die wichtigste Rolle spielten. Nach anfänglicher Verneinung führte der Untersuchungsführer Horst Hennig dazu, zuzugeben, dass die Gruppe sowohl antidemokratische, als auch antisowjetische Ziele verfolgte.⁵¹ Der Untersuchungsführer wollte die Verbindung zu den westlichen Besatzungsmächten herstellen. Dies verneinte Horst Hennig dreimal vehement.⁵² Im Protokoll vom 29. März 1950⁵³ erklärte sich Horst Hennig für schuldig. Dabei muss aber berücksichtigt werden, dass er nur so handelte, weil man ihm deutlich gemacht habe, dass man ihn erschlagen werde, wenn er es nicht täte. Ebenfalls bestätigte er nun Verbindungen zum RIAS, die er bis dahin verneint hatte.⁵⁴ In beiden Protokollen wurde die Anwesenheit eines Dolmetschers gefälscht.⁵⁵

Am 29. März 1950 – zweieinhalb Wochen nach seiner Festnahme – kam es aufgrund der vorliegenden „Untersuchungsergebnisse“ formell zur Anklageerhebung gegen Horst Hennig. Im Sinne des Artikels 58 erklärte der Untersuchungsführer Hennig für „überführt“, einer der Initiatoren der Gruppe zu sein.⁵⁶ Das erste Gerichtsverfahren wurde am 13. Mai 1950 durchgeführt. Die Urteile wurden aus Gründen, die in den Akten nicht ersichtlich sind, wieder aufgehoben. Der Historiker Klaus-Dieter Müller erklärt diesen Umstand in zwei Veröffentlichungen so, dass die Strafmaße vermutlich „zu gering“ ausgefallen waren.⁵⁷

4.2. Die Verhöre bis zur zweiten Gerichtsverhandlung

Nach der Verkündung des ersten Urteils vergingen mehrere Monate, ehe die Vernehmer das zweite Verfahren vorbereiteten. Erst vom 18. August 1950 existiert das nächste Vernehmungsprotokoll.⁵⁸ Hier ging es dem Untersuchungsführer vor allem darum, festzustellen, dass ein Ziel der Widerstandsgruppe darin bestanden habe, Personen nach West-Berlin zu melden, die mit den sowjetischen Institutionen in der SBZ/DDR zusammenarbeiteten. Diese unterstellte Tätigkeit wurde in Wahrheit nie ausgeführt.

Dennoch konnte und sollte sie später als „Spionage“ ausgelegt werden.⁵⁹ Durch gezielt eingeforderte Unterschriften Hennigs wurde die formaljuristische Korrektheit zum Abschluss des Ermittlungsverfahrens gewahrt.⁶⁰

5. Anklage und Gerichtsverhandlung

Die Anklageerhebung⁶¹ wird auf den 24. August 1950 datiert. Dort wurde das erwähnte Geständnis mit den einhergehenden „Vergehen“ gegen ihn verwendet. Allerdings wurde nebenher die Verbindung zur Kampfgruppe gegen die Unmenschlichkeit behauptet, wofür es in den Verhörprotokollen zu Horst Hennig keine Belege gibt. Es ist an dieser Stelle unklar, was Hennigs Kommilitonen aussagten. Horst Hennig wurde der Verbrechen gemäß Artikel 58-6, 58-10 und 58-11 des Strafgesetzbuches der RSFSR angeklagt. Die unklaren Formulierungen in den einzelnen Absätzen des Artikels und die damit verbundenen Auslegungsmöglichkeiten machten diesen Artikel zu einem geeigneten Instrument bei der Verfolgung politisch Andersdenkender. Aufgrund der nun formell erhobenen erneuten Anklage kam es am 18. und 19. September 1950 zum zweiten Prozess gegen die hallesche Gruppe.⁶² Hennig gab zu, sich über die mangelnde Meinungsfreiheit in Bezug auf die Studentenratswahl geäußert zu haben. Erst während der Untersuchung habe er erfahren, dass es Kontakte zum RIAS und zur „Kampfgruppe gegen die Unmenschlichkeit“ gegeben haben soll. Hennig habe Eckert die Leitung der Versammlungen zugeschrieben, obwohl er anfangs behauptete, dass es keine höher gestellte Leitung in der Gruppe gegeben habe. Abschließend habe Hennig eingeräumt, dass die Organisation das Ziel besessen habe, Angaben über die politische Lage und die Personen, die mit den sowjetischen Besatzungstruppen zusammenarbeiteten, zu sammeln. Diesen Umstand habe Hennig bereits in den letzten Verhörprotokollen zu gegeben. Im Schlusswort habe Hennig seinen Willen betont, sich zu bessern und um ein mildes Urteil gebeten. Das Urteil⁶³ ergab folgendes: Horst Hennig wurde im Sinne der Artikel 58-6, 58-10 und 58-11 des RSFSR für schuldig befunden. Das endgültige Strafmaß ergab 25 Jahre Besserungs-Arbeitslager.

Bezüglich dieses Urteils äußerte sich Horst Hennig wie folgt: *„Dreimal 25 Jahre Zwangsarbeit, also eine Verurteilung vor einem russischen Militärtribunal, die Vorsitzenden waren in russischer Uniform. Das waren Offiziere, kein Rechtsanwalt, keine Verteidigung, hinterher nur, nehmen Sie bitte das Urteil zur Kenntnis, da unterschreiben. 25 Jahre wegen Spionage, 25 Jahre wegen illegaler Organisation, 25 Jahre für anti-*

*sowjetische Propaganda, 5 Jahre wegen Lügens, macht insgesamt 80 Jahre. Die große Sowjetunion kommt Ihnen entgegen, Strafzusammenzug 25 Jahre.*⁶⁴

Diese Äußerung Horst Hennigs in Bezug auf das Urteil und seine angeblich während der Verhandlung getätigten Aussagen zu werten, ist insoweit schwierig, als dass nicht in Erfahrung gebracht werden kann, ob und wie er sich in der Gerichtsverhandlung überhaupt äußern durfte. Demnach besteht die Möglichkeit, dass selbst die Aussagen aus der Gerichtsverhandlung gefälscht sein könnten. Bei einem tatsächlichen Geständnis darf die allgegenwärtige Lebensbedrohung nicht in Vergessenheit geraten.

Horst Hennig bewertete das Ende des seit seiner Festnahme erduldeten Leidenswegs in der Untersuchungshaft als ein konsequent unfassbares Urteil, was ohne rechtlichen Beistand, geheim und unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefällt wurde.⁶⁵ Nach der zweiten Verurteilung ging es mit einem Transport in das Lager Workuta in der Sowjetunion.⁶⁶ Dort musste er bis zu seiner Rückkehr nach Deutschland im Dezember 1955 unter härtesten Bedingungen Zwangsarbeit leisten.

6. Die Rehabilitierung

Für alle im Zusammenhang mit der Kriegs- und Nachkriegszeit Verurteilten, also auch für die deutschen Betroffenen, ermöglichte das Gesetz der Russischen Föderation „Über die Rehabilitierung der Opfer politischer Repression“ vom 18. Oktober 1991 eine strafrechtliche Rehabilitierung.⁶⁷ Die Studentengruppe um Horst Hennig wurde offiziell am 15. Oktober 1992 rehabilitiert. In dem hierzu ergangenen Beschluss ist Folgendes nachzulesen: Die Studentengruppe habe keine Spionage betrieben. In den Akten fänden sich keine Hinweise darauf, dass sie gegen die Sowjetunion oder deren Bürger Verbrechen begangen hätten. „Deshalb sind sie vom sowjetischen Gericht ohne Grund, nur aus politischen Motiven heraus verurteilt worden.“⁶⁸ Damit erkannte Russland das Widerrechtliche der damaligen Rechtspraxis und der Repression gegen die aus politischen Gründen Verfolgten an.

7. Fazit

Am Beispiel der der Autorin in Kopie zur Verfügung gestellten Untersuchungsakte zu Horst Hennig aus dem Archiv des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB wird deutlich, dass die überlieferten Verhörprotokolle den Anschein einer rechtsstaatlichen Grundlage zur Anklageerhebung und zur Verurteilung erzeugen. Diese Wirkung wird

dadurch erzielt, dass der Inhaftierte Horst Hennig im Verlauf seiner Untersuchungshaft angeblich die Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation, antisowjetische und anti-demokratische Agitation und das Ziel, Personen festzustellen, die in Verbindung mit der sowjetischen Besatzungsmacht standen, zugegeben hatte. Die Betrachtung der unabhängigen Aussagen von Horst Hennig und die hinzukommende Bestätigung anderer Zeitzeugen über die damaligen Haft- und Verhörbedingungen lassen jedoch den Schluss zu, dass den Geheimdienst-Akten im Sinne der Wahrheitsfindung nur ein sehr geringer Wert beizumessen ist. Zur Wahrheitsfindung hätten die Verfahren auch nicht gedient, so Hennig.⁶⁹

Horst Hennigs Schicksal ist eines von denen, die als Bindeglied zwischen dem Forschungsstand zum „Roten Ochsen“ und dem historischen Ort fungieren. Bezogen auf die gesamte sowjetische Besatzungszone gehört Horst Hennig zu den 72 % der von den sowjetischen Sicherheitsapparaten verhafteten Zivilisten, die aus rein politischen Motiven verfolgt wurden.⁷⁰ Darüber hinaus kann Horst Hennig als Zeuge und Beispiel für die Opfer des GULag-Systems in der Sowjetunion gelten.⁷¹ Er selbst hatte sich bis zu seinem Tod der Aufarbeitung der sowjetischen Besatzungsherrschaft und der Aufklärung des Schicksals der damals aus politischen Gründen Verhafteten verschrieben. Horst Hennig strebte nach Würdigung und Gerechtigkeit für alle Opfer.

Anmerkungen

- 1 Hennig, Horst: Folter in politischer Haft 1946–1956 – Sprachlosigkeit führt zu Missverständnissen, in: Sammlung Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale): Zwischen Bautzen und Workuta – Häftlinge unter totalitärer Gewaltherrschaft, Manuskript, o.O. 2004, S.14f.
- 2 Gebräuchlich für NKVD = Narodnyj Kommissariat Vnutrennych Del' (= Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten).
- 3 Ministerstvo Gosudarstvenoj Bezopasnosti (= Ministerium für Staatssicherheit).
- 4 Vgl. Bohse, Daniel: SMT-Forschung und Gedenkstättenarbeit am regionalen Beispiel: Der „Rote Ochse“ Halle (Saale) als NKWD/MGB-Gefängnis und Sitz sowjetischer Militärtribunale, in: Bohse, Daniel / Miede, Lutz (Hrsg.): Sowjetische Militärjustiz in der SBZ/DDR (1945–1955): Tagungsband, Halle 2007, S. 93.
- 5 Die Forschungsarbeit unter dem Titel „Zwischen Widerstand und willkürlicher Repression – Horst Hennigs Schicksal als regionales Beispiel politischer Verfolgung in der SBZ“ von Sarah Tober aus dem Jahr 2019 ist in der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) einsehbar.

- 6 Vgl. Müller, Klaus-Dieter / Osterloh, Jörg: Die Andere DDR. Eine studentische Widerstandsgruppe und ihr Schicksal im Spiegel persönlicher Erinnerungen und sowjetischer NKWD-Dokumente, Dresden 1995, S.11.
- 7 Vgl. Hilger, Andreas / Schmeitzner, Mike / Schmidt, Ute: Widerstand und Willkür. Studien zur sowjetischen Strafverfolgung parteiloser Zivilisten in der SBZ/DDR 1945–1955, in: Hilger, Andreas / Schmeitzner, Mike / Schmidt, Ute (Hrsg.): Sowjetische Militärtribunale Band 2. Die Verurteilung deutscher Zivilisten 1945–1955, Köln, Weimar, Wien 2003, S. 235.
- 8 Vgl. Müller, Klaus-Dieter: Zwischen Hippokrates und Lenin. Gespräche mit ost- und westdeutschen Ärzten über ihre Zeit in der SBZ und DDR, Köln 1994, S. 43.
- 9 Vgl. Müller / Osterloh: Die Andere DDR (wie Anm. 6), S. 26.
- 10 Müller: Hippokrates (wie Anm. 8), S. 45.
- 11 Ebenda, S.45; Ein Verständnis von Demokratie bildete sich Hennig zum Beispiel in seiner Kriegsgefangenschaft in England. Vgl. Müller / Osterloh: Die Andere DDR (wie Anm. 6), S. 22f.
- 12 Nach ihrem kulturellen und geistigen Rechtsempfinden war die Universität in der deutschen Geschichte immer eine Einrichtung, die sich selbst verwaltete, so Horst Hennig. Vgl. Müller: Hippokrates (wie Anm. 8), S. 45.
- 13 Ebenda.
- 14 Komitet Gosudarstvennoj Bezopasnosti (= Komitee für Staatssicherheit).
- 15 Müller: Hippokrates (wie Anm. 8), S. 45.
- 16 Vgl. ebenda, S. 35.
- 17 Durch die situationsgebundenen Umstände ist es notwendig, neben dem eigentlichen Akt der Festnahme / Verhaftung auch die ersten Verhör-Situationen in diesem Kapitel zu untersuchen, da sich die sowjetischen Akteure auf die „Ermittlungsergebnisse“ aus den Verhören als Verhaftungsgrundlage berufen.
- 18 Eine Ausnahme bildet die Verhaftung von Werner Eggert, der Mitglied der studentischen Widerstandsgruppe um Horst Hennig war. Er wurde demonstrativ in der Öffentlichkeit verhaftet. Vgl. Müller / Osterloh: Die Andere DDR (wie Anm. 6), S.31.
- 19 Freie Deutsche Jugend. Eigentlich überparteiische, jedoch von der SED gesteuerte, einzig zugelassene Jugendorganisation in der SBZ/DDR.
- 20 Vgl. Müller / Osterloh: Die Andere DDR (wie Anm. 6), S. 27.
- 21 Vgl. Müller: Hippokrates (wie Anm. 8), S. 46.
- 22 Vgl. Hennig, Horst: Die unzureichende medizinische Hilfe in Zuchthäusern der SBZ und des GULag – unter Verantwortung des MGB/MWD, in: Sammlung Gedenkstätte ROTER OCHSE: Manuskript: Zwischen Bautzen und Workuta – Häftlinge unter totalitärer Gewaltherrschaft, o.O. 2003, S. 24.
- 23 Vgl. Hennig: Folter in politischer Haft (wie Anm. 1), S. 12f.

- 24 Vgl. Dok. 1 in: Müller / Osterloh: Die Andere DDR (wie Anm. 6), S. 37–40.
- 25 Vgl. Müller: Hippokrates (wie Anm. 8), S. 48.
- 26 Vgl. Müller / Osterloh: Die Andere DDR (wie Anm. 6), S. 13.
- 27 Vgl. Ebenda, S. 38.
- 28 Vgl. Ebenda, S. 39.
- 29 Rundfunk im amerikanischen Sektor, in des Westsektoren Berlins betriebener Rundfunksender.
- 30 Vgl. Müller / Osterloh: Die Andere DDR (wie Anm. 6), S. 39.
- 31 Vgl. Dok. 2 in: Müller / Osterloh, Die Andere DDR (wie Anm. 6), S.40–41.
- 32 Vgl. Dok. 4 in: ebenda, S.40; 42–44.
- 33 Vgl. Müller / Osterloh: Die Andere DDR (wie Anm. 6), S. 15.
- 34 Vgl. ebenda, S. 16.
- 35 Vgl. ebenda, S. 36f.
- 36 Vgl. Dok. 2 in: Müller / Osterloh: Die Andere DDR (wie Anm. 6), S. 40–41. und Dok. 4 in: Ebenda, S. 42–44.
- 37 Vgl. ebenda, Dok.2.
- 38 Vgl. ebenda, Dok. 2 und Dok. 4.
- 39 Vgl. Müller / Osterloh: Die Andere DDR (wie Anm. 6), S. 47.
- 40 Unter schlechtem Essen war nicht nur wenig hartes Brot und Wassersuppe zu verstehen. Einmal habe Horst Hennig beim Hofgang einen Getreidesack gefunden, dessen Inhalt für die Häftlingsnahrung verwendet worden war. Auf dem Sack habe gestanden, dass der Inhalt nur als Tierfutter verwendet werden dürfe.
- 41 Vgl. Müller / Osterloh: Die Andere DDR (wie Anm. 6), S. 14.
- 42 Vgl. ebenda, S. 36.
- 43 Vgl. ebenda, S. 15.
- 44 Vgl. Hennig, Horst: Folter in politischer Haft (wie Anm. 1), S. 13.
- 45 Vgl. ebenda, S. 16.
- 46 Vgl. Müller / Osterloh: Die Andere DDR (wie Anm. 6), S. 14.
- 47 Glavnoje Upravlenije Lagerej (= Hauptverwaltung für Lager) – Synonym für das dem sowjetischen Innenministerium unterstehende System der Strafärbeitslager. Letztere befanden sich zumeist in entlegenen Gebieten der UdSSR, so im hohen Norden bei Workuta.
- 48 Vgl. Müller / Osterloh: Die Andere DDR (wie Anm. 6), S. 14.
- 49 Vgl. ebenda, S. 47.
- 50 Vgl. ebenda, S. 49–52.
- 51 Vgl. ebenda, S. 49.
- 52 Vgl. ebenda, S. 51.

- 53 Vgl. ebenda, S. 52–54.
- 54 Vgl. ebenda, S. 53.
- 55 Zur Erinnerung: Horst Hennig bestätigt im Nachhinein die Anwesenheit eines Dolmetschers nur während der Gerichtsverhandlung.
- 56 Vgl. Müller / Osterloh: Die Andere DDR (wie Anm. 6), S. 54f.
- 57 Vgl. Ebenda, S. 58; Müller: Hippokrates (wie Anm. 8), S. 36.
- 58 Vgl. Müller / Osterloh: Die Andere DDR (wie Anm. 6), S. 58–59.
- 59 Vgl. ebenda, S. 58.
- 60 Vgl. ebenda, S. 59f.
- 61 Vgl. ebenda, S. 63–67.
- 62 Vgl. Dok. 15 in: Müller / Osterloh: Die Andere DDR (wie Anm. 6), S. 69–75.
- 63 Vgl. Dok. 16 in: ebenda, S. 75–77.
- 64 Zitiert nach: Müller: Hippokrates (wie Anm. 8), S. 48.
- 65 Vgl. Hennig: Folter in politischer Haft (wie Anm. 1), S. 13.
- 66 Vgl. Müller: Hippokrates (wie Anm. 8), S. 49. Zu den Aussagen über die Deportation und das Arbeitslager vgl. ebenda, S. 49–53, zur Entlassung Horst Hennigs vgl. ebenda, S. 53–55.
- 67 Vgl. Müller / Osterloh: Die Andere DDR (wie Anm. 6), S. 104f.
- 68 Müller / Osterloh: Die Andere DDR (wie Anm. 6), S.107.; Vgl. Dok.15 in: ebenda, S.105–107.
- 69 Vgl. ebenda, S. 13.
- 70 Vgl. Schmeitzner, Mike: SMT in der SBZ und frühen DDR: Forschungsüberblick und Forschungsperspektiven, in: Bohse, Daniel / Miehe, Lutz (Hrsg.): Sowjetische Militärjustiz in der SBZ/DDR (1945–1955): Tagungsband, Halle 2007, S. 19f.
- 71 Die ausführlichere Betrachtung seiner Deportation und seiner Gefangenschaft im Zwangsarbeitslager in Workuta stehen als persönlicher Ausblick noch aus.

Bespitzelung, Inhaftierung, Zersetzung: Interview mit dem Zeitzeugen Helmut Schmidt 70 Jahre nach dem Verbot der Zeugen Jehovas in der DDR

André Gursky

Bis zum Ende der DDR hatte bei der sogenannten Linie Kirchenfragen der Abteilung XX der Bezirksverwaltung (BV) Halle des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) die operative Bearbeitung der Religionsgemeinschaft Zeugen der Jehovas (ZJ) den Status eines „zentralen Planungsvorhaben“ inne. Ausgewertete Ereignisse des Jahres 1989 sollten genutzt werden, um auf konspirativer Grundlage „die Planorientierung für das Jahr 1990 zu den gestellten Schwerpunkten bei der Bearbeitung der verbotenen Organisation ‚Zeugen Jehovas‘ zu gestalten.¹ Immerhin gehörte noch am Vorabend des Dezember-Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) im Jahre 1989 neben den Zentralen operativen Vorgängen (ZOV) „Konflikt“ (überregionale Umweltkreise), „Symbol“ (überregionale Friedenskreise) und „Container“ (Ostmissionen) insbesondere der die Zeugen Jehovas betreffende ZOV „Sumpf“ zu den ausdrücklich genannten Schwerpunkten der operativen Arbeit.

Verboten wurde die Religionsgemeinschaft der Zeugen Jehovas im sowjetisch beeinflussten Teil Deutschlands bereits ein Jahr nach Gründung des ersten Arbeiter- und Bauernstaates. Über vierzig Jahre lang waren die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sich selbst als „Ernste Bibelforscher“² verstehenden Zeugen Jehovas einer immensen, sich mehr und mehr perfektionierenden Herrschaftstechnik in der DDR ausgesetzt. Ihre Vorstellungen von „Gott und der Welt“ widersprachen in allen Belangen der nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges dort mit Nachdruck verbreiteten stalinistischen Gesellschaftslehre. Dies jedoch war keine Besonderheit, die sich aus der offensichtlichen Konfrontation der Wachturmgesellschaft (WTG) der Zeugen Jehovas insbesondere mit den gesellschaftspolitischen Zielen der SED ergab. Auch die Sicht auf eine Reduzierung des Konflikts zwischen Besatzungsmacht und den in Machtpositionen drängenden kommunistischen Führungskader³ einerseits und der deutschlandweit operierenden Religionsgemeinschaft andererseits greift hier zu kurz. Dieser Konflikt entfaltete sich bereits während der sowjetischen Besetzung der so genannten „Ostzone“ schleichend aber spürbar wegen des angestrebten Diktaturprinzips nach sowjetischem Vorbild.

Sowohl die Sanktionen und Vorgehensweisen der Nationalsozialisten⁴ als auch die zersetzenden Maßnahmen des SED-Staates gegen die Zeugen Jehovas waren letztlich der politisierte Ausdruck einer offensichtlichen Konfrontation im Weltanschauungsdenken, die aus Sicht der jeweils diktatorischen Systeme deren staatliche Grundfesten zu erschüttern drohte. Das biblisch geprägte Menschenbild orientierte die Zeugen Jehovas darauf, keiner individuellen Selbstanmaßung im irdischen Dasein zu erliegen oder gar für ihre Anhänger eine Aufgabe darin zu sehen, mit Einsatz aller Kräfte vielerorts auf eine Verbesserung der Welt hinzuwirken. Gemäß dem biblischen Satz – „Mein Reich ist nicht von dieser Welt“ – erblickten die Zeugen Jehovas im Weltgeschehen den sich vollziehenden Kampf zwischen Gott und Teufel. In der Abwehr des teuflischen Reiches sah die von Charles Taze Russell nach 1874 beförderte christliche Endzeitgemeinde zunehmend ihre Aufgabe darin, gerade in Abkehr von der alten Welt und „den sie tragenden Mächten (Politik, Kapital und Kirche) die Zeugen Jehovas in dieser Welt auf das bevorstehende und sich ankündigende Reich Gottes⁵ vorzubereiten. Hierzu berechneten die führenden Köpfe der WTG unermüdlich den Zeitpunkt des Beginns der so genannten apokalyptischen Endschlacht von Harmagedon, dem Weltende und dem Beginn der paradiesischen Zustände. Diese Endschlacht beinhaltet aber in der Konsequenz auch, die Erde von allem Bösen zu reinigen. Das menschlich Böse wiederum verbanden die Zeugen Jehovas mit all dem, was jenseits der Religionsgemeinschaft die menschliche Existenz an sich ausmachte – eben auch das Streben nach Weltverbesserung durch demokratisch legitimierte Regierungsformen und damit einhergehende politische Verantwortung.

Zum Selbstverständnis der ZJ gehörte es von Anfang an, nicht politisch zu sein. In Diktaturen führte eine solche nonkonforme Haltung dazu, durch Verweigerung Handlungsräume für die Umsetzung des eigenen Glaubens zu schaffen. Weniger kam es den ZJ darauf an, inwieweit das politische System gesellschaftsgestaltend wirkte. Vielmehr stand die Frage zur Disposition, einzelne Glieder dieser Gesellschaft, die ja das Böse verkörpern, im Sinne der WTG für die paradiesischen Zustände zu retten. Hiervon ausgehend entwickelten sich in diktatorischen Systemen, wie Detlef Garbe hervorhebt, Verweigerungsmethoden, die „große Ähnlichkeiten zu dem von politischen Regimegegnern geführten Widerstandskampf aufzeigen, allerdings mit dem einschränkenden Vermerk, selbst doch keine ‚Widerstandskämpfer‘ gewesen zu sein, denn ihr Einsatz zielte [gerade] nicht auf die Veränderung der politischen Ordnung [...]“, so Garbe.⁶

Das Verbot der unbequemen Religionsgemeinschaft in der DDR blieb bis zu deren Untergang bestehen. Allerdings veränderte sich im Laufe der Jahrzehnte der staatliche und auch geheimdienstliche Umgang mit den ZJ – trotz des offiziellen Verbots. Zahlreiche Aktivitäten der einzelnen Gläubigen blieben den staatlichen Organen bei Weitem nicht unbekannt. Die ZJ mussten schließlich das erdulden, was der Staatssicherheitsdienst „Zersetzung feindlich-negativer Elemente“ nannte. Und auch hier gelang das Kunststück, durch eine perfektionierte Strategie einzelne Differenzierungs- und Auflösungserscheinungen *innerhalb* der Gläubigen zu bewirken. Gemessen am Gesamtaufwand des über die staatlichen Grenzen hinaus operierenden DDR-Geheimdienstes und dessen operativem Zusammenwirken mit den Bruderdiensten gegen die Zeugen Jehovas ein erbärmlicher Erfolg. Dieser sollte auf der Tragik und dem Leid zahlreicher Menschen gewaltsam ausgebaut werden, nicht zuletzt durch deren Isolierung aus der „sozialistischen Menschengemeinschaft“ und durch die oft jahrelange, nicht selten sogar wiederholte Inhaftierung in DDR-Zuchthäusern.

Helmut Schmidt (* 30. 12. 1930, † 20. 06. 2020) war bereits vor dem Verbot der Zeugen Jehovas in der DDR im Verkündigungsdienst der WTG in Halle (Saale) aktiv. Im nachfolgenden Interview blickt er auf sein Leben als Zeuge Jehovas in der SED-Diktatur zurück (die Akten über Helmut Schmidt beim MfS erstrecken sich nahezu über den gesamten Zeitraum des Bestehens der DDR seit Ende der 40er Jahre bis zum Herbst 1989).

**„Ich verspürte die unmenschliche Seite der SED-Diktatur in der DDR:
Zerstörung der Persönlichkeit an Leib und Seele“.**

**Helmut Schmidt im Interview gegenüber Dr. André Gursky
am 5. August 2019 in Halle (Saale)**

André Gursky (A.G.): Das Jahr 2020 ist für Sie, Herr Schmidt, in mehrfacher Hinsicht ein sehr bedeutsames Jahr: nämlich ein Jubiläumsjahr und ein Jahr der Erinnerung und Besinnung, vielleicht aber auch ein Jahr der Dankbarkeit und der Demut?

Helmut Schmidt (H.S.): Das 90. Lebensjahr zu erreichen ist ganz sicher auch in der heutigen medizinisch fortgeschrittenen Zeit so selbstverständlich nicht. Und in der Tat

bin ich sehr dankbar vor allem dafür, so viele Jahre gemeinsam mit meiner Ehefrau, die leider 2017 verstarb, hier auf dieser Welt in engster Verbundenheit gelebt zu haben. Es waren 65 glückliche Ehejahre, ja – und das möchte ich herausheben, natürlich auch mit unseren Kindern. Als Familie erlebten wir die ungeheuerlichen Schattenseiten eines Machtapparates, der nach Überwindung der Hitlerdiktatur eine wahrhaft menschliche Gemeinschaft aufzubauen sich vornahm und dieses auch zumindest verkündete – allerdings eine trügerische Verkündigung voller Hass, Lüge und Terror.

A.G.: Aus Ihren Worten entnehme ich eine gewisse Verbitterung. Entspringt diese aus der Erinnerung an ein für Sie und Ihre Familie nicht gerade einfaches Leben in der Diktatur der Arbeiter und Bauern, einer Gesellschaft, in der die Verwirklichung der Würde des Menschen Priorität erlangen sollte?

H.S.: Ist denn eine Inhaftierung, der Freiheitsentzug und eine über Jahre sich erstreckende Ohnmacht über das, was uns – damit meine ich mich und meine Glaubensschwestern und Brüder – ganz offensichtlich angetan wurde, nicht allein schon Grund, ein gewisses Gefühl von Verbitterung zu haben? Zugleich aber tritt Verbitterung zurück und demütig blicken wir auf Gottes Größe, also auf das, wofür wir ein Leben lang einstehen, beten und dass unser Denken und Handeln bestimmt: nämlich Gott-Jehova. Sehen Sie, als Zeuge Jehovas waren wir – ich, meine Familie und, das sollte man doppelt unterstreichen, nahezu alle Glaubensschwestern und Brüder in der DDR – einem Verfolgungswahn der Herrschenden ausgesetzt. Ein Wahn, der sehr schnell in handfeste Tötlichkeiten überging, der die Existenz und Wirksamkeit unserer Menschenwürde einschränken, ja verhindern sollte. Denn auf nichts anderes zielte das Verbot unserer Religionsgemeinschaft im Jahre 1950 und meine Inhaftierung zehn Jahre später 1960 war eine spürbare Konsequenz aus eben dieser politisch motivierten Verfolgung. Unser Glaube wurde politisch nicht geduldet, Religionsfreiheit für Zeugen Jehovas in der DDR schließlich verboten und sogar strafrechtlich sanktioniert. Wie bereits in der Hitlerdiktatur wurde Zeugen Jehovas für das Festhalten an ihrem Glauben, ihrer Würde, ihrer Freiheit und mitunter ihres Lebens beraubt. Die Würde des Menschen, Sie erwähnten diese Formulierung, bezog das SED-Regime in der DDR eben nicht auf den Menschen schlechthin, sondern auf den sozialistischen Menschen. Zeugen Jehovas standen da außen vor und passten nicht in das Bild der sozialistischen Menschengemeinschaft,

einmal abgesehen davon, dass sehr wohl ihre pure Arbeitskraft überaus gefragt war. Das konnte ich in meinem Falle sehr deutlich nachvollziehen.

A.G.: Sie arbeiteten in der Nachkriegszeit nach einer erfolgreichen Ausbildung als kaufmännischer Angestellter bei der Einkaufs- und Liefergenossenschaft des Holzverarbeitenden Handwerks Halle-Saalkreis. Was hatte diese Tätigkeit mit Ihrem Glauben zu tun?

H.S.: Meine Tätigkeit als solche, die mich tatsächlich sehr erfüllte, also meine Arbeit, in der ich durchaus auch gerne beschäftigt war, hatte mit meinem Glauben zunächst einmal nichts zu tun. Natürlich machte ich aus meinem Glauben keinen Hehl oder verleugnete diesen auch nicht. Es war unter den Kollegen durchaus bekannt: Helmut Schmidt ist Zeuge Jehovas. Ich erhielt beste Arbeitszeugnisse und als Werkträger, wenn ich das mal so formulieren darf, war ich durchaus ein angenehmer, fleißiger und fachlich orientierter Mitarbeiter im Arbeitsbereich. Kollegen und Kolleginnen wussten vor allem meine Zuverlässigkeit und Hilfsbereitschaft sehr zu schätzen. Dennoch, mein Glaube und jede religiöse Betätigung waren in der DDR seit 1950 verboten und religiöse Verlautbarungen, ob im Arbeitsbereich oder woanders, standen nicht nur unter Generalverdacht, sie wurden geheimdienstlich „bearbeitet“, wie es die Stasi-Offiziere auf den Punkt brachten. Und das führte etwa zehn Jahre nach dem Verbot der Zeugen Jehovas in der DDR zu meiner Verhaftung im Jahre 1960. Sie sehen – lauter runde Erinnerungsjahre! Was ich Ihnen vielmehr sagen möchte: Bei allem Unglück führte mich die berufliche Tätigkeit bereits vorzeitig zurück in ein zumindest haftfreies, wenn auch nicht ohne Verfolgung und Repressionen verlaufendes Leben. Eine vorzeitige Haftentlassung für Zeugen Jehovas war nahezu undenkbar. Es sei denn, man kooperierte mit dem Staatssicherheitsdienst. Wie ich später erfahren konnte war, meine Haftentlassung nach zwei Jahren mit genau meiner bisherigen beruflichen Tätigkeit verbunden. Ein Freund meines damaligen Arbeitschefs arbeitete nämlich für die Stasi. Er drängte über Monate, schließlich mit Erfolg auf meine vorfristige Begnadigung, auf eine Strafaussetzung, um mich in den nach meiner Inhaftierung für ihn offenbar recht ungünstigen betrieblichen Arbeitsablauf zurückzubekommen. Und ich tat, wenn Sie so wollen, ein Übriges und zeigte Einsicht in das „Verwerfliche“ meiner bisherigen religiösen Tätigkeit. Die Stasi formulierte das auf eine doch recht eigene Art und Weise, schaut man in



In der MfS-Untersuchungshaftanstalt Halle („Roter Ochse“) angefertigte „Täterlichtbilder“, 1960

den „Antrag auf befristete Strafaussetzung“ vom 18.6.1962. Der entscheidende Tenor allerdings: Meine Arbeitskraft werde im Betrieb dringend benötigt.

A.G.: Das ist schon bemerkenswert, durch das Drängen eines Geheimdienstmitarbeiters vorzeitig aus der Haft zu gelangen. Sicher war der Geheimdienst nicht um alle Zeugen Jehovas so bemüht ...

H.S.: Na das würde ich so nicht beschreiben. Meine Arbeitskraft war von Interesse, meine Person – zumal als Zeuge Jehovas – keineswegs! Da gibt es auch ganz andere Vorgänge.

A.G.: ... die da wären?

H.S.: Unmittelbar vor meiner Entlassung zum Beispiel. Ich erinnere mich an einen recht jungen Mann so um die 25, Zeuge Jehovas. Der erlitt in der Zelle einen vielfach hörbaren Zusammenbruch. Ich meine, sein Schreien war laut zu hören – nicht etwa, dass er verrückt wurde. Er hatte eine Krankheit und die führte zu körperlichen Anfällen, vielleicht Epilepsie, das kann ich nicht so genau sagen. Auf jeden Fall aber kam keine Hilfe. Das Schreien wur-

de schwächer und verstummte. Wenige Zeit später lag der junge Mann tot in der Zelle. Wir bemerkten, dass das der Stasi überhaupt nicht recht war. Der Sterbefall sollte offenkundig vertuscht werden. Auf der späteren Trauerfeier auf dem Friedhof, an der ich nach meiner gerade erst erfolgten Entlassung teilnahm, versammelten sich hunderte Glaubensschwestern und Brüder. Alles wurde vom Geheimdienst überwacht und teilnehmende Personen an der Trauerfeier, das war offensichtlich, fotografiert und notiert. Ich kann Ihnen sagen, die Stasi roch man mitunter sprichwörtlich zehn Meter gegen den Wind.

A.G.: In Ihrer Stasi-Akte, Herr Schmidt, finden sich bereits Bezüge auf die Zeit vor der Verhaftung und die Akte wurde auch nach der vorfristigen Entlassung nicht geschlossen. War Ihnen das in den damaligen Jahren bekannt, ahnten Sie es?

H.S.: Uns war das sehr wohl bewusst und damit meine ich sowohl meine Familie als auch andere Glaubensschwestern und Brüder. Allerdings blieben die Dimensionen der zersetzenden Tätigkeit des SED-Geheimdienstes bis in die tiefsten Abgründe sozialen Verhaltens hinein natürlich verborgen. Das MfS suggerierte mir, ich solle mich von meiner Frau lossagen, sie gehe fremd. Man arbeitete mit Halbwahrheiten, Lügen, Unterstellungen und Verleumdungen, um Misstrauen zu säen, die Menschen gerade auch in Haft zu verunsichern. Unsere Wohnung wurde für das illegale Abhören auf den Kopf gestellt und in unserer Abwesenheit entsprechend aufbereitet. Die Geheimpolizei hörte denn auch mit. Und ich spreche hier nicht von Gesetzesverstößen aus der frühen Anfangszeit der DDR, sondern aus einer Zeit, in der Honecker bereits seine Unterschrift unter die Menschenrechtserklärungen Mitte der 70er Jahre in Helsinki gesetzt hatte. Es gab quasi eine nahezu komplette Überwachungsstrategie gegen mich und andere bis in die 80er Jahre hinein ...

A.G.: Wenn ich Sie unterbrechen darf, Ihre Akte endet in der Tat Mitte der 1980er Jahre. Es gab ein erneutes Ermittlungsverfahren gegen Sie, diesmal nicht durch die Staatsicherheit, sondern durch die Staatsanwaltschaft Halle in Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspolizei. War der Staatssicherheitsdienst etwa nicht mehr zuständig?

H.S.: Keineswegs, die Stasi ließ sich doch nicht die Feder aus der Hand nehmen. Hier wurden offenbar intern geregelte Kompetenzen durch Polizei und Staatsanwaltschaft

überschritten. Und die Stasi in Halle wies sie in die Schranken. Aber auch das machte sie nicht von sich aus, sondern auf politische Anweisung von ganz oben.

A.G.: Ganz oben? Die Zentrale des Geheimdienstes in Berlin?

H.S.: Klar, die dort zuständigen Dienstvorgesetzten in der Geheimdiensthierarchie reagierten prompt. Aber „ganz oben“ meint noch etwas völlig anderes und weist über den Geheimdienst hinaus, nämlich das SED-Politbüro, auf die eigentlichen Ursprünge der Macht in der DDR.

Die Stasi war zwar allmächtig, aber sie handelte immer im politischen Auftrag der SED. Das wird heute gern schon mal vergessen bei aller Vergangenheitsaufarbeitung. Wir Zeugen Jehovas blieben weiterhin unter Stasi-Beobachtung und -Kontrolle, viele inoffizielle Zuträger und Informanten berichteten den Geheimdienstoffizieren über Abläufe aus unserem Leben ...

A.G.: ... dem Leben hochkarätiger „Agenten einer westlich gesteuerten Spionageorganisation“? War da nicht so etwas?

H.S.: Sie formulieren das mit einem Anschein gewisser Lächerlichkeit; allein, es war ja auch lächerlich. Schaut man heute in die so genannten Operativpläne zum Beispiel gegen mich, war es für den Geheimdienst vordergründig, mich zu „zersetzen“, wie es hieß, jedoch nicht als „Spion des Imperialismus“ zu überführen. Und ich denke, die geheimen Ermittler wussten das schon sehr genau, dass sie in uns Zeugen Jehovas keine Spione vor sich hatten. Im Ergebnis solcher aufwändigen Ermittlungen klopfen sie sich gegenseitig auf die Schulter, wenn sie meinten, der Einfluss einzelner Glaubensschwestern oder -brüder auf andere Menschen sei nicht mehr so stark wie vor den Zersetzungsmaßnahmen oder unsere religiösen Aktivitäten seien eingedämmt worden. Ich betone religiöse Aktivitäten, wir sollten im Glauben an Jehova verunsichert werden und die Stasi berichtete überaus erfreut, wenn keine Bibelkreise festgestellt oder regelmäßig bislang stattgefundene Zusammenkünfte nicht mehr beobachtet wurden. Noch größer war ihre Freude, wenn die Androhung von Ordnungswidrigkeiten vermeintlich fruchtete, also die Androhung, eine Ordnungsstrafe bei Verbreitung unserer Literatur zu erhalten. Ich selbst habe eine solche „Belehrung“ unterschrieben. Das klingt vielleicht

wie ein „Katz- und Maus-Spiel“, das war es denn aber doch nicht. Natürlich schwebte über jeden von uns das strafrechtliche Damoklesschwert augenscheinlich bei aller in der Verfassung der DDR garantierten Religionsfreiheit. Die Verfolgung von Zeugen Jehovas in der DDR sollte freilich über Jahrzehnte andauern, verboten wurden wir unmittelbar nach der Staatsgründung 1950.

A.G.: Kommen wir nochmals auf die Jahre nach und vor dem Verbot zurück und auf die Zeit Ihrer Verhaftung vor sechzig Jahren. Sie wurden doch im Stadtbad von Halle getauft, wie kann man sich das vorstellen einfach so im öffentlichen Bereich?

H.S.: Daran erinnere ich mich noch sehr gut. Das war 1949, also noch vor dem Verbot. Im Stadtbad hatten wir damals den Teil angemietet, der als Frauenschwimmbad genutzt wurde. Es verlief alles ohne Probleme, das war zumindest zu diesem Zeitpunkt so. Ich war auch nicht der Einzige zur Taufe. Wenige Zeit später schon sahen die Dinge dann völlig anders aus. Schon im Vorfeld des Verbots forderten Kommunisten, ja – Kommunisten, uns nicht als Verfolgte des Naziregimes in der DDR anzuerkennen. Ist das nicht ungeheuerlich? Glaubensschwestern und -brüder, die die KZ und Zuchthäuser der braunen Diktatur überlebt hatten, sollten wenige Jahre nach Kriegsende – ja, das war bereits in der sowjetischen Besatzungszone – keine Entschädigungsleistungen bekommen. Und das waren nicht mal die Sowjets, die das forderten, sondern sogar zum Teil Mithäftlinge aus der Zeit vor 1945, die jedoch als Kommunisten von den Nazis eingesperrt worden waren.

A.G.: Und das war der Grund für eine Nichtanerkennung des Status als Opfer des Faschismus (OdF) für Zeugen Jehovas nach 1945?

H.S.: Nein, nicht unbedingt sofort, aber in der Zeit vor dem Verbot, also unmittelbar vor 1950, häuften sich derartige Forderungen, soziale Leistungen oder Vergünstigungen auf dieser Grundlage für Zeugen Jehovas abzuerkennen oder eben nicht anzuerkennen. Aber es war nicht der ausschlaggebende Grund. Der OdF-Status wurde kurzerhand davon abhängig gemacht, wie man als NS-Verfolgter die neue Staatsmacht, die sich antifaschistisch gab, unterstützte. Wir waren in den Augen der SED und der Stasi „Handlanger des Imperialismus“ und damit zugleich des Faschismus – eine fatale

Konstruktion, die allen tatsächlichen Gegebenheiten natürlich auch damals widersprach. Zugegeben, wir waren aber auch alles andere als Freunde dieser neuen Diktatur, die sich schon längst wenige Jahre nach Kriegsende im Osten Deutschlands mit Hilfe der Sowjets etabliert hatte.

A.G.: Und das bekamen Zeugen Jehovas nun vehement zu spüren? Bis zur Verhaftung vergingen – in Ihrem Fall – dann doch noch einige Jahre.

H.S.: Das ist richtig, wenn die Stasi-Haft gemeint ist. Drangsaliert wurden wir durch „Zuführungen“, wie es hieß, aber schon über Jahre und das auch vor dem Verbot. Wir hatten damals, also 1949, in Reideburg einen Saal gemietet. Zunächst lief alles recht gut, doch plötzlich wurden wir aus dem Versammlungssaal unsanft und mit lauten Beschimpfungen nach draußen gedrängt. Die Polizei war vor Ort und einige unserer Glaubensschwestern und -brüder wurden abgeführt, die Zusammenkunft aufgelöst und verboten. Wohin sie gebracht wurden, ahnten wir. Und so machten sich hunderte Zeugen Jehovas von Reideburg nach Halle auf den Weg, um vor dem Polizeigebäude am Hallmarkt die Freilassung der Verhafteten zu fordern. Aus der Menge heraus wurden erneut Einige von uns verhaftet, darunter auch ich. Man warf mir „Hetze gegen den Staat“ vor und hielt mich über Nacht bis zum nächsten Tag dort fest.

A.G.: Verhaftet ja, kurzzeitig – aber keine justiziellen Konsequenzen?

H.S.: Am nächsten Tag war ich wieder draußen, aber es ist und bleibt genau genommen für diesen weggesperrten Zeitraum ein widerrechtlicher Freiheitsentzug.

A.G.: Etwa zehn Jahre später sollte ein solcher Freiheitsentzug auf gesetzlicher Grundlage nahezu zwei Jahre andauern.

H.S.: Eine „schöne“ gesetzliche Grundlage war das, wenn sich nicht mal die eigene Verteidigerin für einen einsetzt. Sie war sich nicht zu schade, die Vorhaltungen der Staatsanwaltschaft in allen Belangen zu bekräftigen. Da fielen ernstlich solche Worte wie „Kriegsbrandstifter“, „Missbrauch der religiösen Organisation zur Vorbereitung eines dritten Weltkrieges“. Das Gerichtsverfahren war eine reine Farce.

BSIU
000068

2

Regierung der
Deutschen Demokratischen Republik
Ministerium des Innern

Staatssekretariat für Staatssicherheit

Verwaltung/Bez.-Verwaltung Halle

Halle, den 17.5. 1960

Einlieferungsanzeige

I.

Am 17.5.1960 gegen 13,0 Uhr

wurde in Halle

Bezirk Halle

wegen 16 und 19 StEG

festgenommen:

Name: Schmidt (auch Deak- und Balkanname)

Vorname: Helmut (Balkanname unterzuschieben)

geboren am: 30.12.1930 in: Halle

Beruf und letzte Tätigkeit: kfm. Angestellter

Familienstand: verh.

Staatsangehörigkeit und Nationalität: DDR = Deutscher

Wohnung: Halle, Jägerplatz 7
(mit Jugendlichen auch Anschrift des Erziehungsberechtigten)

Name und Anschrift der nächsten Angehörigen: Ehefrau:

[REDACTED]



KOPIE BSIU

H. Schmidt
Name und Unterschrift des Einlieferenden

Vom MfS ausgestellte Einlieferungsanzeige für Helmut Schmidt für die Untersuchungshaftanstalt im „Roten Ochsen“ in Halle, 17. Mai 1960

I BS 144/60 I 153/60

Stichwort: Staatsverbrechen
staatsgef. Propaganda
u. Hetze
schwere Fälle
Verb. z. Verbrecheri. Org.
2. Zahlungsmittel
Aus- u. Einfuhr von

Urteil

In Namen des Volkes

In der Strafsache gegen

Das Urteil vom 29. August 1960
ist rechtskräftig seit dem 29. August 1960
Halle (S.), den 2. September 1960

den kaufm. Angestellten
Helmut Schmidt,
geboren am 30.12.1930 in Halle /S.,
wohnhaft in Halle /S., Jägerplatz 7,
seit dem 17.5.1960 in U.-Haft

Heilmann
BStU
000100

wegen Verbrechen gem. §§ 19, 16 StRG, § 9 WStVO

hat der I. Strafsenat des Bezirksgerichts Halle /Saale in seiner Sitzung vom 29. August 1960, an der teilgenommen haben:

- Richter am Bezirksgericht H o p p
als Vorsitzender
- techn. Angestellter Z a b e l
- Bürgermann K e t s n e r
als Beihöfien
- Staatsanwalt Frau H e g e r
als Vertreter des Staatsanwaltes des Bezirkes
- Justizangestellte [redacted]
als Protokoll-führerin

KOPIE BStU

für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen fortgesetzter schwerer staatsgefährdender Propaganda und Hetze in Tateinheit mit Verbindung zu verbrecherischen Organisationen und Ausfuhr von Zahlungsmitteln gem. §§ 19, Abs. 1 Ziff. 1 u. 2, Abs. 2 u. 3, 16 StRG, §§ 1 u. 12 der Anordnung über die Ein- und Ausfuhr von Zahlungsmitteln i. V. mit § 9 WStVO, § 73 StGB zu einer Zuchthausstrafe von vier Jahren verurteilt.

Erste Seite des vor dem Bezirksgericht Halle ergangenen Urteils gegen Helmut Schmidt, 29. August 1960.

A.G.: Herr Schmidt, wie viele politische Häftlinge wurden Sie in der DDR zur Ableistung schwerer körperlicher Arbeit eingeteilt? Wo waren Sie konkret eingesetzt?

H.S.: Die Arbeitsbedingen, aber auch die Haftbedingungen waren eine Katastrophe – ja, durch und durch unmenschlich. Nach meiner Verurteilung kam ich vom „Roten Ochsen“ nach Zempin/Ostsee in die Ziegelei und von dort nach Waldheim. Im „Roten Ochsen“ war ich mit weiteren zwei Gefangenen in einer kleinen Zelle untergebracht. Geschlafen – bloß davon konnte mitunter kaum die Rede sein – haben wir hintereinander auf einer Holzkiste, die fast den gesamten Zellenraum einnahm, darauf eine Rollmatratze und am Tag durfte man nur sitzen. Weil die Matratze nicht verrutschen sollte, war die Holzkiste vorn mit einer nach oben stehenden Holzleiste versehen. Bei kleineren Menschen, wie bei mir, schob sich diese Holzkante beim Sitzen immer von hinten in das Kniegelenk, das war schon nach kurzer Zeit sehr schmerzhaft. Zwei saßen auf der Holzkiste, unserem „Bett“, der Dritte durfte wenige Schritte vor uns hin und her laufen, und das dann abwechselnd. Nur bei den politischen Häftlingen hatte die Stasi anstelle der Fenster Glasbausteine in die Fensteröffnungen eingebaut, der Blick nach draußen war nahezu versperrt. Und nachts, beim Schlafen – drehte sich einer, musste man sich auch drehen, sonst funktionierte das nicht. Man spürte deutlich den Atem des Nachbarn oder hauchte die Zellenwand an, je nach Lage.

A.G.: Das ist ja eine überaus enge räumliche Zellsituation, und das auch noch für drei Gefangene. Zum Zeitpunkt Ihrer Untersuchungshaft gab es in Halle noch keine Wasser- oder Toilettenspülung ...

H.S.: ... aber den Kübel! Die Notdurft wurde darauf verrichtet, fast vis á vis vor den Anderen. Intimsphäre – was für ein Wort? Der Kübel stank den ganzen Tag lang, er wurde einmal abends entleert. Zum Waschen gab es für jeden eine Schüssel, natürlich kaltes Wasser, die Schüssel wurde in die Zelle gereicht. Vom Flur durften wir unsere Hygieneartikel holen, die Zahnbürste. Gespuckt wurde in die Schüssel. Pro Woche war einmal Duschen im Keller des Zellenhauses. Diese Zustände waren für männliche und weibliche Gefangene gleich, man mag gar nicht weiter darüber nachdenken, was die Frauen betrifft.

A.G.: Arbeiten mussten Sie im „Roten Ochsen“ aber nicht?

H.S.: Nein, das war dann in Zempin der Fall. Wir wurden im Bus dorthin transportiert. In der Ziegelei arbeiteten nur Gefangene. Zivilisten wollten dort nicht hin, höchstens als Aufsicht.

Gab es eine Amnestie für Kriminelle, mussten Politische dorthin. Vier Monate Strafarbeit an und in den Hochöfen (*richtig: Ringöfen – d.V.*) – eine Schinderei, körperlich eine Tortur, gesundheitlich schädigend und auch gefährlich. Wie schnell konnte man sich verbrennen oder sich sonst etwas zuziehen.

Sicherheit und Fürsorge für uns Gefangene gab es nicht. Ich fühlte mich wie ein Arbeitssklave und war froh, als diese Monate vorbei waren. Waldheim kam mir wie das Paradies vor – im Vergleich zu Zempin, aber auch zu Halle. Von dort, von Waldheim wurde ich dann auch vorzeitig entlassen. Die Haft war überstanden, aber Verfolgung und Zersetzung betrieb die Stasi noch über zwanzig Jahre lang. Hatte sie tatsächlich solche Angst vor uns Glaubensschwestern und -brüdern? Waren wir so gefährlich? Die Erinnerung daran, an Erniedrigung und Haft, an die Verfolgung unserer Glaubensschwestern und -brüder in der DDR war und ist mir natürlich Herzensanliegen, insbesondere seit dem Ende der Diktatur von SED und Stasi.

A.G.: Herr Schmidt, ich danke Ihnen für das Gespräch und die eindrücklichen Schilderungen mit Blick auf das Verbot der Zeugen Jehovas 1950 und auf Ihr eigenes Verfolgungs- und Haftschicksal.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), MfS BV Halle, Abt. XX, SA Nr. 2834, Bl. 173.
- 2 Im Mittelpunkt der christlichen Lehre steht die bevorstehende Wiederkehr Christi. Jegliches Handeln gegen den Sinn biblischer Verkündigung wird abgelehnt, vgl. Zentner, Christian / Bedürftig, Friedemann: Das große Lexikon des Dritten Reiches, Augsburg 1993, Eintrag: Ernste Bibelforscher, S. 158.
- 3 Zur Vorbereitung der „Gruppe Ulbricht“ und zu deren Übernahme entscheidender Machtpositionen in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) seit 1945 vgl. auch Leonhard, Wolfgang: Die Revolution entlässt ihre Kinder, Köln 1990.
- 4 Nach Himmlers Einsicht, mittels Gewaltmaßnahmen – darunter auch die Vollstreckung von Todesurteilen – Angehörige der Religionsgemeinschaft zu einem Bekenntnis zum NS-Staat *nicht* bewegen zu können, setzte der SS-Führer auf die Integration der Zeugen Jehovas durch friedliche Arbeit (darunter in der Landwirtschaft oder im Hausdienst selbst bei SS-Familien) in die „deutsche Volksgemeinschaft“, vgl. Garbe, Detlef: Glaubensgehorsam und Märtyrergesinnung. Die Verfolgung der Zeugen Jehovas im ‚Dritten Reich‘ zwischen Aktion und Reaktion, in: EZW-Texte 145 (1999), S. 15f.
- 5 Zur „prinzipiellen Ablehnung der Welt“ und dem Verhältnis der Zeugen Jehovas zum Staat vgl. auch Hacke, Gerald: Zeugen Jehovas in der DDR. Verfolgung und Verhalten einer religiösen Minderheit, in: Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der Technischen Universität Dresden, Berichte und Studien Nr. 24, Dresden 2000.
- 6 Garbe, Detlef: Zeugen Jehovas, in: Lexikon des deutschen Widerstandes, hrsg. von Benz, Wolfgang / Pehle, Walter H., Frankfurt/Main 1994, S. 323–325.

Die Treuhand: Idee – Praxis – Erfahrung.

Sven Sachenbacher im Gespräch mit dem Historiker Dr. Marcus Böick

Sven Sachenbacher

Zum 30. Jubiläum der deutschen Einheit wird vielerorts über den inneren Zustand des vereinigten Landes diskutiert. In der Rückschau und der Diskussion über Erfolge sowie Misserfolge des Vereinigungsprozesses sorgt das Thema Treuhand meist für heftige Kontroversen. Die 1990 gegründete Treuhandanstalt sollte die volkseigenen Betriebe der DDR nach den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft privatisieren. Häufig waren Massenentlassungen und Branchenabwicklungen die Folge der eingeleiteten Transformation. Der negative Ruf einer Betriebsschließerin, die keine Rücksicht auf die sozialen und ökonomischen Interessen der betroffenen Menschen nahm, haftet der Treuhand vor allem im Osten Deutschlands bis heute an. Der Historiker Dr. Marcus Böick von der Ruhr-Universität Bochum, der sich intensiv mit diesem Thema beschäftigt hat, stellte am 15. September 2020 in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn die Ergebnisse seiner Forschungstätigkeit vor. Er sprach dabei unter anderem über die unterschiedlichen Erwartungen sowie Erfahrungen der Menschen mit der Treuhandanstalt, die letztendlich heute zu sehr differierenden Bewertungen führen.

Im Zusammenhang mit der Veranstaltung am 15. September sprach Sven Sachenbacher mit Dr. Marcus Böick.

Sven Sachenbacher (S.S.): Herr Böick, Sie sind Jahrgang 1983, zur Tätigkeit der Treuhand haben Sie wahrscheinlich keine bzw. nur wenige eigene biografische Berührungspunkte. Was hat Sie zur intensiven Beschäftigung mit diesem Thema geführt? Warum Treuhandforschung an der Ruhr-Universität Bochum?

Marcus Böick (M.B.): In der Tat habe ich die Zeit nach 1990 noch nicht wirklich bewusst erlebt als Grundschüler. Aber aus heutiger Perspektive hat die verbreitete Unsicherheit der Erwachsenen, der Eltern, Großeltern und Lehrer, die Kinder in diesen Umbruchszeiten mitgeprägt. Themen wie hartnäckige Arbeitslosigkeit, fehlende Zukunftsperspektiven und beständige Abwanderung waren ständig präsent. Allerdings

war dies letztlich für mein eigenes Forschungsinteresse nicht direkt ausschlaggebend. Es war vielmehr so, dass ich zum Studium nach NRW aus dem Mansfelder Land ins Ruhrgebiet gegangen bin – eine Region, die ich noch gar nicht kannte. Dort habe ich erst sehr viel über „den“ Westen gelernt, was natürlich auch meinen Blick auf die alte Heimat verändert hat.

Aus einem solchen „gemischten“ Blickwinkel wollte ich mich dann gegen Ende meines Studiums wieder stärker mit Ostdeutschland beschäftigen. Allerdings konnte ich damals weniger für klassische DDR-Geschichte begeistern, die damals doch als etwas angestaubt galt. Also bin ich mehr oder weniger zufällig bei der Lektüre über die Treuhandanstalt gestolpert und war dann doch sehr überrascht, dass hierzu seit der Jahrtausendwende kaum noch wissenschaftliche Literatur veröffentlicht wurde. Relativ naiv habe ich dann begonnen, mich nach 2007/2008 – es war gerade die Zeit der Weltfinanzkrisen und aufkommender Kapitalismus-Diskussionen – damit zu beschäftigen und habe eine medienhistorische Masterarbeit zu dem Thema verfasst. Das war letztlich der Beginn.

Mit Bochum hatte das auf den ersten Blick nur wenig zu tun – der Osten und die Treuhand erscheinen aus westfälischer Perspektive sehr fern zu sein. Allerdings würde ich heute schon sagen, dass den Strukturwandel West, der die Region im Grunde seit den späten fünfziger Jahren bis in die Gegenwart prägt, und den Strukturbruch Ost, der den Osten nach 1990 in großer Heftigkeit getroffen hat, viel mehr verbindet, als man gemeinhin glaubt. Treuhand-Chef Detlev Rohwedder kam aus Dortmund nach Ostberlin, weil er einen Ruf als konsequenter Sanierer und zupackender Krisenmanager hatte. Er brachte viele westfälische Stahl- und Energiemanager mit zur Treuhand. Dieser Erfahrungshintergrund war für die chaotische Anfangszeit der Organisation dann auch keineswegs nebensächlich: Man wollte die „Fehler“ im Ruhrgebiet, das damals als grauschmutziger Dauersubventionsfall und Musterbeispiel für verfehlte Strukturpolitik galt, eben nicht wiederholen. Die Politik sollte sich raushalten, die Märkte sollten rasch ihre eigene Dynamik entfalten. Lieber kurz und schmerzhaft, als lang und qualvoll. Und auf einmal rückte Bochum dann doch näher an Halle oder Magdeburg heran, als ich es ursprünglich erwartet hatte.

S.S.: Im dreißigsten Jahr der deutschen Einheit wird viel über den Zustand der sogenannten inneren Einheit diskutiert. Im Zentrum der Kritik steht, selbst bei vielen, die

sonst positiv auf die Gestaltung des Vereinigungsprozesses blicken, die Tätigkeit der Treuhand. Woran liegt das?

M.B.: Die Treuhand ist in den Augen gerade vieler mittelalter oder älterer Ostdeutscher, die diese Zeit aktiv erlebt haben, ein zentrales wie negatives Symbol geworden. Sie steht dabei für die Schattenseiten des Wirtschaftsumbaus: die massive Arbeitslosigkeit, die zahlreichen Abwicklungen, die dauerhafte Abwanderung in vielen Regionen. Über Nacht kamen nun „arrogante Westmanager“, so die Lesart, die den Osten nach 1990 rücksichtslos und im Eiltempo zugunsten der Westkonkurrenz abwickelten, während die „Ossis“ keine Chance hatten. Viele Menschen verarbeiten damit natürlich auch die traumatisierenden biographischen Brüche, die sie in den frühen 1990er Jahren erlebt hatten, in denen nach dem Ende der DDR kaum ein Stein auf dem anderen blieb. Da braucht es gewissermaßen einen Ort oder einen Akteur, der als Hauptschuldiger ausgemacht werden kann.

Die Treuhand stand letztlich schon seit dem Spätsommer 1990 im Fokus der Öffentlichkeit. Sie entwickelte sich dann zu einer scheinbar überall präsenten und allmächtigen Nebenregierung im Osten und wurde zur zentralen Zielscheibe gesellschaftlicher Proteste, politischer Diskussionen wie öffentlicher Debatten. Allen voran ihre Präsidenten, erst Detlev Rohwedder, später seine Nachfolgerin Birgit Breuel, galt sie als die Zentrale des Wirtschaftsumbaus. Dass die Bundesregierungen und andere politische Akteure diese rasche Privatisierungspolitik durchaus befürworteten und unterstützen, wurde da wenig zur Kenntnis genommen. Am Ende waren es die westdeutschen Manager der Treuhandanstalt, die Entlassungen oder Schließungen vor Ort zu verkünden hatten. Forscher wie Wolfgang Seibel haben in der Treuhand eine Art „Blitzableiter“ gesehen, viele Treuhand-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter selbst sahen sich als einen „Sündenbock“ für Bonn. Und tatsächlich zog die Organisation einen Großteil des ostdeutschen Unmuts über die Enttäuschung auf sich, dass die im Wahlkampf 1990 vielfach versprochenen „blühenden Landschaften“ sich nun doch nicht gezeigt haben.

Interessanterweise haben sich diese überwiegend negativen Einstellungen zu Treuhand und Wirtschaftsumbau bis in die Gegenwart gehalten, wie wir 2017 in einer Studie für das Bundeswirtschaftsministerium gezeigt haben. Da haben wir, auf der Grundlage von Interviews und Umfragen, herausgearbeitet, dass die Treuhand wie eine erinnerungskulturelle „Bad Bank“ funktioniert, bei der viele mittlere und ältere Ostdeutsche

ihre Enttäuschungen gewissermaßen eingelagert haben. Auf der anderen Seite fiel uns aber zugleich auf, dass diese Menschen bei aller Unzufriedenheit über die Treuhand die Wiedervereinigung insgesamt und gerade für sich selbst als positiv bewertet haben. Den wenigsten ging es um eine Rückkehr in die DDR, sondern eher um die nach 1990 verweigerte Anerkennung von Lebens- und Arbeitsleistungen. Und diese Enttäuschungen wirken letztlich bis heute nach.

S.S.: War die Treuhand tatsächlich ein „Geburtsfehler“ der Einheit?

M.B.: Ich denke, mit solchen griffigen Formulierungen macht man es sich etwas zu einfach. Die Zeit seit dem Herbst 1989 war sehr chaotisch, improvisiert, unsicher. Dinge schienen auf einmal möglich, die zuvor Jahrzehnte undenkbar waren. Niemand war so recht darauf vorbereitet – weder im Osten noch im Westen. Eine ganz interessante Parallele übrigens zum Jahr 2020, als die Welt auch relativ erstaunt daheim saß und kaum wusste, wie man mit dieser radikal neuen Situation einer Pandemie nun umgehen müsse. Vor dreißig Jahren war allerdings nicht die plötzliche Starre im „Lockdown“ das Problem, sondern die immense Beschleunigung. Die Treuhand war dabei mehr oder weniger ein Produkt dieser zahlreichen Improvisationen des Jahres 1990: Noch am Runden Tisch auf Vorschlag von Oppositionsvertretern um Wolfgang Ullmann von der Modrow-Regierung gegründet, sollte sie zunächst als reine Verwaltungsstelle das „Volkvermögen“ vor fremden Zugriffen schützen. Das war scheinbar eher eine Nebenrolle.

Dann kam die Volkskammerwahl im März, das Votum für eine schnelle Einheit nach westdeutschem Strickmuster. Hektisch wurde nun auch die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion verhandelt. Die Bundesregierung machte jedoch der neuen DDR-Regierung um Lothar De Maizieré klar: Ihr bekommt die D-Mark, aber dafür übernehmt ihr die „Soziale Marktwirtschaft“ aber auch ohne Abstriche und Übergänge. Im Gegenzug werden die zu erwartenden sozialen Härten durch den bundesdeutschen Sozialstaat abgedeckt, wobei ein Teil der Kosten aus der Privatisierung des Volkvermögens bestritten werden sollte. So zumindest die Idee. Der marktwirtschaftliche „Urknall“ vom Juli 1990 löste tatsächlich einen massiven Schock aus, der jedoch eher eine dramatische Krise als einen dynamischen Aufbruch in der Ost-Industrie zur Folge hatte. Die knapp achttausend Betriebe mit ihren vier Millionen Beschäftigten waren nach Jahrzehnten der Planwirtschaft in einer schwierigen Lage. Sie waren oft viel zu groß, hatten etliche soziale

und kulturelle Aufgaben, veraltete Produkte und Technologien und kaum Möglichkeiten, selbstständig zu wirtschaften. Hinzu kamen massive Umweltprobleme.

Und diese „Dinosaurier der Planwirtschaft“, wie Rohwedder so mal genannt hat, traf nun der Schock der Marktwirtschaft – buchstäblich über Nacht. Die Bonner Politik wollte, dem markfreundlichen wie staats skeptischen Zeitgeist folgend, diese Aufgabe nun nicht durch ein Ministerium, einer Behörde oder einer Holding übertragen. Es sollten nicht Beamte oder Juristen, sondern eben Manager und Unternehmer entscheiden, wie es mit den Betrieben weitergeht. Die sollten mit ihrem Knowhow und ihren Netzwerken schnell privatisieren – wie es das neue Treuhand-Gesetz vom Juni 1990 vorgab. Es entbehrte nicht einer gewissen Ironie, dass es nun gerade diese durchaus selbstbewussten westdeutschen Treuhand-Manager waren, die mit als erste wirklich realisierten, was da auf das vereinte Deutschland zukommen würde: keine „blühenden Landschaften“ in kurzer Zeit, sondern eine langwierige wie schmerzhaftige Umgestaltung mit erheblichen Risiken und Kosten. Diese Aufgabe schien ihnen *über die Maßen* gigantisch wie außergewöhnlich. Daher drückten sie aufs Tempo. Rohwedder und seine Spitzenleute suchten nun hastig Personal, schufen neue Strukturen und wollten die Treuhand wie ein Unternehmen führen. Doch auch dies war keineswegs einfach. Viele Dinge waren unklar und nicht geregelt, es wurde enorm improvisiert. Für viele Treuhand-Manager war das dann im Nachhinein die „goldene Zeit“ der kurzen Wege und mutigen Entscheidungen. Die Ostwirtschaft litt derweil dramatisch unter dem dreifachen Schock von Planwirtschaft, Schocktherapie und Privatisierungen.

Von daher: die Rede vom „Geburtsfehler“ unterstellt im Grunde einen koordinierten Prozess, der aus dem Ruder gelaufen ist. Das wäre, mit Blick auf die chaotischen Verhältnisse, durchaus schwierig. Die politische Revolution war vielleicht im Frühjahr 1990 beendet; die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen wie kulturellen Umbrüche hatten dagegen gerade erst begonnen. Und die Treuhand und ihr Personal standen hier ganz besonders im Fokus.

S.S.: Extremisten von rechts und links nutzen bis heute die Treuhand als Negativsymbol für die Politik der Bundesregierung. Wie ist dies möglich?

M.B.: Das erklärt sich aus ihrer besonderen Rolle als „Bad Bank“, also als langfristig tradierten Symbol einer vermeintlichen Unterwerfung der arglosen Ost-Bevölkerung durch

westdeutsche Eliten. Es passt ja auch in dieser Interpretation gut ins Bild: Erst waren da die SED-Bonzen, die euer Volksvermögen missbraucht haben. Dann kamen die arroganten West-Manager, die die Perlen gepickt und euch entlassen haben. Und jetzt sind es halt die Berliner Eliten, die über die Köpfe des vermeintlichen „Volkes“ entscheiden. Wir gegen die, die „da oben“ gegen die „da unten“. Von daher wundert es nicht, dass auch die AfD das Thema in den ostdeutschen Landtagswahlkämpfen des Jahres 2019 offensiv besetzt und sich etwa einer Initiative der Linken nach einem neuerlichen Bundestagsuntersuchungsausschuss angeschlossen hat. Für die Linke als „Ostpartei“ ist das politisch nicht ungefährlich, war doch der massive Protest gegen die Treuhand und ihr Wirken für die SED-Nachfolgerin ein regelrechtes Überlebensmittel in der schweren Phase nach 1990.

Doch auch davon abgesehen polarisiert die Treuhand politisch bis in die Gegenwart und wirft alte, vermeintlich überwundene Rechts-Links-Fronstellungen wieder auf: Hier das liberal-konservative Lager der damaligen Koalition, dass das Vorgehen der Treuhand als „alternativlos“ verteidigt, die Errungenschaften lobt und die Fehler strikt auf die Defizite einer maroden Planwirtschaft sowie des SED-Regimes bezieht. Dort das grün-rote Lager, dass schon seit 1990 das aus ihrer Sicht zu hohe, „neoliberale“ Tempo, die massiven sozialen Folgewirkungen, die Deindustrialisierung sowie den einseitigen Fokus auf die schnelle Suche nach zumeist westdeutschen Investoren kritisiert hat. Rasche Entstaatlichung versus langfristige Sanierung – dieser durchaus ideologische Konflikt schwelt in den Debatten um Treuhand und Wirtschaftsombau auch noch nach über drei Jahrzehnten weiter.

S.S.: Wie bewerten Sie die Tätigkeit der Treuhand?

M.B.: Darauf kann ich keine einfache Antwort mehr geben – heute mehr denn je. Die Treuhand wird aus unterschiedlichen Blickwinkeln enorm unterschiedlich bewertet. Die uralte Frage nach „Erfolg“ oder „Scheitern“, die so viele Menschen natürlich brennend interessiert – die könnte ich heute kaum noch sinnvoll beantworten. Da müsste man fragen: Für wen und nach welchen Maßstäben denn? Ist der Erhalt eines Industriestandortes mit tausend Beschäftigten im Besitz eines ortsfremden Eigentümers ein Erfolg, auch wenn dort zuvor zehntausend Menschen tätig waren? Aus der Sicht der Treuhand ja, natürlich. Auch die Politik wird das begrüßen. Dies werden aber die neuntausend Menschen, die dort nicht mehr arbeiten können, sicher ganz anders sehen.

Für die ist das dann kein Erfolg, sondern eine dramatische Entwertung. Und an diesem kleinen Beispiel lässt sich ganz gut zeigen, dass diese Frage kaum pauschal zu beantworten ist. Ja, es gab Erfolgsgeschichten, vor allem im Kleinen. Aber es gab auch dramatische Fehlschläge und Skandale. Und es gab ziemlich viele Episoden dazwischen. Und all dies macht die Geschichte der Treuhand letztlich aus. Sie war eine hochumstrittene Organisation, eine umkämpfte Arena des Übergangs an der Schwelle zwischen Plan und Markt, Staat und Wirtschaft, Ost und West, Politik und Gesellschaft. Das macht sie so interessant, gerade auch für die Wissenschaft.

S.S.: Glauben sie, dass sich das Negativbild in der Öffentlichkeit verändern wird bzw. halten Sie eine Änderung für wünschenswert?

M.B.: In den letzten Jahren haben sich die Debatten um die Treuhand wieder intensiviert wie lange nicht. Das hat sicher auch mit den Entwicklungen nach 2015 und der Suche nach den Ursachen für fortbestehende Ost-West-Differenzen zu tun. Aber in der Sphäre der Wissenschaft ist das Interesse mittlerweile auch wieder sehr groß. Es gibt eine ganze Reihe von größeren ökonomischen oder zeithistorischen Forschungsprojekten, die sich nun seit 2017 auch zunehmend auf die vom Bundesarchiv erschlossenen Treuhand-Akten stützen können. Dieser gigantische wie komplizierte Bestand – es sind über 38 Regal-Kilometer an Akten – wird uns mit großer Sicherheit helfen, ein neues, differenziertes Bild der Treuhand in der Praxis zu zeichnen – in verschiedenen Regionen, in unterschiedlichen Branchen, in sich wandelnden Kontexten. Aber es wird vielleicht auch den Fokus vom „Mythos“ Treuhand auch ein Stück weit wegschieben, da ja nach 1990 nicht nur in den Industriebetrieben, sondern auch etlichen anderen Bereichen des Lebens erhebliche Umbrüche vorstättengingen, von denen wir noch viel zu wenig wissen. Und wir müssen das Ganze auch ein Stück weit aus der „Ost-Nische“ herausholen: Uns fragen, was im alten Westen passiert. Was in anderen Ländern und Regionen passiert. Und wie das alles letztlich mit dem Umbruch im Osten zusammenhängt. Das dürfte sehr spannend sein. Und von daher fände ich es wünschenswert, wenn wir in Zukunft differenziert über die Treuhand, ihre Arbeit und deren Folgen diskutieren – jenseits altbekannter Frontstellung. Aus meiner Sicht eignet sich das Thema durchaus, ins Gespräch zu kommen: Nicht allein zwischen Ost und West, sondern auch zwischen den Generationen oder mit Menschen aus anderen kulturellen Kontexten.

Aus der Arbeit der Stiftung



#Gardelegen45: Digitales Gedenken und Erinnern an den 75. Jahrestag des Massakers in der Isenschnibber Feldscheune

Andreas Froese

Für den 6. April 2020 war die zentrale Veranstaltung zum 75. Jahrestag des Massakers von Gardelegen vorgesehen. Mehrere Hundert Menschen aus vielen Ländern, unter ihnen Familienangehörige der Überlebenden und Ermordeten des Feldscheunen-Massakers, Nachkommen der Veteranen der 102. US-Infanteriedivision vom April 1945 und mehrere Mitglieder des diplomatischen und konsularischen Corps, hatten zu diesem Anlass ihre Anreise nach Sachsen-Anhalt in die Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen geplant. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und seine Frau Elke Büdenbender sowie Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff waren als Ehrengäste eingeladen. Dem feierlichen Gedenkakt mit Kranzniederlegung sollte sich an diesem Tag die offizielle Eröffnung des fertiggestellten Dokumentationszentrums der Gedenkstätte mit der neuen Dauerausstellung „Gardelegen 1945. Das Massaker und seine Nachwirkungen“ durch den Bundespräsidenten und den Ministerpräsidenten anschließen.

Doch wegen der Corona-Pandemie konnte diese langfristig über viele Monate hinweg vorbereitete Veranstaltung nicht wie geplant in der Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen stattfinden.¹ Um der Bedeutung des international mit großer Aufmerksamkeit wahrgenommenen Jahrestages des Massakers von Gardelegen im April 2020 dennoch gerecht zu werden, organisierte das Team der Gedenkstätte Gardelegen ein digitales Gedenken, an dem sich Interessierte weltweit mit eigenen kreativen Beiträgen beteiligen konnten.

Diese Idee, die Erinnerung an den 75. Jahrestag eines der größten Todesmarschverbrechen in Europa digital zu gestalten, war mit drei Zielsetzungen verbunden. Erstens sollte trotz der Corona-Pandemie ein sichtbares Zeichen weithin über die Landesgrenzen von Sachsen-Anhalt hinaus gesendet werden, dass trotz aller Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus und auch parallel zum Lockdown ein würdiges Gedenken möglich ist und stattfindet. Zweitens sollten neben dem Akt des Erinnerns auch Informationen zum historischen Hintergrund vermittelt werden. Drittens sollten alle Interessierten weltweit mit eigenen kreativen Text- und Bildbeiträgen persönlich mitmachen können. Gerade weil die traditionelle Gedenkveranstaltung mit offiziellen Kranzniederlegungen

auf dem Ehrenfriedhof in der Gedenkstätte Gardelegen nicht stattfinden konnte, stand im Rahmen des digitalen Gedenkens ein partizipativer Ansatz des „Mitmachens auf Augenhöhe“ im Mittelpunkt.

Ein öffentlicher Aufruf über die Medien sowie über die Internet- und die sozialen Netzwerkeiten der Gedenkstätte Gardelegen im März 2020 wurde in vielen Ländern wahrgenommen. Bis April erhielt die Gedenkstätte Zusendungen von selbst verfassten Text-, Foto-, Videobeiträgen. Alle griffen sie das besondere historische Jubiläum des Massakers von Gardelegen thematisch auf und beschäftigten sich mit der Frage, was die Ereignisse vom April 1945 mit der Gegenwart im Jahr 2020 zu tun haben. Am 25. April 2020, genau zum 75. Jahrestag der Einweihung des auf US-amerikanische Anordnung angelegten Ehrenfriedhofs für die Ermordeten des Massakers, veröffentlichte die Gedenkstätte die erhaltenen Beiträge als digitale Collage auf dem Blog „#Gardelegen45. Digitales Gedenken und Erinnern an den 75. Jahrestag des Massakers in der Isenschnibber Feldscheune.“ Dieser Blog ist direkt auf der Homepage der Gedenkstätte verknüpft, weltweit abrufbar und wird fortlaufend vom Team der Gedenkstätte weitergepflegt.²

Neben diesem Blog als Mitmach-Collage veröffentlichten die Mitarbeitenden der Gedenkstätte Gardelegen als zweite Komponente des digitalen Gedenkens und Erinnerns an den 75. Jahrestag des Massakers Postings und Tweets auf Deutsch und Englisch in historischer Echtzeit auf den sozialen Netzwerkeiten der Gedenkstätte auf Facebook, Twitter und Instagram. Dazu zählten unter dem Hashtag „#Gardelegen45“ thematische Beiträge zum chronologischen Ablauf der Ereignisse im Frühjahr 1945, Quellenauszüge und Zitate von beteiligten Akteurinnen und Akteuren sowie kontextuelle Einordnungen des Massakers von Gardelegen und seiner Nachgeschichte in den europaweiten historischen Zusammenhang der Todesmärsche zwischen Sommer 1944 und Mai 1945. Interessierte Online-Leserinnen und -Leser der Netzwerkeiten waren ausdrücklich dazu eingeladen, auch ihre eigenen Erinnerungen und Perspektiven auf das Massaker von Gardelegen mit anderen unter den Hashtags #Gardelegen45, #Todesmarsch, #Isenschnibbe und #Gardelegen zu teilen.

Eine Auswahl der in diesem Rahmen veröffentlichten Tweets der Gedenkstätte Gardelegen in historischer Echtzeit wird im Folgenden wiedergegeben. Um die Lesbarkeit der digitalen Texte im vorliegenden Printformat zu erhöhen, wurden dabei die Hashtags, Links und englischsprachige Übersetzungen weggelassen.



15. Juli 2019

„Vor 75 Jahren, im Juni und Juli 1944, räumt die SS die KZ-Lagerkomplexe Vaivara und Kaunas im Baltikum vor heranrückenden sowjetischen Truppen. Räumungstransporte verschleppten die meisten Häftlinge in andere Lager.

Knapp neun Monate später, im April 1945, erreichen Räumungstransporte mit mehreren Tausend Häftlingen aus den Konzentrationslagern Mittelbau und Hannover-Stöcken die Altmark und Gardelegen.“

22. Juli 2019

„Heute vor 75 Jahren, am 22. Juli 1944, verlässt der letzte Räumungstransport das Konzentrations- und Vernichtungslager Majdanek in Lublin. Auf dem Todesmarsch zu Fuß und in Güterwaggons treibt das Wachpersonal die ca. 1.250 Häftlinge ins KZ Auschwitz. Wenige Monate später, im April 1945, erreichen Räumungstransporte mit mehreren Tausend Häftlingen aus den Konzentrationslagern Mittelbau und Hannover-Stöcken die Altmark und Gardelegen.“

28. Juli 2019

„Heute vor 75 Jahren, am 28. Juli 1944, räumt die SS das Konzentrationslager Warschau. Rund 4.000 Häftlinge werden auf einen Todesmarsch nach Kutno getrieben, von dort in Güterwaggons weiter nach Westen verschleppt. Weniger als die Hälfte kam am 6. August 1944 lebend im KZ Dachau an.

Wenige Monate später, im April 1945, erreichen Räumungstransporte mit mehreren Tausend Häftlingen aus den Konzentrationslagern Mittelbau und Hannover-Stöcken die Altmark und Gardelegen.“

23. September 2019

„Heute vor 75 Jahren, am 23. September 1944, landet die 102. US-Infantry Division „Ozark“ in Frankreich. Von Cherbourg rücken die Truppen weiter nach Osten. Wenige Monate später, im April 1945, entdecken sie das Massaker von Gardelegen.“

28. Oktober 2019

„Heute vor 75 Jahren, am 28. Oktober 1944, löst die SS die KZ-Außenlager im Harz aus der Verwaltung des KZ Buchenwald und verselbständigt sie zum KZ Mittelbau.

Wenige Monate später, im April 1945, zwingen KZ-Wachmannschaften Tausende Häftlinge aus dem KZ Mittelbau auf Transporte und Todesmärsche, etwa in die Altmark und nach Gardelegen. Sie ermorden viele unterwegs und in der Scheune von Isenschnibbe.“

23. November 2019

„Heute vor 75 Jahren, am 23. November 1944, erreichen alliierte Truppen das geräumte Konzentrationslager Natzweiler-Struthof. Zuvor hatten Wachleute die Häftlinge auf Todesmärsche getrieben. In den Außenlagern des KZ-Komplexes geht das Leiden und Sterben der Häftlinge bis Frühjahr 1945 weiter.

Wenige Monate später, im April 1945, erreichen alliierte Truppen den Tatort des Feldscheunen-Massakers von Gardelegen.“

20. Januar 2020

„Vor 75 Jahren, im Januar 1945, wird in Stempeda ein KZ-Außenlager gegründet. Rund 700 Häftlinge müssen dort Zwangsarbeit leisten. Mehrere Hundert werden im April 1945 nach Gardelegen getrieben. Einige der Baracken sind heute noch bewohnt.“

3. März 2020

„Heute vor 75 Jahren, am 3. März 1945, erreicht die 102. US-Infanteriedivision Krefeld. Nur wenige Wochen später, am 15. April 1945, entdecken ihre Soldaten den Tatort des Isenschnibbe-Massakers in Gardelegen.“

27. März 2020

„Heute vor 75 Jahren, am 27. März 1945, wird im KZ Neuengamme das „Skandinavienlager“ eingerichtet. Um dafür im Lager Platz zu schaffen, werden ab Ende März 1945 über 4.000 entkräftete Häftlinge aus Neuengamme in die Außenlager nach Hannover und Salzgitter verlegt.

Einige dieser entkräfteten Häftlinge werden ins KZ-Außenlager Hannover-Stöcken verschleppt, von dort Anfang April 1945 in einem Transportzug und zu Fuß weiter auf einen Todesmarsch nach Gardelegen getrieben und beim Isenschnibbe-Massaker ermordet.“



4. April 2020

„Heute vor 75 Jahren, am 4. April 1945, befiehlt Kommandant Richard Baer die Räumung des KZ Mittelbau. In den folgenden Tagen werden Häftlinge aus dem Hauptlager und den Außenlagern in Transportzügen und zu Fuß auf Todesmärsche getrieben, einige bis nach Gardelegen.“

5. April 2020

„Heute vor 75 Jahren, am 4. und 5. April 1945, lässt Lagerleiter Erhard Brauny die KZ-Außenlager Rottleberode und Stempeda des Konzentrationslagers Mittelbau räumen, beide verbunden mit mörderischer Zwangsarbeit für Bauprojekte unter Tage. Mehrere Hundert der insgesamt etwa 1.500 entkräfteten Häftlinge werden zu Fuß nach Niedersachswerfen und dort in einen Transportzug in Richtung Nordwesten getrieben, der später die Altmark und Gardelegen erreicht.“

6. April 2020

„Heute vor 75 Jahren, am 6. April 1945: In den überfüllten Güterzug aus Niedersachswerfen werden bei der Räumung des KZ-Komplexes Mittelbau an weiteren Bahnhöfen noch mehr Häftlinge aus den Außenlagern Ellrich-Bürgergarten und Ilfeld gepfercht. Das Wachpersonal ordnet die Weiterfahrt an.

Aimé Bonifas, Überlebender des Transports, beschreibt die Lage im Zug: „Das Leben im Waggon wird unerträglich mit den jammernden Kranken, dem Gestank, dem Hunger und Durst. Wir sind stumpfsinnig wie das Vieh, ausgehöhlt durch zwei Jahre Konzentrationslager. Aus einigen Waggonen schafft man Tote heraus, zu Dutzenden gestapelt. Dann wieder das eintönige Rattern der Achsen, wir merken, dass der gespenstische Zug weiterrollt.“³“

6. April 2020

„Heute vor 75 Jahren, am 6. April 1945, beginnt die Räumung der KZ-Außenlager der Helmetalbahn-Baubrigaden im Lagerkomplex Mittelbau. Die Häftlinge aus den Lagern Nüxei, Mackenrode und Osterhagen werden zu Fuß ins Außenlager Wieda getrieben.“

7. April 2020

„Heute vor 75 Jahren, am 7. April 1945, werden die Häftlinge aus den vier Mittelbau-

Lagern der Helmetalbahn-Baubrigaden in Mackenrode, Nüxei, Osterhagen und Wieda ausgehend vom KZ-Außenlager Wieda über den Harz nach Norden getrieben. Lucien Colonel, Todesmarsch-Überlebender, berichtet: „Zu diesem Zeitpunkt konnten wir nicht ahnen, was uns in den kommenden sieben Tagen bevorstehen sollte. Sonst hätten wir uns nicht den notwendigen Funken Hoffnung bewahrt.“⁴⁴

7. April 1920

„Heute vor 75 Jahren, am 7. April 1945 abends, kommt der Räumungstransport mit KZ-Häftlingen und Wachpersonal aus den Mittelbau-Lagern Rottleberode, Stempeda, Ellrich-Bürgergarten und Ilfeld im Bahnhof Mieste ungeplant zum Stehen. Eine Weiterfahrt ist unmöglich: Alliierte Jagdflieger haben bereits die Gleise Richtung Stendal zerstört.“

8. April 2020

„Heute vor 75 Jahren, am 8. April 1945, werden die letzten verbliebenen, völlig entkräfteten Häftlinge aus dem KZ-Außenlager Hannover-Stöcken in einen Güterzug gepfercht. Zuvor hatten sie dort schwere körperliche Zwangsarbeit für die Akkumulatorenfabrik leisten müssen.

Der Räumungstransport verlässt Hannover in Richtung Osten. Bis zum Abend trifft auch dieser Zug im Bahnhof Mieste bei Gardelegen ein. Dort steht bereits der Transportzug aus den Mittelbau-Lagern. Eine Weiterfahrt der blockierten Gleise ist unmöglich. Die Altmark wird für die KZ-Häftlinge und für die Wachleute im Zug zur Endstation.“

9. April 2020

„Heute vor 75 Jahren, am 9. April 1945, erreichen die noch lebenden KZ-Häftlinge, die von den Mittelbau-Außenlagern der Helmetalbahn-Baubrigade zu Fuß auf den Todesmarsch über den Harz getrieben wurden, die Stadt Wernigerode. Albert van Dijk erinnert sich: „Wir kamen zu einem Bahnhofsgebäude. Dort stand ein Güterzug, in den wir eingeschlossen wurden. Der Zug blieb den ganzen Tag in der heißen Sonne stehen, die Türen geschlossen und wir durften nicht hinaus. Am Abend merkten wir, dass eine Lokomotive angekoppelt wurde. Mehrere Tage waren wir in diesem Zug. Ich entsinne mich, dass wir meistens bei Dunkelheit fahren.“⁴⁵





Von US-Truppen im Bahnhof Mieste entdeckte Waggons der Transportzüge aus den KZ Mittelbau und Hannover-Stöcken.

10. April 2020

„Heute vor 75 Jahren, am 10. und 11. April 1945: Seit Tagen stehen die beiden Transportzüge mit den noch lebenden und toten Häftlingen aus den KZ Mittelbau und Hannover-Stöcken im Bahnhof Mieste. Begleitende Wachleute und lokale Amtsträger schieben sich gegenseitig die Zuständigkeit zu. Auf Anordnung werden Anwohnende verpflichtet, Essen und Pferdefuhrwerke bereitzustellen. Doch es reicht nicht für alle: Viele Häftlinge sterben an Unterversorgung und Entkräftung.

SS-Transportführer Brauny ordnet die Fortsetzung des Räumungstransports zu Fuß an. Mitglieder der SS, lokale Wehrmachtsverbände und Volkssturmmänner zwingen die Häftlinge in mehreren Gruppen auf Todesmarsch-Wege nach Norden und Osten. Unterwegs ermorden sie diejenigen, die nicht Schritt halten können oder zu fliehen versuchen.



Gelände des ehemaligen Bahnhofs in Letzlingen im Jahr 2020.

Derweil rücken die Truppen der 102. US-Infanteriedivision weiter in die Altmark vor.“

11. April 2020

„Heute vor 75 Jahren, am 11. April 1945: Der Transportzug aus Wernigerode mit den KZ-Häftlingen und Wachleuten aus den Mittelbau-Außenlagern der Helmetalbahn-Baubrigade hat Magdeburg in Richtung Norden verlassen. Bei Letzlingen kurz vor Gardelegen trifft ein alliierter Luftangriff die Lokomotive. Zahlreiche Häftlinge und auch Wachleute nutzen den Tumult zur Flucht in die Wälder.

Kurz darauf machen Angehörige von SS, Volkssturm und Hitlerjugend Jagd auf entflozene KZ-Häftlinge. In der Gegend kommt es zu wilden Schießereien und Morden.“

11. April 2020

„Heute vor 75 Jahren, am 11. April 1945, verlassen die letzten noch lebenden KZ-Häftlinge den Bahnhof Mieste, Auf Anordnung der Wachleute stellen Anwohnende Pferdefuhrwerke bereit, um die völlig Entkräfteten, nicht mehr Marschfähigen nach Gardelegen zu bringen.





Gedenkstein am Bahnhof Mieste für die Transporte und Todesmärsche nach Gardelegen, 2019.

Auch die übrigen Todesmarsch-Gruppen, die Mieste schon zuvor zu Fuß verlassen haben, werden nun von Wachleuten vor den herannahenden alliierten Truppen in Richtung Gardelegen getrieben. Am Bahnhof bleiben 86 unbekannte ermordete KZ-Häftlinge in einem Massengrab zurück. Sie werden später exhumiert und dem lokalen Friedhof in Mieste beigesetzt.“

11. April 2020

„Heute vor 75 Jahren, am 11 April 1945, in Letzlingen bei Gardelegen: Albert van Dijk, Überlebender des Transports aus dem KZ Mittelbau, flieht nach dem alliierten Luftangriff aus dem Zug. Doch die Gewalttätigkeit der lokalen Bevölkerung bewegt ihn zur Umkehr zu den SS-Wachtruppen: „Noch trug ich den gestreiften Anzug mit der Häftlingsnummer. Ich war zu viel Häftling, um der Außenwelt und den Zivilisten zu vertrauen. Ich sah Häftlinge, die von Hitlerjungen über die Felder gejagt wurden. Sie wurden abgeschossen wie Hunde. Unweit näherte sich mit eine Volkssturmgruppe. Schnell stellte ich mich ihnen, die mich wieder zum Zug zurückführten.“⁶⁴

11. April 2020

„Heute vor 75 Jahren, am 11. April 1945, befreien US-Truppen das KZ Mittelbau in Nordhausen. Am Tag zuvor nahmen sie Hannover ein. Damit sind die geräumten Lager befreit, aus denen KZ-Häftlinge auf Transporte und Todesmarsch-Wege in die Altmark nach Gardelegen getrieben wurden. Doch viele Häftlinge sind noch nicht befreit, sondern immer noch auf mörderischen Todesmärschen.“

12. April 1920

„Heute vor 75 Jahren, am 12. April 1945: In der Region um Gardelegen befinden sich nun mehrere Tausend KZ-Häftlinge, die aus den in Mieste und Gardelegen gestoppten Zügen auf Gewaltmärsche weitergetrieben werden. Wer nicht mithalten kann oder zu fliehen versucht, wird erschossen. Neben Wachleuten der SS beteiligten sich auch Wehrmächteinheiten, Volkssturmänner und Zivilisten an Mord- und Gewaltaktionen gegen Häftlinge.

Die Todesmarsch-Wege führen auch mitten durch Ortschaften, auf Dorfstraßen vorbei an Häusern und Vorgärten. In den 1960er Jahren werden entlang der Wege von Mieste und Letzlingen nach Gardelegen 75 Gedenksteine errichtet. Einer ist auch in unserer neuen Dauerausstellung zu sehen.“

12. April 2020

„Heute vor 75 Jahren, am 12. April 1945: In der Gegend um Gardelegen finden mit Beteiligung der lokalen Bevölkerung Morde an entkräfteten und Hetzjagden auf entflozene KZ-Häftlinge statt. In einigen Dörfern, etwa in Estedt, Jävenitz, Dolle und Roxförde, werden Massaker verübt. Später ordnen US-Truppen eine Exhumierung und Beisetzung der Ermordeten auf den Ortsfriedhöfen an.“

12. April 2020

„Heute vor 75 Jahren, am 11. und 12. April 1945, erreichen mehrere Gruppen KZ-Häftlinge Gardelegen. Wachleute der SS, Mitglieder der Wehrmacht, des Volkssturms und der lokalen Bevölkerung hatten sie auf Todesmarsch-Wegen von den Bahnhöfen Mieste und Letzlingen zu Fuß weitergetrieben.

Auch in der Stadt geht das Morden weiter. Władysław Śliwiński, ein aus Polen über die Konzentrationslager Sachsenhausen, Neuengamme, Buchenwald und Mittelbau



in die Altmark deportierter KZ-Häftling, stirbt am 11. April 1945 in Gardelegen. Bis 2018 galt er offiziell als vermisst. Sein genaues Todesdatum und -ort waren 74 Jahre unbekannt.

Erst dank seiner Enkelin Agnieszka Śliwińska und der Arolsen Archives konnten wir sein Verbleiben klären und seine Grablage auf dem Ehrenfriedhof für die Ermordeten des Massakers im Frühjahr 2019 namentlich ermitteln.“

12. April 2020

„Heute vor 75 Jahren, am 12. April 1945: Immer mehr Todesmarsch-Gruppen von KZ-Häftlingen und Wachleuten treffen zu Fuß aus Mieste und Letzlingen in Gardelegen ein. Gewalt und Morde an entkräfteten Häftlingen finden öffentlich auf den Straßen mitten in der Stadt statt. Die noch lebenden Häftlinge werden zur Remonteschule geführt und dort in einer leeren Reithalle zusammengedrängt.

Das dort stationierte Reiterregiment der Wehrmacht hat die Kaserne schon fast vollständig vor den heranrückenden US-Truppen geräumt. Ihre Reithalle ist nun ein Konzentrationslager, in dem mehr als 1.000 KZ-Häftlinge erschöpft und unterversorgt nächtigen sollen.“

13. April 2020

„Heute vor 75 Jahren, am 13. April 1945: US-Truppen sind nur noch wenige Kilometer von Gardelegen entfernt. In wenigen Stunden werden sie die Stadt erreichen. Dort befinden sich die mehr als 1.000 KZ-Häftlinge immer noch in der Reithalle der Remonteschule.

Im Laufe des Tages wird eine Feldscheune des Gutes Isenschnibbe am Stadtrand von Gardelegen für ihre Ermordung vorbereitet. Benzin wird herangeschafft, um das Stroh im Inneren zu tränken. Vom Massaker, das dort am frühen Abend beginnen wird, ahnen die Häftlinge nichts.“

13. April 2020

„Heute vor 75 Jahren, am 13. April 1945: In den Abendstunden treiben Angehörige von SS, Wehrmacht, Reichsarbeitsdienst, Polizei und weiteren NS-Organisationen die mehr als 1.000 KZ-Häftlinge aus der Remonteschule. Ihr Todesmarsch endet am Stadtrand von Gardelegen.

Dort drängen sie die Häftlinge in die Scheune, verriegeln die Tore, umstellen das Gebäude und entzünden das Innere von außen mit Brandsätzen. Sie schießen auf Fliehende und werfen Handgranaten ins Gebäude. Gegen 19 Uhr beginnt das Isenschibbe-Massaker von Gardelegen.“

14. April 2020

„Heute vor 75 Jahren, am 14. April 1945: Nach dem Massaker kehren Mitglieder der Tätergruppen, der Technischen Nothilfe und der städtischen Feuerwehr zum Tatort in der Feldscheune zurück. Sie ermorden noch lebende KZ-Häftlinge. Hinter dem Gebäude heben sie einen Graben aus. Darin möchten sie die Leichen anonym verscharren. Ihr Ziel ist es, die Spuren des Verbrechen zu verwischen. Doch sie werden nicht fertig und brechen ab, bevor die US-Truppen am Abend die Stadt Gardelegen erreichen und einnehmen.“

14. April 2020

„Heute vor 75 Jahren, am Abend des 14. April 1945, nehmen US-Truppen Gardelegen ein. Vom Isenschibbe-Massaker, das in den vergangenen Stunden in der Stadt verübt wurde, ahnen sie noch nichts. Bei Farsleben, nur etwa 35 Kilometer entfernt, konnten US-Truppen einen Tag zuvor etwa 2.500 jüdische KZ-Häftlinge aus einem zurückgelassenen Transportzug befreien. Der Zug sollte sie vom Konzentrationslager Bergen-Belsen ins Ghetto Theresienstadt deportieren.“

14. April 2020

„Heute vor 75 Jahren, am 14. April 1945: US-Truppen erreichen Salzwedel, unweit von Gardelegen. Dort finden sie ein KZ-Außenlager des Konzentrationslagers Neuen-gamme vor, das nicht geräumt wurde. Sie befreien die etwa 3.000 Frauen, die dorthin zur Zwangsarbeit deportiert worden waren. Dann brennen sie die Baracken wegen Seuchengefahr nieder.

Dass KZ-Häftlinge nicht auf Todesmärsche getrieben wurden, blieb selten.“

14. April 2020

„Heute vor 75 Jahren, am 14. April 1945: SS-Lagerführer Erich Scholz gibt einen Todesmarsch mit 700 KZ-Häftlingen aus dem Außenlager Ellrich-Bürgergarten des KZ Mittel-





Nach dem Massaker: Die Isenschnibber Feldscheune nach ihrer Entdeckung durch US-Truppen, April 1945.

bau bei Güntersberge im Harz auf. Angesichts der nahen US-Truppen entlässt er sie in die Freiheit. Dieses Verhalten war möglich, aber selten.

Die übrigen 350 Häftlinge aus dem KZ Ellrich-Bürgergarten waren am 6. April 1945 in Bahnwaggons nach Mieste und zu Fuß weiter nach Gardelegen getrieben worden.“

15. April 2020

„Heute vor 75 Jahren, am 15. April 1945, entdecken US-Truppen in Gardelegen den Tatort des Isenschnibbe-Massakers. Sie verhindern alle Versuche, das Massaker zu vertuschen. Ihre Foto- und Filmaufnahmen zur Dokumentation machen dieses Todesmarschverbrechen weltweit bekannt. Zudem bilden sie die Grundlage für spätere Ermittlungen.“

16. April 2020

„Heute vor 75 Jahren und danach: US-Truppen kümmern sich in Gardelegen um schnelle Hilfe für die Überlebenden der Todesmärsche und des Isenschnibbe-Massakers. Sie



US-Truppen konfrontieren die lokale Bevölkerung mit dem Tatort des Isenschlütze-Massakers, April 1945.

sind nun als Displaced Persons befreit und in Sicherheit. Doch die Erinnerung an das Erlebte und Überlebte wird sie ein Leben lang nicht loslassen.“

17. April 2020

„Heute vor 75 Jahren, am 17. April 1945 und in den Tagen danach: Angehörige der US-Truppen befragen Überlebende des Massakers von Gardelegen nach dem Hergang und Verlauf des Todesmarschverbrechens. Ihre Dokumentation bildet später die Grundlage für weitere Ermittlungen und dient als Beweismaterial in Strafprozessen, etwa bei der Vernehmung von Angeklagten und Zeugen im US-amerikanischen Dachauer Dora-Prozess.“

18. April 2020

„Heute vor 75 Jahren, am 18. April 1945 und danach: In den USA erscheinen erste Medienberichte über das Isenschlütze-Massaker von Gardelegen, noch als Textmel-





Gardelegen, 25. April 1945: Einweihung des auf Anordnung der US-Truppen durch die lokale Bevölkerung errichteten Ehrenfriedhofs für die Ermordeten des Massakers.

dungen ohne Bilder. Die 168. Signal Photographic Company um Colonel Donald Bradlor wird an den Tatort nach Gardelegen entsandt. Sie dokumentiert die Spuren der Tat und die von den US-Truppen erzwungene Konfrontation der lokalen Bevölkerung mit dem Verbrechen. Kurz darauf werden die Foto- und Filmaufnahmen aus Gardelegen weltweit bekannt.“

21. April 2020

Heute vor 75 Jahren, am 21. April 1945: Seit Tagen exhumieren Männer und Jugendliche aus Gardelegen auf Anordnung der US-Truppen die Ermordeten des Isenschibbe-Massakers aus dem Massengrab neben der Feldscheune. Sie werden wie die Toten aus dem Gebäude in Einzelgräbern bestattet.“

22. April 2020

„Heute vor 75 Jahren, am 22. April 1945: Auf Anordnung der US-Truppen versammeln sich mehrere Hundert Männer aus Gardelegen mit Holzkreuzen und Spaten auf dem Rathausplatz. Von dort werden sie zum neu angelegten Ehrenfriedhof für die Ermor-



Der Ehrenfriedhof für die Ermordeten des Massakers von Gardelegen in der Gedenkstätte, 2020.

deten des Isenschubbe-Massakers getrieben. Die 168. US Signal Photographic Company dokumentiert das Geschehen.

Diese Szenen aus Gardelegen werden auch im US-Film „Death Mills“ (Die Todesmühlen) von 1945 gezeigt, an dem Hollywood-Regisseur Billy Wilder mitarbeitete.“

25. April 2020

„Heute vor 75 Jahren, am 25. April 1945, weihten Mitglieder der 102. US-Infanteriedivision den Ehrenfriedhof für die Ermordeten des Isenschubbe-Massakers von Gardelegen ein. Zuvor hatten die Einwohner der Stadt auf US-Anordnung Einzelgräber anlegen und die Ermordeten bestatten müssen. Auch die Teilnahme an der Einweihung wurde der Bevölkerung angeordnet.

Heute ist das Gelände Teil der Gedenkstätte Feldscheune Isenschubbe Gardelegen.“

29. April 2020

„Vor 75 Jahren, im April 1945, berichtet ein anonymes US-Soldat aus Gardelegen: ‚Ich war mir vorher nie so richtig sicher, wofür genau ich kämpfte. Zuvor hätte man gesagt,



diese Geschichten seien Propaganda. Aber nun weiß man, dass sie das nicht waren. Die Leichen liegen dort. Und all diese Leute sind tot.“⁷⁴

30. April 2020

„Vor 75 Jahren, Ende April 1945, in Gardelegen: Nach der Einweihung des Ehrenfriedhofes für die Ermordeten des Isenschlibbe-Massakers errichten die US-Truppen eine Hinweistafel auf dem Gelände. Zu DDR-Zeiten entfernen lokale Behörden die Tafel. Seitdem galt sie als vermisst. Am Ehrenfriedhof steht seit 1990 eine Kopie der Tafel.

Bei Recherchen für unsere neue Dauerausstellung entdeckten Mitarbeitende der Gedenkstätte die originale Tafel im Frühjahr 2019. Dank Unterstützung der Hansestadt Gardelegen befindet sie sich nun im neuen Dokumentationszentrum. Dort wird sie in der neuen Dauerausstellung als Exponat zu sehen sein.“

5. Mai 2020

„Heute ist der Bevrijdingsdag, ein zentraler Gedenktag in den Niederlanden für die Befreiung von der deutschen NS-Besatzung. Albert van Dijk, heute 96-jähriger Todesmarsch-Überlebender aus den Niederlanden: ‚Indem ich diese Zeilen schreibe, denke ich an Menschen, mit denen ich diese schrecklichen Ereignisse erlebt und die es nicht überlebt haben. Die heute gleich alt wie ich hätten sein können. Die vergessen sind, so als ob sie niemals gelebt hätten.‘⁸⁴

7. Mai 2020

„Heute vor 75 Jahren, am 7. Mai 1945, veröffentlicht das US-amerikanische Life Magazine eine Reportage mit Fotos vom Tatort des Isenschlibbe-Massakers in Gardelegen, die die Militärfotografen der US-Armee vor Ort im April 1945 aufnahmen. Als „Holocaust von Gardelegen“ betitelt diese Reportage das Todesmarschverbrechen und macht es weltweit bekannt. Auch in unserer neuen Dauerausstellung wird diese historische Ausgabe des Life Magazine als Exponat zu sehen sein.“

8. Mai 2020

„Lucien Colonel (1925–2017), Todesmarsch-Überlebender aus Frankreich: ‚Gardelegen war eines der menschenverachtendsten Verbrechen der Nazi-Barbarei. Deshalb

ließen die Amerikaner einen Friedhof anlegen, damit dieser ein würdiges Andenken an die Opfer für alle Zeiten ermöglichen kann.⁹“

8. Mai 2020

„Wir wissen, dass Ende 1944 etwa 714.000 Menschen in den deutschen Konzentrationslagern eingesperrt waren. Vor Ende des Krieges starben Schätzungen zufolge wenigstens 250.000 Männer, Frauen und Kinder. Die Gefahr, als KZ-Häftling nicht zu überleben, war besonders hoch. Jeder dritte Inhaftierte, wahrscheinlich noch mehr, verlor noch vor dem 8. Mai 1945 das Leben.“¹⁰“

Anmerkungen

- 1 Zum Internationalen Tag der Demokratie eröffneten Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff das Dokumentationszentrum der Gedenkstätte Gardelegen mit der Dauerausstellung. Vgl. dazu die Rede von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in diesem Band.
- 2 Online unter <https://gedenkstaette-gardelegen.sachsen-anhalt.de/angebote/75-jahrestag-des-massakers-von-gardelegen/> [Stand vom 12.10.2020].
- 3 Bonifas, Aimé: Häftling 20281. Ein Zeugnis über die faschistischen Konzentrationslager, Berlin (Ost) 1968, S. 179.
- 4 Lucien Colonel, Erinnerungsbericht (1975), Manuskript, Dokumentationsstelle der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora.
- 5 Albert van Dijk: Beinahe vergessene Erinnerungen. Ein autobiografischer Erinnerungsbericht aus dem Niederländischen (1974), Manuskript, Dokumentationsstelle der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora.
- 6 Ebenda.
- 7 An anonymous U.S. Sergeant's statement about the Gardelegen Atrocity, zitiert nach: New York Times, 18.4.1945.
- 8 Van Dijk, Beinahe vergessene Erinnerungen (wie Anm. 5).
- 9 Colonel, Erinnerungsbericht (wie Anm. 4).
- 10 Jander, Thomas: Den Frühling überleben. Das lange Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa, Blog des Deutschen Historischen Museums Berlin, 5.5.2020, online unter <http://www.dhm.de/blog/2020/05/05/den-fruehling-ueberleben-das-lange-ende-des-zweiten-weltkrieges-in-europa/> [Stand vom 12.10.2020].





Landtagspräsidentin Gabriele Brakebusch und Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff eröffneten am 17. Juli 2020 die neue Dauerausstellung der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn.

„Die DDR-Grenzübergangsstelle Marienborn. Schauplatz des Ost-West-Konflikts im geteilten Deutschland“. Neue Dauerausstellung in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

Matthias Ohms / Sven Sachenbacher

Am 17. Juli 2020 wurde in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn durch Gabriele Brakebusch, Präsidentin des Landtags von Sachsen-Anhalt und Dr. Reiner Haseloff, Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, sowie Vertreter der Landkreise Helmstedt und Börde eine neue Dauerausstellung eröffnet. Aufgrund der Corona-Pandemie musste auf eine angemessene festliche Eröffnungsveranstaltung verzichtet werden. Die Einweihung erfolgte daher im Rahmen eines Premierenrundgangs mit geladenen Gästen. Trotz aller pandemiebedingten Einschränkungen gelang es, die Ausstellung nah an einem für den Ort bedeutsamen historischen Datum der Öffentlichkeit zu präsentieren.

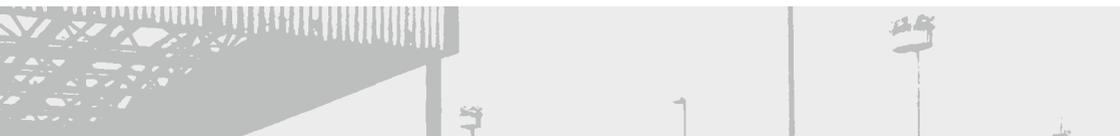
Fast genau 30 Jahre nach der Einstellung der Grenzkontrollen und damit der faktischen Schließung der Grenzübergangsstelle (GÜSt) Marienborn im Zuge der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik und der DDR am 1. Juli 1990 kann nun die Ausstellung unter dem Titel „Die DDR-Grenzübergangsstelle Marienborn. Schauplatz des Ost-West-Konflikts im geteilten Deutschland“ besichtigt werden.

Die neue Dauerausstellung löst die nunmehr 20 Jahre alte, erste Schau der Gedenkstätte ab. Sie spannt einen historischen Bogen vom Anfang Juli 1945 bei Helmstedt-Marienborn an der Autobahn errichteten alliierten Kontrollpunkt über den Ausbau von Grenzsperranlagen und Grenzübergangsstelle bis hin zur erwähnten Einstellung sämtlicher Kontrollhandlungen sowie der Entstehung der heutigen Gedenkstätte.

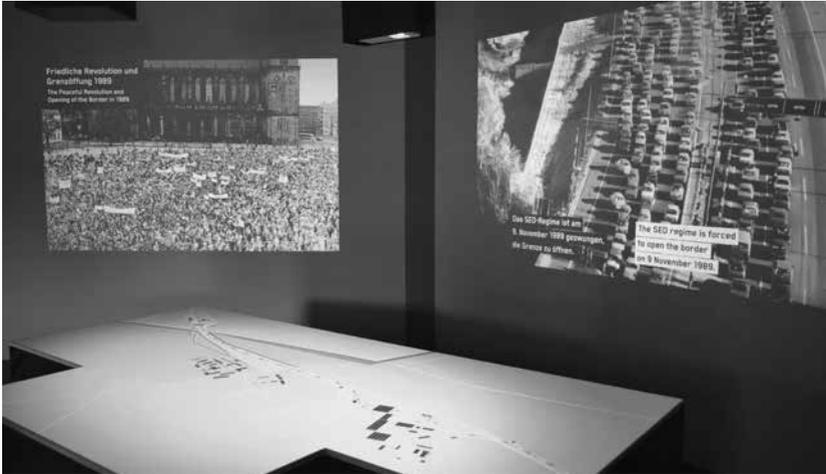
Die Ausstellung wirft nicht nur einen Blick auf den historischen Ort, sondern versucht diesen in die überregionale, „große“ Geschichte einzubeziehen. Wie durch ein Brennglas werden Themen, wie der Ost-West-Konflikt, am Beispiel der sich wandelnden alliierten Abfertigungen am Kontrollpunkt betrachtet oder die Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen am Beispiel des Grenzübergangs Marienborn, der einst größten Grenzübergangsstelle der DDR an der innerdeutschen Grenze, verdeutlicht. Die Dauerausstellung erfuhr dafür eine erhebliche inhaltliche und räumliche Erweiterung. Die Ausstellungsfläche wurde von ca. 350 auf über 450 Quadratmeter vergrößert. Sie erstreckt sich nun über zwei Etagen des Besucherzentrums der Gedenkstätte.¹

Herzstück der neuen Dauerausstellung ist ein etwa fünfminütiges multimediales Intro, das die Besucherinnen und Besucher in die Geschichte des Ortes sowie in die Ausstellung einführt und die historische Einordnung ermöglicht. Daran anschließend beleuchtet die Ausstellung die verschiedenen, damit verbundenen Themenbereiche in insgesamt neun Kapiteln.

1. Alliiertes Kontrollpunkt Helmstedt / Marienborn
2. Grenzübergangsstelle Marienborn
3. Grenzkontrollstelle Helmstedt
4. Dienstatltag am Grenzübergang Marienborn
5. Grenzregime der DDR
6. Transitverkehr nach West-Berlin
7. Fluchten
8. Zonenrandgebiet
9. Friedliche Revolution und Grenzöffnung



Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn



Der Ausstellungsrundgang beginnt mit einer multimedialen Einführung.

Ein Fokus wurde dabei auf das Erzählen von persönlichen Geschichten und Schicksalen, besonders intensiv beispielsweise im Themenkomplex „Fluchten“, gelegt. Neben der Darstellung von Bewachern und Bewachten im Bereich des DDR-Sperrgebiets kommen auch Kontrolleure und Kontrollierte an der ehemaligen GÜSt zu Wort. In der neuen Dauerausstellung werden zudem bisher nicht oder nur am Rand betrachtete Themen des „Grenzalltags“, wie die Grenzkontrollstelle Helmstedt, die den bundesdeutschen – aber in der Erinnerungskultur eher vergessenen – Teil der innerdeutschen Grenzpassage bildete, eingehend thematisiert. Hinzu kommen weitere neue inhaltliche Komplexe, wie das westdeutsche Zonenrandgebiet oder der Transitverkehr zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin. Ein eigener Ausstellungsbereich stellt die Ereignisse der Friedlichen Revolution im Herbst 1989, die erste Grenzpassage einer DDR-Bürgerin über die GÜSt Marienborn nach Helmstedt, sowie die Dynamik der zahlreichen kleinen Grenzöffnungen in der Region dar. Erstmals wird dabei auch ein Blick auf die Debatten über den Erhalt der baulichen Überreste der Grenzanlagen sowie die Form der Erinnerung an das unmenschliche Grenzregime geworfen.



Die Ausstellung präsentiert zahlreiche aussagekräftige und wiedererkennbare Originalexponate, wie ein riesiges DDR-Emblem, welches sich in einer Betonstele an der Autobahn, in direkter Nähe der Grenzlinie befand.

Die Ausstellung ist dezentral aufgebaut und folgt keiner linearen, chronologischen Erzählweise. So wird den Besuchenden möglichst viel Freiraum gegeben, sich den Ort und seine Geschichte zu erschließen und sich je nach individueller Interessenlage und zeitlichen Kapazitäten zu informieren. Die zeitgemäße und publikumsorientierte Gestaltung soll Besucherinnen und Besucher zur Beschäftigung mit der Entstehung, Entwicklung und Funktion der GÜSt Marienborn sowie der an dieser Stelle verlaufenden Systemgrenze anregen.

Teil des modernen Gestaltungskonzeptes ist die Inszenierung vieler originaler Exponate. Einige Exponate, so z. B. das riesige DDR-Emblem von der Betonstele an der Autobahn, eine sogenannte Selbstschussanlage SM 70, einen Spiegelwagen zur Kontrolle der Fahrzeugböden oder die Autoschlüssel eines Fluchtfahrzeugs fungieren dabei als sogenannte Leitobjekte, die die Besucherinnen und Besucher direkt ansprechen und auf das Thema des jeweiligen Kapitels hinweisen sollen.

Daneben werden zahlreiche Gegenstände, die den Kontrollalltag und das Leben im Grenzgebiet bzw. im Zonenrandgebiet widerspiegeln, gezeigt. Insgesamt sind mehr als 500, zum Teil bisher unveröffentlichte Fotos, Dokumente und Objekte in die Ausstel-

Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn



Stele mit DDR-Emblem

lung eingeflossen. Dazu kommen viele zeitgenössische Filmbeiträge und Zeitzeugeninterviews. Letztere ermöglichen den oben angesprochenen biografischen Zugang zu den behandelten Themen und zeigen, wie die „große Politik“ das alltägliche Leben der Menschen mit und an der innerdeutschen Grenze beeinflusste.

Die neue Dauerausstellung ist eng verknüpft mit den am 9. November 2019, dem 30. Jahrestag der historischen Grenzöffnung, eingeweihten Besucherleitsystemen in der Gedenkstätte Marienborn und am Grenzdenkmal Hötenleben sowie den neugestalteten Ausstellungsbereichen im Außengelände der Gedenkstätte. Überall sind die Ausstellungstexte nun zweisprachig, deutsch und englisch, verfasst. Die Ausstellungs- und Vermittlungstätigkeit der Gedenkstätte hat 2019/20 eine erhebliche inhaltliche, methodische und räumliche Erweiterung sowie Modernisierung erfahren. Der historische Ort ist für die Gäste wesentlich stärker individuell erfahr- und erschließbar.



In allen Ausstellungskapiteln befinden sich Medienstationen mit Zeitzeugeninterviews. Diese ergänzen die Sachinformationen zu den historischen Hintergründen und Ereignissen um persönliche Erinnerungen.

„Vor dem Hintergrund einer pluralistischen europäischen Erinnerungskultur, neuer historischer Erkenntnisse zur deutschen Nachkriegsgeschichte sowie veränderter Erwartungshaltungen und Anforderungen an die Gedenkstättenarbeit infolge des gesellschaftlichen Wandels“², erschien die Modernisierung sowie Neugestaltung des Dauerausstellungsbereiches der Gedenkstätte dringend notwendig. Vor allem den Besucherinnen und Besuchern, die die Grenzpassage nicht mehr aus eigenem Erleben kennen, deren Anteil aber stetig zunimmt, erschließt sich die Funktion des Ortes, der heute abgetrennt und isoliert vom vorbeirauschenden Autoverkehr zu liegen scheint, nicht mehr. Die Gedenkstätte beschloss daher, ausgehend vom historischen Schauspielplatz und den erhaltenen Bauzeugnissen über Funktion und Folgen des DDR-Grenzregimes mit neuen Vermittlungsformen zu informieren. Eine neue Ausstellung sollte dabei auf die vergleichende historische Einordnung, die Entwicklung und Funktion der GÜSt

Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn



In mehreren Workshops erarbeitete sich das Ausstellungsteam von Gestalterfirma und Gedenkstätte das grundlegende Design der Exposition.

im Kontext des Kalten Krieges sowie die innerdeutsche Grenze im Bereich Marienborn, Helmstedt, Hötensleben als deutsch-deutsche Nahtstelle zwischen zwei gegensätzlichen Systemen fokussiert sein. Im Jahr 2011 begann die Erstellung einer Konzeption für eine zukünftige neue Dauerausstellung. Ziel war es, sowohl die Dauerausstellung im Hauptgebäude zu erneuern, als auch die Besucherleitsysteme im Außengelände der Gedenkstätte sowie am Grenzdenkmal Hötensleben zu überarbeiten. In den folgenden Jahren erfolgte durch eigene Recherchen, wissenschaftliche Zuarbeiten auf Basis von Werkverträgen sowie mit Unterstützung verschiedener Museen, Forschungseinrichtungen, Universitäten sowie Gedenkstätten und zivilgesellschaftlichen Vereinen eine umfassende Grundlagenforschung zu Themenkomplexen mit dem Regionalfokus auf den Grenzübergang Helmstedt-Marienborn. Auf Basis dieser Forschungsarbeiten wurde ein inhaltliches Konzept für die neue Dauerausstellung erarbeitet und bis 2016 unter Hinzuziehung denkmalpflegerischer und architektonischer Aspekte konkretisiert. Ende 2016 stellte die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt auf der Grundlage dieses Konzeptes einen Förderantrag beim Land Sachsen-Anhalt auf Bundesmittel aus der 5. Tranche des Mauergrundstücksfonds in Höhe von 700.000 €. Nachdem dieser

Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn



Die gefalteten Ausstellungswände dienen als Projektionsflächen und sind ein Kernelement der Ausstellungsarchitektur.

positiv beschieden wurde, begann die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn mit der konkreten Projektumsetzung.

Die Projektleitung hatte Dr. Susan Baumgartl, Leiterin der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn, inne. Der Berliner Historiker Dr. Kay Kufeke kuratierte die Ausstellung. In seiner Verantwortung lagen die Objektauswahl, die inhaltliche und redaktionelle Bearbeitung des Projekts sowie die Kommunikation mit allen Beteiligten, wie Dienstleistern, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Zeitzeuginnen und Zeitzeugen. Unterstützt wurde er dabei maßgeblich durch Klaus Geißler, der die Objektverwaltung und Rechteeinholung besorgte sowie durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gedenkstätte.³ Dem Ausstellungsteam der Gedenkstätte stand ein wissenschaftliches Begleitgremium, bestehend aus ausgewiesenen Fachleuten und Expertinnen bzw. Experten beratend zur Seite.⁴

Neben der inhaltlichen Bearbeitung war die komplette Neugestaltung der Dauerausstellung wesentlicher Teil des Projektes. Den ausgeschriebenen Gestaltungswettbewerb konnte die Firma KOCMOC.NET GmbH (Leipzig) mit ihrem Entwurf für sich entscheiden und wurde 2018 mit der Gestaltung der neuen Dauerausstellung beauftragt.

Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

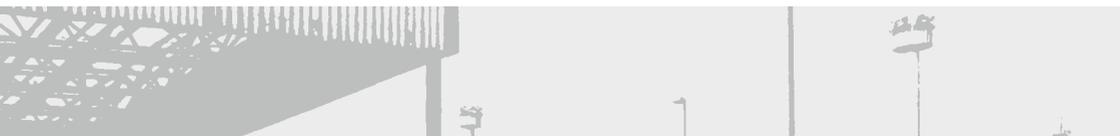


Im Kapitel Fluchten erinnern die errichteten Projektionsflächen an Tunnel. Gleichzeitig zitiert die Ausstellungsarchitektur hier die Zeitschleusen des Besucherleitsystems im Außengelände.

Die Gestaltung zeichnet sich durch einen innovativen Umgang mit den historischen Räumlichkeiten aus. Großformatige Fotos, kräftige aber gedeckte Farben und klar gegliederte Projektionsflächen prägen das Erscheinungsbild. An einigen Stellen wurde die einheitliche Gestaltung, angepasst an das Kapitelthema, mit besonderen Ideen aufgebrochen. So wird beispielsweise in Einbauten, die an Tunnel erinnern, über missglückte und geglückte Fluchtversuche informiert. Sogenannte „Guckis“ richten den Blick wiederholt auf bestimmte Orte oder Objekte im Außengelände. Dies dient der engen Verzahnung der erhaltenen Bausubstanz mit der modernen, erläuternden Ausstellung. Mit der Fertigstellung der neuen Dauerausstellung der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn konnte die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt eines ihrer umfangreichsten und wichtigsten Projekte der letzten Jahre erfolgreich abschließen. Die Vermittlung zeitgeschichtlichen Wissens am historischen Schauplatz erfuhr eine wesentliche Modernisierung, so dass die Gedenkstätte ihre Rolle als wichtige außerschulische Bildungsstätte sowie als Ort der Erinnerung und Begegnung künftig noch besser ausfüllen kann.

Anmerkungen

- 1 Das Besucherzentrum der Gedenkstätte befindet sich im ehemaligen Dienstgebäude der Grenzübergangsstelle. Dort waren die Büros für die Leiter der Passkontrolleinheit des Ministeriums für Staatssicherheit, des Zolls und der Grenztruppen der DDR untergebracht.
- 2 Baumgartl, Susan: Neues Besucherleitsystem und Ausstellungsbereiche auf dem Gelände der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn und am Grenzdenkmal Hötensleben, in: *Erinnern! Aufgabe, Chancen, Herausforderung*, hrsg. von der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, Nr. 2/2019, S. 117.
- 3 Dr. Kay Kufeke und Klaus Geißler waren während der Projektlaufzeit befristet als wissenschaftliche Mitarbeiter in der Gedenkstätte beschäftigt.
- 4 Dem Begleitgremium gehörten Edda Ahrberg, Dr. Anna Kaminsky, Dr. Kai Langer, Prof. Dr. Bernd Lindner, Prof. Dr. Axel Klausmeier, Dr. Sabine Kuder, Birgit Neumann-Becker, Maik Reichel, Jörg Stoye, Achim Walthert und Dr. Imgard Zündorf an.



3. Oktober 2020 – Veranstaltungen zum 30. Jahrestag der deutschen Einheit in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

Sven Sachenbacher

Der 3. Oktober, der Tag der Deutschen Einheit, ist ein fester Termin im Veranstaltungskalender der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn. Seit vielen Jahren organisiert die Gedenkstätte an diesem Feiertag ein großes Fest der Begegnung mit vielfältigen Angeboten zur Erinnerung und mit Informationen zu Vergangenheit und Aufarbeitung der deutschen Teilung. Mehrere tausend Besucherinnen und Besucher nutzten jeweils die zahlreichen Gelegenheiten für Begegnung und Gespräch bei Musik und Gastronomie. Die Angebote richteten sich dabei an alle Altersgruppen, auch an Kinder und Jugendliche.

In diesem Jahr stand das 30. Jubiläum des Vollzuges der deutschen Einheit an. Dieses wollte die Gedenkstätte, langfristig geplant, mit einem bunten Programm feiern. Mit dem Ausbruch der sogenannten Corona-Pandemie und den eingeleiteten Schutzmaßnahmen zur Verhinderung der weiteren Ausbreitung von SARS-CoV-2 wurde schnell klar, dass das Fest der Begegnung 2020 nicht in der gewohnten Form stattfinden kann. Dennoch war es für die Gedenkstätte ein wichtiges Anliegen, das Jubiläum in angemessener Form zu begehen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren aufgefordert, nach Wegen zu suchen, ein dem Festtag entsprechendes Programm zu gestalten und dabei gleichzeitig das aktuelle Pandemiegeschehen sowie die gültigen Eindämmungsverordnungen des Landes Sachsen-Anhalt im Blick zu behalten.

Die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn blieb am 3. Oktober 2020 mit einer erweiterten Öffnungszeiten von 10:00 bis 19:00 Uhr länger als gewöhnlich zugänglich. Mit Hilfe des modernen Besucherleitsystems informierten sich viele Besucherinnen und Besucher über den historischen Ort, die erhaltenen Bauzeugnisse der bedeutendsten DDR-Grenzübergangsstelle sowie den Ablauf der Kontrollhandlungen durch die DDR-Sicherheitskräfte. Auch die neue, im Juli 2020 eingeweihte Dauerausstellung „Die DDR-Grenzübergangsstelle Marienborn. Schauplatz des Ost-West-Konflikts im geteilten Deutschland“ im Besucherzentrum konnte bis 19:00 Uhr besichtigt werden. Obwohl der Besuch der Ausstellung nur mit dem Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung



Zum 28. Mal fand am Tag der Deutschen Einheit auf der ehemaligen GÜSt Marienborn ein ökumenischer Bittgottesdienst statt. Die Predigt hielt Dr. Gerhard Feige, Bischof des Bistums Magdeburg.

möglich war und nicht mehr als 50 Personen sich gleichzeitig in den Ausstellungsräumen aufhalten durften, was zu längeren Wartezeiten führte, nahmen mehrere hundert Gäste dieses Angebot wahr. Insgesamt kamen am 3. Oktober 2020 mehr als 2.500 Besucherinnen und Besucher in die Gedenkstätte.

Seit vielen Jahren bildet ein ökumenischer Bittgottesdienst den feierlichen Auftakt für die Veranstaltungen anlässlich des Tages der Deutschen Einheit in der Gedenkstätte. Unter Einhaltung von besonderen Hygieneschutzmaßnahmen konnte der Gottesdienst auch in diesem Jahr durchgeführt werden. „Coronabedingt“ durften lediglich 200 Personen teilnehmen. Das Motto der mittlerweile 28. Ausgabe lautete „Gemeinsamkeit gestalten“. Zum 30. Jahrestag der deutschen Einheit spielte die Erinnerung an den gesellschaftlichen Transformationsprozess, der am 3. Oktober 1990 in den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland mündete, eine besondere Rolle. Die Zeitzeuginnen Monika Brudlewski und Silvina Vieweg, beide Abgeordnete der ersten freigewählten Volkskammer der DDR, sprachen über ihre Erinnerungen und Erfahrungen

Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn



Premiere von „mauerland-borderland“ in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn.

aus der spannenden Phase des Übergangs von der Diktatur zur Demokratie. Sie verwiesen darauf, dass sie gemeinsam mit vielen Anderen Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Einheit aktiv angestrebt und nicht vom Westen übergestülpt bekommen haben. Die Predigt hielt Dr. Gerhard Feige, römisch-katholischer Bischof von Magdeburg. Er sprach dabei über einen wiederkehrenden Antagonismus zwischen der Verheißung und ihrer Erfüllung, der auszuhalten sei. Mit Blick auf das unglaubliche Ereignis der Vereinigung vor 30 Jahren forderte er die Zuhörerinnen und Zuhörer auf, „die gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland konstruktiv mitzugestalten und für ein geistvolles Zusammenleben einzutreten“¹.

Ein besonderer kultureller Höhepunkt des Tages war die Premiere der interaktiven Theaterperformance „mauerland-borderland“. Die Schauspielcompany Drehbühne Berlin war dafür extra nach Marienborn gekommen. Ganz bewusst sollte die Welturaufführung der interdisziplinären Inszenierung, die sich mit realen und fiktiven Grenzen auseinandersetzt, am historischen Ort erfolgen. Seit mehreren Jahren haben Nanda Ben Chaabane und Lorenz Christian Köhler als Initiatoren und Regisseure daran gearbeitet, dieses Projekt, das Elemente aus Schauspiel, Physical Theatre, Nouveau Cirque

sowie Film und Livemusik verbindet, umzusetzen. Von persönlichen und biografischen Erfahrungen beeinflusst, entwickelten sie „mauerland-borderland“. Darin erzählt eine fahrende Truppe von Bouffon-Clowns eine Parabel über die Entstehung und das unmenschliche Leben mit einer Grenze. Sie kreieren eine Welt, mal witzig, mal melancholisch, in der Angst zum Prinzip gemacht wird, visualisiert durch eine Mauer, die während des Stücks quer durchs Publikum gebaut wird. Sowohl in der ausverkauften Premiere als auch in der abendlichen zweiten Aufführung gelang es den Clowns, die Zuschauerinnen und Zuschauer (die Bewohnerinnen und Bewohner von Mauerland), zum persönlichen Engagement zu animieren, sich zu engagieren und die Mauer aktiv einzureißen. Mit der erweiterten Öffnungszeit sowie dem Programm mit Gottesdienst und Theaterperformance ist es der Gedenkstätte trotz aller pandemiebedingten Einschränkungen gelungen, den nationalen Feiertag in einer würdigen Form zu begehen, emotional an die historischen Ereignisse vor 30 Jahren zu erinnern sowie sich der Gegenwart und Zukunft zuzuwenden.

Anmerkungen

- 1 Feige, Gerhard: Zwischen Verheißung und Erfüllung. Predigt zum Ökumenischen Bittgottesdienst in Marienborn am 3.Oktober 2020 (Jes 9, 1-6), https://www.bistum-magdeburg.de/upload/2020/Bilder_Oktober/30_Jahre_Deutsche_Einheit_Predigt.pdf (abgerufen am 12.10.2020).

Autorenverzeichnis

Dr. Markus Böick ist Akademischer Rat am Historischen Institut der Ruhr-Universität Bochum. | **Andreas Froese** ist Leiter der Gedenkstätte Feldscheune Isenschibbe Gardelegen. | **Dr. Anke Giesen** ist Mitglied im Vorstand von MEMORIAL Deutschland und MEMORIAL International, Schwerpunkt Historische Aufarbeitung, Erinnerungskultur. | **Dr. Torsten Groß** ist Direktor beim Landtag von Sachsen-Anhalt. | **Dr. André Gursky** ist pädagogischer Mitarbeiter der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale). | **Martin Hanusch** ist Referent für das Netzwerk für Demokratie und Toleranz bei der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt. | **Dr. Reiner Haseloff** ist Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt. | **Raphael Hoffmann** arbeitet für den Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) e.V. | **Dr. Nikolai Ivanov** ist Mitbegründer der Stiftung „Die Letzte Adresse“ in Berlin und war Kurator des gleichnamigen Projekts in St. Petersburg. | **Roland Jahn** ist Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. | **Dr. Kai Langer** ist Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt. | **Birgit Neumann-Becker** ist Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. | **Matthias Ohms** ist pädagogischer Mitarbeiter der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn. | **Jan Erik Püschel** absolviert ein Freiwilliges soziales Jahr Politik bei der Behörde der Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. | **Sven Sachenbacher** ist amtierender Leiter der Gedenkstätte Teilung Marienborn. | **Philipp Schinschke** ist Bildungsreferent beim Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V., Landesverband Sachsen-Anhalt. | **Frank-Walter Steinmeier** ist der Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland. | **Sarah Tober** studiert an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg Geschichte und Ethik für das Lehramt an Gymnasien.

Fotonachweis

Titelbild: Denkmal Deutsche Einheit in Helmstedt, Aufnahme 2020. Foto: Kai Langer

S. 2: Bundesregierung / Jens Schlüter | S. 8/130/131/132/134/135/136/139/140: Sammlung Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn | S. 12/90/95/96: BStU | S. 17/21/22: Landtag von Sachsen-Anhalt | S. 29, 30, 32: Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt, Jens Schlüter | S. 39: Volkmar Jenig | S. 41/43: LzA | S. 61: Dr. Anke Giesen, 2020 | S. 65/67/68: LzA / Jan Erik Püschel | S. 71/73: Sammlung Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) | S. 116: NIOD Institute for War Holocaust and Genocide Studies, Amsterdam | S. 117/118/125: Sammlung Gedenkstätte Gardelegen | S. 122: Larry R. Darcy, National Archives, Washington, D.C. | S. 123: Donald Bradlor, National Archives, Washington, D.C. | S. 124: Josef Erich von Stroheim, National Archives, Washington, D.C. | S. 128: Sammlung Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn, Foto Asmus | S. 133: Sammlung Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn, Foto Günther Mach

Impressum

Herausgeberin: Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt | Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg
Tel. 0391 244 55-930 | Fax -998 | Mail: info-geschaeftsstelle@erinnern.org

Redaktion: Daniel Bohse, Kai Langer (v.i.D.d.P.), Matthias Ohms

Gestaltung | Druck: laut wie leise, Halle | Quedlinburg Druck

ISSN-Nr.: 2194-2307

Spendenkonto: IBAN: DE74 8100 0000 0081 0015 16 | BIC: MARKDEF1810

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar. Für die inhaltlichen Aussagen sowie für die Veröffentlichungsrechte der verwendeten Fotos tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt wird gefördert durch das Land Sachsen-Anhalt.



SACHSEN-ANHALT

#moderndenken

Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin

Prettiner Landstraße 4 | 06925 Annaburg, OT Prettin | Tel.: (035386) 60 99 75 | Fax (035386) 60 99 77
mail: info-lichtenburg@erinnern.org | Öffnungszeiten: Dienstag bis Donnerstag 09:00 bis 15:30 Uhr
Freitag 09:00 bis 13:00 Uhr | jeder letzte Sonntag im Monat 13:00 bis 17:00 Uhr
An den gesetzlichen Feiertagen ist die Gedenkstätte geschlossen.

Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg

c/o Fachklinikum für Psychiatrie Bernburg | Olga-Benario-Str. 16/18 | 06406 Bernburg
Tel.: (03471) 31 98 16 | Fax (03471) 64 09 691 | mail: info-bernburg@erinnern.org
Öffnungszeiten: Dienstag bis Freitag 09:00 bis 16:00 Uhr | jeder erste Sonntag im Monat 10:00 bis 16:00 Uhr
sowie nach Vereinbarung | An den gesetzlichen Feiertagen ist die Gedenkstätte geschlossen.

Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge

Vor den Zwiebergen 1 | 38895 Langenstein | Tel.: (03941) 56 73 26 | Tel./Fax (03941) 30 248
Mail: info-langenstein@erinnern.org | Öffnungszeiten (Dauerausstellung): Dienstag bis
Freitag 09:00 bis 15:30 Uhr | Stollenabschnitt: April bis Oktober jedes letzte Wochenende im Monat
14:00 bis 17:00 Uhr und für angemeldete Gruppen nach Vereinbarung. Das Freigelände ist tagsüber zugänglich.

Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen

An der Gedenkstätte 1 | 39638 Hansesättd Gardelegen | Tel.: (03907) 77 590 812 | Fax (03907) 77 590 820
Mail: info-isenschnibbe@erinnern.org | Öffnungszeiten: Dienstag bis Donnerstag: 09:00 bis 15:30 Uhr |
Freitag 09:00 bis 13:00 Uhr jeder letzte Sonntag im Monat 13:00 bis 17:00 Uhr | Das Freigelände ist tags-
über zugänglich. | Führungen sind nach vorheriger Anmeldung möglich.

Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)

Am Kirchtor 20b | 06108 Halle | Tel.: (0345) 470 698 337 | Fax (0345) 470 698 339
mail: info-roterochse@erinnern.org | Öffnungszeiten: Montag und Freitag 10:00 bis 14:00 Uhr
Dienstag bis Donnerstag 10:00 bis 16:00 Uhr | jedes erste Wochenende im Monat (Samstag und Sonntag)
13:00 bis 17:00 Uhr | An den gesetzlichen Feiertagen ist die Gedenkstätte geschlossen.

Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg

Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg | Tel.: (0391) 24 45 590 | Fax (0391) 24 45 599 9
mail: info-moritzplatz@erinnern.org | Öffnungszeiten: Montag bis Mittwoch 09:00 bis 16:00 Uhr Donnerstag
09:00 bis 18:00 Uhr | Freitag 09:00 bis 14:00 Uhr | jeder erste Sonntag im Monat 10:00 bis 16:00 Uhr
sowie nach Vereinbarung | An den gesetzlichen Feiertagen ist die Gedenkstätte geschlossen.

Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

An der Bundesautobahn 2 | 39365 Marienborn | Tel.: (039406) 92 090 | Fax (039406) 92 099
mail: info-marienborn@erinnern.org | Öffnungszeiten: täglich 10:00 bis 17:00 Uhr
sowie nach Vereinbarung | Öffnungszeiten Gedenkdenkmal Hötensleben: Das Freigelände ist jederzeit
zugänglich. Führungen sind nach Vereinbarung möglich.

**Aufgrund der Corona-Pandemie bitten wir darum, sich auf der Webseite
über die aktuellen Öffnungszeiten zu informieren.**

Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt

Geschäftsstelle | Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg
Tel.: (0391) 244 55 930 | Fax (0391) 244 55 998
mail: info-geschaeftsstelle@erinnern.org
web: www.erinnern.org



STIFTUNG GEDENKSTÄTTEN SACHSEN-ANHALT